

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis pränumerando:
Wochenblatt 2.50 Mk. monatl. 1.10 Mk.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Berührt für die sechsgehaltene Kolonnen-
zeile oder deren Raum 50 Hg. für

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 26. Mai 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Ein Wertobjekt
der europäischen Kultur.

Die Entrechtung des Arbeiters, die Erniedrigung und
Entwürdigung des Proletariats zur Helotenschar ist das
Fundament des preussischen Staates, die Grundlage der

Das ist nicht die Fälschung eines vertegenen Hebers,
der die Brandfackel der Empörung ins Land schleudern will,
das ist die Meinung, das ist der Wille, der offen und un-

Die Herrenhäuser sind am Freitag zum gesetzgebenden
Berk wieder zusammengetreten; die beiden Gescheftswürfe
zur Sicherung des Dreiklassenwahlrechts vor sozialdemokratischer

Der rochor de bronoo, darauf einer der Säpfeiler der
preussischen Ordnung steht, dieses Parlament, dessen Aufgabe
und Stolz es ist, kein Spiegel des Volkswillens zu sein, diese

So war denn die Verhandlung, die knapp zwei Stunden
dauerte, nichts als eine Kette von Reden gegen die Sozial-
demokratie, gegen Wahlreform, für Wahlrechtsverschlechterung.

Der einstuige preussische Landwirtschaftsminister Lucius
v. Ballhausen eröffnete die Debatte sogleich mit einem direkten
Frontangriff auf das Reichstagswahlrecht. Unter ihm haben

Die dritte Beratung des Etats veranlaßte einige Redner,
bei dem Kapitel Reichsamt des Innern auf die Debatte der
zweiten Lesung zurückzugreifen. Genosse Peus reagierte

Selbst diese offenbare Ausflucht der regierenden Partei,
dieser durchsichtige Versuch zur Täuschung ihrer proletarischen
Wähler ist der Erzellenz Lucius gut genug, um als Argument
für die Verweigerung der Wahlreform in Preußen zu dienen.

Einige andere Junter sagten ähnliches. Der Freiherr
v. Durant, der das Dreiklassenwahlrecht zwar gern erhalten
sähe, der aber der Festigkeit der Regierung nicht recht traut,

Ein Mann hat ihre Ehre gerettet: der Hallenser Pro-
fessor Löning. Nicht daß er gegen die Plattheiten der
Dernburger zu Felde gezogen wäre. Aber er ließ doch

Ein Nachkomme des grimmigen Feindes der Männer, die
in tiefer Erniedrigung den preussischen Staat durch Reformen
wieder lebensfähig machten, der Stein, Hardenberg und Scharn-

Das sie das nicht ist, daß sie lebendig ist, das hat
die preussische Arbeiterschaft den Herren Preußens begreiflich zu
machen. Und die Reden der Herrenhäuser werden ihr dabei

Des Wahlrechtsstamps erste Phase liegt hinter uns.
Vorwärts zu neuen Vorstößen! muß unsere Losung sein!

Die Revolution in Rußland.

Ein Amnestiechen.
Statt der vom Volk geforderten allgemeinen Amnestie scheint
man das Land mit einer Art von Kompromissamnestie abspesen zu

Sonne Nikolaus II. soll also am 27. d. M. partiell ihre
Gnadenstrahlen leuchten lassen, partiell verfinstert bleiben.

Die faubere „Petersburger Telegraphenagentur“ muß übrigens
schon beizeiten abwiegeln. Sie meldet:

Die Frage der vollständigen politischen Amnestie, die von
der Reichsduma aufgeworfen, von ihr in die Antwort auf die
am 10. Mai im Winterpalais gehaltene Begrüßungsansprache des

Von der Partei der äußersten Rechten wird eine lebhaft
Agitation für die Beibehaltung der Todesstrafe und gegen die
Amnestie betrieben. In von ihr veranstalteten Versammlungen

Dem Chef des Generalstabes der Marine, Admiral Roschdjest-
wenski, ist „mit Rücksicht auf seine durch die erlittenen Ver-
wundungen geschwächte Gesundheit“ der erbetene Abschied be-

Petersburg, 25. Mai. Die Sitzung der Duma wurde heute
nachmittags um 2 Uhr 25 Minuten eröffnet. Auf der Tagesordnung
standen Wahlprüfungen und die Vorlage betreffend die Unantast-

Odessa, 25. Mai. (B. S.) Von der Polizei wurde ein Quartier
entdeckt, wo die Sitzungen des sozialistischen Komitees stattfanden
und wo Schriften gegen die Regierung hergestell wurden. Elf

Petersburg, 25. Mai. (B. S.) Der Prozeß gegen den Sozial-
demokraten Deutsch wurde niedergeschlagen.

Odessa, 24. Mai. (B. S.) Mehrere hundert Frauen, deren
Männer vom Kriegsschauplatz zurückgekehrt sind, demonstrieren
gestern vor dem Rathaus, weil seit dem 1. d. M. die Unterführung

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Mai.
Etat des Reichsamts des Innern.

Die dritte Beratung des Etats veranlaßte einige Redner,
bei dem Kapitel Reichsamt des Innern auf die Debatte der
zweiten Lesung zurückzugreifen. Genosse Peus reagierte

Der Junter v. Malhahn versuchte eine verspätete Ver-
teidigung der Fleischverteuerung durch die Agrarpolitik
Boddieski'scher Couleur, mußte sich aber vom Abgeordneten

Verlach sagen lassen, daß er nur belanglose, veraltete Reaktionen der „Deutschen Tageszeitung“ wiedergegeben habe.

Genosse Blos montierte die Uebertretung der Gewerbeordnung in Braunschweiger Konservenfabriken, wo noch eine Arbeitszeit von 15—18 Stunden für weibliche Arbeiter nicht Seltenes sei. Der braunschweigische Bundesratsbevollmächtigte suchte vergeblich die Uebertretungen zu verteidigen. Darauf folgte eine Anklage Bernsteins gegen die bekannten Ausschreitungen der Breslauer Polizei gegen die Breslauer Arbeiter. Demgegenüber suchte sich Graf Posa-domosty hinter Kompetenzbedenken zu verschanzen und bezeichnete den Dreiklassenlandtag als die kompetente Stelle für diese Anklagen.

Genosse Herzfeld trat diesem Veruche Posadowskys, das Recht der Reichstagsabgeordneten, solche Anklagen zu erheben, einzuschränken, entgegen. Das Koalitionsrecht sei den Breslauer Arbeitern entzogen worden, dafür sei die Reichsregierung verantwortlich. Kömme der Staatssekretär des Innern nicht Rede stehen, möge er dem preussischen Minister des Innern, als Bundesratsbevollmächtigten, den Auftrag dazu geben. Herzfeld verwandte sich außerdem für die Seelente, denen auf Grund der Seemannsordnung schwere Nachteile von den Reedern bereitet werden. Auch Bernstein wies die Kompetenzbedenken Posadowskys zurück.

Der ostelbische Junker v. Oldenburg-Januschau hielt eine Parolerede über alles Mögliche und Unmögliche, die das Haus in ständige Heiterkeit auf Kosten des hohen, von sich höchst eingenommenen Redners setzte. Ein humorvoll verfassungrechtlicher, unerbauter Vesperspruch ließ ihn den Grundgedanken proklamieren, daß die Einzelstaaten ihre Verfassung nach der Preussens zu richten hätten, und beklagen, daß außerpreussische Bundesstaaten ihre Wahlreform nicht nach dem junkerlichen Dreiklassenparlament eingerichtet hätten. Für diese Anpöbelung der verfassungsrechtlichen Selbständigkeit der Bundesstaaten ließ ihm der bayerische Bundesratsbevollmächtigte Graf Verchenfeld eine kurze, aber kräftige Abfertigung zuteil werden, die die Borniertheit und Annahme des ostelbischen Junkertums hart traf und darum großen Beifall im Hause fand. Auf den Wänden der Junker saß Oldenburg von Januschau wie ein begossener Pudel. Einige Redner bürgerlicher Parteien hielten es dennoch für angebracht, sich auch noch mit dem kuriosen Großspürigen von Januschau zu befassen.

Genosse Sasse streifte noch einmal die Vergarbeiterverhältnisse und die Stellung der Parteien im Reichstag und im preussischen Landtage, speziell die des Zentrums. Er begründete die sozialdemokratische Resolution, die festgesetzt wissen will, ob die Gewähr in den Grubenverhältnissen gegeben sei, daß Katastrophen wie in Courrières verhindert werden können. Demgegenüber trat Giesberts (Z.) für die zahme Zentrumsresolution ein.

Repliken und Dupliken zwischen den Genossen Sasse, Hue und den Zentrumsabgeordneten Erzberger, Giesberts und Trimborn schloßen die Spezialberatung dieses Etats. Die sozialdemokratische Resolution wurde abgelehnt, die des Zentrums angenommen.

Um 8 Uhr abends war der Etat des Reichsamts des Innern erledigt. Die Ferienstimmung der Mehrheit ist so lebendig, daß wohl schon morgen Vertagung des Reichstages bis zum 13. November erfolgen wird.

### Unfreiwillige Komik.

Im Abgeordnetenhaus leisteten sich heute bei der Fortsetzung der Beratung über das Schulunterrichtsgesetz die freisinnigen Abgeordneten den Scherz, die ganze an sich höchst ernste Schulverfassungssaktion ins Komische zu ziehen, indem sie den zwangsweisen Religionsunterricht nun wie für die christlichen so auch für die jüdischen Schulkinder forderten. Natürlich waren sich weder Freisinn noch Mehrheitsparteien der Komik der Situation bewußt, die Abgg. Cassel und Peltasohn bemühten sich vielmehr ganz ehrlich, auch ihren Glaubensgenossen den zwangsweisen Religionsunterricht aufzuhelfen. Ihr Bemühen scheiterte; nur die christlichen Kinder soll die Volksschule zwangsweise verbummen.

Der Kampf drehte sich weiter um die Selbstverwaltungrechte der Gemeinden in Schulsachen. Der unerträgliche Zustand völliger Bureaukratenwillkür, der jetzt auf diesem Gebiete herrscht, konnte selbst im Dreiklassenparlament von keiner Partei verteidigt werden; nur daß auch seine genügenden Mut hat, seine Beseitigung der Regierung abzutreiben. So ließ man der Regierung auch diesmal wieder das Bestätigungsrecht für die Mitglieder der Schuldeputation, das bekanntlich zu der schwachvollen Nichtbestätigung Singers und jetzt sogar des Freisinnigen Dr. Benzig geführt hat; ja man setzte den Schuldeputationen, indem man ihnen die Geislichen beider Konfessionen als Zwangsmitglieder aufbürdete noch besondere Aufseher. So weit das neue Recht, das man schuf. Daneben kam die Selbstverwaltung mit dem frommen Wunsch davon, die Regierung möge später eine Vorlage über den Rechtschutz gegen die Willkür der Schulaufsichtsorgane vorlegen.

Inmitten der Debatte über das Rektorenberufungsrecht wurde die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr vertagt.

### Zur Wahlrechts-Bewegung in Sachsen-Altenburg.

Altenburg, 23. Mai. (Eig. Ber.)

Die Altenburger Parteigenossen sind nunmehr ebenfalls in eine Bewegung zur Erringung des allgemeinen gleichen Wahlrechts eingetreten. Der Landesvorstand und die sozialdemokratischen Mitglieder des Altenburger Landtages haben einen Aufruf an die altenburgische Bevölkerung erlassen, in dem sie zum Kampf gegen das überlebte Dreiklassenwahlrecht auffordern. Im Laufe dieser Woche werden fünfzigtausend Flugblätter im Lande verbreitet. Weiter sollen Unterschriften unter eine Massenpetition für das gleiche Wahlrecht gesammelt werden und schließlich soll zur Förderung der Agitation eine Broschüre verbreitet werden, in welcher das Altenburger Landtagswahlrecht und seine Schicksale behandelt werden. Auch die Abhaltung einer Reihe von Versammlungen ist geplant.

Daß die Bewegung jetzt erst einsetzt, hat seinen Grund in dem Umstand, daß der Landtag erst im November oder Dezember wieder zu einer kurzen Tagung zusammentritt. Im nächsten Frühjahr finden Neuwahlen zum Landtage statt und diese werden dann unter der Parole: „Für das allgemeine gleiche Wahlrecht!“ vor sich gehen.

Bisher ist hier jeder steuerzahlende Staatsbürger von 25 Jahren zum Landtag wahlberechtigt, wenn er die Steuern für das abgelaufene Kalenderjahr bezahlt hat und seit mindestens sechs Monate in dem Bezirk, in dem er wählen will, wohnt. Um gewählt werden zu können, muß man 30 Jahre alt sein und mindestens drei Jahre im Besitze des Staatsbürgerrechts sein. Die Stimmabgabe ist geheim und direkt.

Soweit könnte das Wahlrecht noch einigermaßen vernünftig gelten, bestände nur nicht die Verteilung der Bevölkerung. Auf je 500 Seelen wird nämlich ein Stimmrecht ausgeübt herausgezogen, und diesen Höchstbestimmten sind von den 30 Mandaten neun reserviert. Die übrige Bevölkerung wird nach der Steuerleistung in drei Klassen eingeteilt. Jede hat sieben Abgeordnete zu wählen. Im weiteren enthält das Wahlgesetz noch die reaktionäre Bestimmung, daß von den 30 Abgeordneten 18 auf das platte Land entfallen müssen. Den industriellen Städten, die den Hauptteil der Steuern aufbringen, bleiben 12.

Tatsächlich wählen nach heutigem System 888 Höchstbesteuerte 9 Abgeordnete, 1579 Wähler der ersten Klasse wählen 7, 4006 der zweiten Abteilung ebenfalls 7 und 24 581 Wähler der dritten Abteilung auch bloß 7 Abgeordnete. Es wählen also 6578 Steuerzahler 23 Abgeordnete, während 24 531 andere nur 7 Abgeordnete wählen dürfen!

## Deutsches Reich.

### Die württembergischen Standesherren und das Budgetrecht.

Stuttgart, 23. Mai. (Eig. Ber.)

Die heute begonnene Spezialberatung der Verfassungsrevision in der Ersten Kammer begann mit der Frage des Budgetrechts und zeigte die feindlichen Herzen so eigenartig und herrschsüchtig, wie man es seither gewöhnt ist. Sie fühlten sich berufen, das allgemeine Wahlrecht, welches sie für die Zusammensetzung der Zweiten Kammer unbedenklich zugesprochen wollen, dadurch unwirksam zu machen, daß sie die Reichsregierung in ihrem Entwürfe sehr entgegengekommen, indem sie hineinschrieb:

„Bei der Beschlußfassung über Aufnahme von Anleihen und über Veräußerungen von Bestandteilen des Kammerguts sind beide Kammern gleichberechtigt.“

Dieses Zugeständnis hatte die Zweite Kammer aber gestrichelt, und deutlich zu erkennen gegeben, daß sie das bisherige etatsrechtliche Verhältnis zwischen beiden Kammern unbedändert erhalten wissen wolle. Demgegenüber hat nun die Kommission der Ersten Kammer beschlossen, nicht nur das zu nehmen, was die Regierung ihr bot, sondern darüber hinaus für die Erste Kammer das Recht zu beanspruchen, bei jeder Steuer, deren Höhe im Wege der ordentlichen Gesetzgebung fest bestimmt sind, sowohl bei einer etwaigen Erhöhung oder Ermäßigung der Steuerhöhe oder Abschaffung der Steuer mit dem gleichen Recht wie die Zweite Kammer mitzuwirken.

Darum ging nun der Streit in der heutigen Sitzung, in der die Regierung sich vergeblich bemühte, die Standesherren von ihren gänzlich ausichtslosen Forderungen abzubringen. Schien es in der gestrigen Verhandlung, als ob eine Verständigung nicht ganz ausgeschlossen wäre, so schloß dagegen die heutige Sitzung mit einer grellen Dissonanz. Heute handelte es sich eben um den nervus rerum, um Steuererhöhungen, und da verteilte die Höfen und Erlaudichten Herren keinen Spott. Fürst Duadt-Wytradt-John erklärte brutal, bei der ganzen Entwicklung, die die Dinge in der Zweiten Kammer genommen haben, hätten sie hier „für den Schutz der bestehenden Klassen einzutreten“.

Die namentliche Abstimmung ergab die völlige Einstimmigkeit der Ersten Kammer in dieser Frage, obgleich es zweifellos ist, daß bei einem Beharren auf den gestellten Forderungen das Scheitern der Reform gewiß ist. Wichtig wird in solchen Augenblicken der Stand der württembergischen Gesetzgebungsmaschine beleuchtet. Während die Zweite Kammer, die doch heute schon zum größten Teil aus Volks-Abgeordneten auf Grund des allgemeinen Wahlrechts besteht, niemals eine so trostlose Haltung der Regierung gegenüber einnimmt und sich leider viel zu sehr zur Verständigung geneigt zeigt, um ein solch größeres Gesetzgebungsmerk nicht scheitern zu lassen, denkt die Handvoll Standesherren gar nicht daran, derartige Rücksichten zu nehmen.

Stuttgart 23. Mai. (B. L. W.) Die Kammer der Standesherren hat in der fortgesetzlichen Beratung der Verfassungsrevision das Recht des Königs zur Ernennung der erblichen Mitglieder aufrechterhalten und die Zusammensetzung der Ersten Kammer nach dem Regierungsentwurf angenommen. Der vom anderen Hause beschlossene Entwurf für die aus der Zweiten Kammer auscheidenden Privilegierten durch 17 vermittelte Landesproporz zu wählende Abgeordnete wurde abgelehnt. Im Laufe der Debatte richtete Fürst Dohles-Waldenburg scharfe Angriffe gegen die Regierung, indem er bedauerte, daß es nicht möglich sei, einen Minister, der Prestige gemacht, zur Demission zu zwingen. Ministerpräsident v. Breiting hielt dem entgegen, daß es sich hier um eine königliche Vorlage handele.

Die gefekwidrigen Streifbrevierquartiere im Hamburger Freihafengebiet wurden in der Sitzung des Hamburger Landtagsparlamentes vom Mittwochabend nochmals von unseren Genossen zur Sprache gebracht. Der Senat beantragte die Bewilligung von 8001 800 M. für die Ausrüstung des östlichen Teiles der Schreiber-Wandbrunninsel für Freihafenspeicher. Zu dem hierzu vorliegenden Ausschussantrage stellte die sozialdemokratische Fraktion folgenden Antrag: „In die Verträge ist ausdrücklich die Bedingung aufzunehmen, daß die errichteten Gebäude nicht zu Waffenarsenalarbeiten benutzt werden dürfen.“

In der Begründung des Antrages bemerkte Genosse E. Fischer unter anderem, daß die Errichtung von Wohnquartieren im Freihafengebiet ohne weiteres auf Grund des Zollanschlussvertrages ausgeschlossen sei, aber trotz des klaren Wortlautes der gesetzlichen Bestimmungen mehrfach Streifbrevierquartiere errichtet worden seien, ohne daß dieselben Uebertretungen ein Ende bereitet worden wäre, deshalb hätten seine Parteifreunde den Antrag gestellt.

Bei der vorigen Behandlung dieser Angelegenheit hatte ein Mitglied der Finanzdeputation gegen diese Gesetzesverletzungen nichts einzuwenden, während diesmal ein anderes Mitglied der Finanzdeputation die Massenquartiere für durchaus unzulässig hielt. Dr. Bauer von der Linken, seines Zeichens Rechtsanwalt, hält nichts auf „Wuchslabengläubigkeit“. Er vertritt den Standpunkt, daß jedes Gesetz verschieden „ausgelegt“ werden könne. Im Zollanschlussvertrage, meinte er, sei nur die Rede vom Gebauen mit Gebäuden zu Wohnzwecken, nicht aber von der Einrichtung vorhandener Gebäude für Massenquartiere. Um solchen juristischen Spitzfindigkeiten vorzubeugen, empfahl Fischer nochmals die Annahme seines Antrages, der aber abgelehnt wurde.

Ob der Finanzdeputation den Hamburger Reedern und Werftbesitzern gegenüber keine Nachmittel zur Innehaltung der klaren gesetzlichen Vorschriften zur Verfügung stehen? Sollte das nicht der Fall sein, dann wird der andere Kontrahent des Zollanschlussvertrages, das Reich, eingreifen müssen, und zwar mit etwas mehr Nachdruck wie bisher; denn auf bloße Ruffel im Reichstage von seiten des Bundesratsstisches reagieren die Pfefferkörner und der Advokatenklingel der hamburgischen Republik nicht.

### Verschiedene Polizeiaufstellungen.

Gegen die Mißhandlungen Inhaftierter auf den Polizeiwachen richtet sich eine von dem Frankfurter Polizeipräsidenten Scherenberg erlassene Warnung an die unteren Polizeibeamten. Es heißt darin:

„Ich werde fortan die Dienststellenvorsteher persönlich mit für jede vorkommende, gesetzlich ungeredfertigte Sistrung oder Festnahme verantwortlich machen und jeden Polizeibeamten mit Arrest bestrafen, der sich durch eine ungeredfertigte Festnahme oder Sistrung einen Uebergriß zu schulden kommen läßt. Außerdem werde ich fortan auf das schärfste gegen jeden Uebergriß in der Behandlung der Festgenommenen, insbesondere auch auf den Polizeiwachen, unmissverständlich einschreiten.“

Die Warnung ist gut gemeint; ob sie aber unter dem heutigen Polizeistand viel nützen wird, muß bezweifelt werden. Immerhin soll anerkannt werden, daß Herr Scherenberg etwas andere Begriffe von den Obliegenheiten der Polizei hat, als sein Kollege, der Breslauer Polizeipräsident, der bekanntlich an seine Schutzeleute wegen ihres schneidigen Verhaltens bei den Streikunruhen einen Dankeslaß gerichtet hat.

Der englisch-deutsche Freundschaftsverband unter Vorsitz Lord Avebury (des bekannten Gelehrten und Schriftstellers Sir John Lubbock) hat 40 Redakteure hervorragender deutscher Zeitungen und Zeitschriften zu einer Sympathie- und Bekundigungsfeier nach London eingeladen. Das „Bureau Laffan“ berichtet darüber nach englischen Blättern:

Von den 40 deutschen Redakteuren, die vom Englisch-deutschen Freundschaftsverband zu einer Reise nach England eingeladen worden sind, haben nur vier die Einladung abgelehnt. Von diesen vier erklärten zwei ihre herzliche Sympathie mit dem Zweck der Einladung, während nur zwei aus Mangel an Sympathie ablehnten. Die Redaktion des Berliner „Vorwärts“, die ebenfalls ablehnte, erklärte sich grundsätzlich gegen einen derartigen Austausch von Liebenswürdigkeiten. Die deutschen Besucher schiffen sich am 19. Juni in Bremen nach Southampton ein. Von dort begeben sie sich nach London, wo sie die Sehenswürdigkeiten besichtigen und ihnen zu Ehren eine Reihe Festlichkeiten veranstaltet werden. Die deutschen Gäste werden u. a. auch Stratford-on-Avon, die Geburtsstätte Shakespeares, und die Universität Cambridge besuchen.

Die Meldung des „Bureau Laffan“ ist, soweit sie den „Vorwärts“ betrifft, nicht ganz richtig. Der betreffende Redakteur hat nicht erklärt, daß er gegen den Austausch von Liebenswürdigkeiten sei, sondern daß seine Grundzüge ihm die Annahme solcher Liebenswürdigkeiten verböten. Dagegen hat er in seiner Ablehnung nachdrücklich betont, daß der „Vorwärts“, wie bisher, in volstem Maße für die Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und England eintreten werde.

### Inkrafttreten des Diätengesetzes.

Das Reichsgesetzblatt und der Reichs-Anzeiger veröffentlichten gestern das Gesetz über die Gewährung einer Entschädigung an die Reichstagsmitglieder. Es tritt mit dem heutigen Tage in Kraft. Von heute ab ist für die Reichstagsmitglieder eine Anwesenheitsliste ausgelegt.

### Kolonisierungsversuche in Deutsch-Südwestafrika.

Herr v. Lindequist, der neue Gouverneur unseres südwestafrikanischen Sandgebietes, will dort neue Ansiedlungen gründen, und zwar ist zunächst eine Kleinsiedlung bei Diona geplant, einem Flecken nahe bei Okavandja an der Bahnhöhle Okavandja-Windhof. Die die „Windh. Nachr.“ zu berichten wissen, bietet der Ort vorzüglichen Boden mit reichlichem Grundwasser für Gartenbau. Die Heimstätten sollen durchweg etwa zehn Hektar groß sein; sie liegen auf dem rechten Ufer des Swakop so, daß fast jede den Lauf des Swakop berührt. Im ganzen sind vorläufig vierzig angelegt. Da auch auf Viehwirtschaft Rücksicht genommen ist, wird der Siedlung ein größeres Gebiet Weideland, voraussichtlich 20 000 Hektar, beigegeben werden. Kaufverträge können von Bewohnern mit dem Distriktsamte Okavandja abgeschlossen werden, unterliegen aber der Genehmigung des Gouverneurs. Jeder Bewerber erhält grundsätzlich nur eine Heimstätte. Als Preis ist festgesetzt ein halber bis dreiviertel und einen Pfennig für den Quadratmeter je nach Lage und sonstiger Beschaffenheit. Im allgemeinen beträgt der Preis für eine Heimstätte tausend Mark, nebst etwa zehn bis zwanzig Mark Vermessungskosten.

Die armen Kerle, die sich zur Ansiedlung berufen lassen, sind zu bedauern.

Bundesrat. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurden der Entwurf eines Gesetzes wegen Änderung einiger Vorschriften des Reichssteuergesetzes, der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Ordnung des Reichshaushalts und die Tilgung der Reichsschuld, und der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Ausgabe von Reichsschatzzeichen angenommen.

### Die Fahrkartensteuer im badischen Landtag.

Zur Beratung des sozialdemokratischen Antrags betreffend die Reichsfahrkartensteuer in der badischen Zweiten Kammer, über deren Resultat wir bereits in letzter Nummer kurz berichteten, wird uns nachträglich noch von unserem Karlsruher Korrespondenten geschrieben:

Die Angelegenheit versprach gerade in Baden einen interessanten Verlauf, weil hier wiederholt der Landtag sich einstimmig dafür ausgesprochen, daß in der dritten Wagenklasse der Fahrpreis auf 2 Pf. pro Kilometer ermäßigt werde. Dieser Beschluß wird schon durch die sogenannte Tarifreform, welche zwischen Preußen und den Bundesstaaten mit selbständiger Eisenbahnverwaltung in der Schwabe ist, mit Fügen getreten, denn bekanntlich sieht diese sonderbare „Reform“ den Dreifemigtarif in der dritten Klasse vor, wozu in Baden noch der bisher nicht bestandene Schnellzugzuschlag kommt. Und nun soll der Fahrpreis durch die Fahrkartensteuer noch weiter ganz gewaltig erhöht werden! Wenn die Nationalliberalen und das Zentrum in Baden auch nur halbwegs ihren früheren Beschläüssen treu bleiben wollten, müßten sie einstimmig für den sozialdemokratischen Antrag stimmen.

Es kam ganz anders! Kurz und bündig, aber sehr nachdrücklich wurde von unserer Seite der Antrag begründet, wobei wir darauf verzichteten konnten, daß selbst der badische Eisenbahnminister schon in der Budgetkommission erklärt habe, daß ihm die Fahrkartensteuer sehr unangenehm sei — ein Grund mehr für die bürgerlichen Parteien, für unseren Antrag einzutreten. Und nun begann die Komödie: der Fraktionsführer des Zentrums gab eine lange Erklärung ab, die sich zehnmal im Kreise drehte, verschiedene Male die Fahrkartensteuer bedauerte, endlich aber zu dem Schluß kam, daß die vielgepriesene „Finanzreform“ angenommen werden müsse und daß das Zentrum deshalb gegen den sozialdemokratischen Antrag stimmen werde. Keßlich bejammernswert war die nationalliberale Erklärung, nur daß der Aufwand von althermen Redensarten vielleicht noch größer war wie in der Zentrumserklärung. Angefichts dieser jammervollen Haltung der Parteien, die sich seit Jahren auf den Zweifemigtarif in der III. Klasse festgelegt haben und nun die Wähler so schmachtvoll betrogen, hatte es der Finanzminister leicht; er schlug sogar etwas übermäßige Löhne an, sprach von Patriotismus und Rationalgefühl, das zur Annahme der Finanzreform zwingt usw. — Es ist ihm das heimgeleuchtet worden und er wird nicht bald wieder einen Patriotismus der Fahrkartensteuer feiern und eine Erbschaftsteuer verteidigen, die den großen Weiz und insbesondere die Fürsten unpatriotischerweise vom Weizig befreit.

Der Eisenbahnminister wählte der Tapferkeit besseren Teil, er hörte die vernichtende Kritik der verkehrseindlichen Steuer und — schwieg! Er fand nicht den Mut, sein Bekennnis aus der Budgetkommission vor dem ganzen Lande zu wiederholen.

Schließlich wurde der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, nur die Demokraten, der Freisinnige und 1 konservativer Abgeordneter stimmten dafür.

### Die Unterbilanz der Berliner Milchzentrale.

Die Berliner Milchzentrale, die bekanntlich zu dem Zweck gegründet worden ist, die Versorgung Berlins mit Milch zu einem agrarischen Monopol zu gestalten, gerät immer tiefer in den Dellen. Schon für das Geschäftsjahr 1903/04 ergab sich bei einer ungewöhnlichen Belastung der Genossen mit Rückständen in Höhe von

1 051 147,00 M. eine Unterbilanz von nicht weniger als 4 671 886,08 M. Für das Geschäftsjahr 1904/05 betragen die buchmäßigen Rückstände der Genossen 1 009 104,13 M., während die Unterbilanz 6 056 297,85 M. beträgt. In der Zwischenbilanz für das erste Halbjahr sind die Rückstände der Genossen auf 2 455 842,06 M. angewachsen, während die Unterbilanz selbst 6 328 270,50 M. beträgt. Eine Musterwirtschaft!

**Beschonungen nationalliberaler Volkvertreter.** Nicht nur Professor Paasche soll eine schöne Anstellung im Reichskolonialamt erhalten, auch der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Bogemann, der sich bisher im Reichstag hauptsächlich damit beschäftigt hat, Berichte über Kommissionsverhandlungen zu erstatten, soll als Regierungsrat in das Kolonialamt berufen werden.

Dass die Qualität dieser Kommissionsberichte seine Berufung beanlagt habe, bemerkt dazu die „Fr. Deutsche Presse“, darf sichtlich bezweifelt werden.

**Unter Ausschluß der Öffentlichkeit.** Die militärischen Dienstinteressen waren wieder gefährdet in der Sache des Leutnants Friedrich Winter G ö l i n g vom 8. Thüringischen Infanterieregiment Nr. 15 in Altenburg. Nach der Bekanntgabe der Personalien des Angeklagten, der in „vollem Witz“ erschienen und auf einem Stuhl vor der Anklagebank Platz nehmen durfte, mußten die Preßbevollmächtigten den Gerichtssaal verlassen. Auch die Urteilsbegründung war nicht öffentlich, da, so sagte der Verhandlungsleiter, es sich bei Begründung des Urteils in öffentlicher Sitzung in einigen Punkten nicht vermeiden lasse, militärische Interessen zu gefährden. Der Ausschluß der Öffentlichkeit in so weitgehender Form erscheint uns so unbegründeter, da die Taten des Leutnants bereits in der Presse besprochen worden sind. Der Angeklagte, Sohn eines höheren Staatsbeamten, war ein lebenslustiger Mensch. Eines Tages berichtete man in der Presse, daß er auf der Treppe des Altenburger Bahnhofüberganges mit seinem Pferde nächtliche Reittouren veranstaltet hat. In der Verhandlung waren vier Offiziere und ein Fräulein geladen. Durch seinen Lebenswandel in Selbstamität geraten, setzte der Angeklagte zwei falsche Namen unter Urkunden. Dann floh er mit seinem Liebden nach Dresden und von dort nach Schandau. Wie durch öffentliche Darlegung eines solchen Falles militärische Interessen gefährdet werden können, vermag unser beschränkter Zivilistenverstand nicht zu fassen. Der Leutnant wurde mit 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und Nebenstrafen belegt.

## Ausland.

### Frankreich.

#### Die neuen sozialistischen Abgeordneten.

Die in der Stichwahl gewählten Abgeordneten der gemäßigten sozialistischen Partei sind: Groussier (Paris X), Allémane (Paris XI), Dubois (Paris XIX), Weber (Pontin-Roisy), Willm (Vesallos-Gidy) — diese fünf im Seine-Departement. Weiter fünf im Nord-Departement: Fédet (Cambrai), Gontaut (Douai), Gaesquière (Villé II), Melin und Dure (Valenciennes I und II), Ferner: Bedouce (Toulouse), Carlier (Marcelle), Venezech (Montpellier), Varenne (Riom), Marletton (Lyon VI), Blanc (Orange), Debège (Maison), Journier (Aimes I), Pastre (Vigau), Léandre Nicolas (Troyes), Dufour (Foscaudun).

Die gemäßigte Partei zählt jetzt 54 Parlamentsmitglieder. Ferner hat der in Briçonon gewählte Abgeordnete Merle um seine Aufnahme in die Partei angefragt, sodaß mit ihm die Zahl der Fraktionsmitglieder auf 55 steigen würde.

#### Gute Aussichten.

Paris, 24. Mai. (W. Z. V.) Verschiedenen Blättern zufolge hat der Ministerpräsident in einer Unterredung mit sozialistisch-radikalen Abgeordneten erklärt, daß alle wegen der Ausstände aus dem Dienst entlassenen Postbeamten bis auf einige Ausnahmen wieder in den Dienst gestellt werden würden.

Paris, 25. Mai. (W. Z. V.) Wie verlautet, hat sich der gestrige Ministerrat auch mit der Umgestaltung des Militärstrafgesetzbuches beschäftigt. Eine der beschlossenen Änderungen besteht in der Abschaffung der Todesstrafe in Friedenszeiten. Von nationalisistischer Seite wird gemeldet, daß die Regierung für die Abschaffung der Kriegsgerichte in Friedenszeiten überhaupt eintreten wolle.

### Italien.

#### Nach wieder Hof Mut!

Reggio di Calabria, 25. Mai. (W. Z. V.) In Venestare versuchten etwa 1000 Landleute, welche eine Neubildung der Gemeindeverwaltung verlangten, das Rathaus zu stürmen. Karabinieri mahnten zur Ruhe, die Bauern griffen sie aber mit Waffen an und suchten sie zu entwandern. Ein Brigadier und drei Karabinieri wurden verwundet. Nun gaben die Karabinieri Feuer; eine Person wurde getötet, acht wurden verwundet, darunter zwei schwer. Verwundungsmannschaften sind abgegangen.

### England.

#### Das englische Herrenhaus im Urteil eines englischen Ministers.

London, 25. Mai. (W. Z. V.) Der Handelsminister George hielt gestern in Liverpool eine Rede, in der er heftige Angriffe gegen das Oberhaus richtete. Er sagte u. a. wörtlich: „Der Augenblick ist gekommen, zu prüfen, ob dem Oberhause gestattet werden darf, sich dem Volkswillen zu widersetzen. Ich bin immer der Ansicht gewesen, daß das Oberhaus ein Hemmnis des Fortschritts gewesen ist, und nie bin ich mehr davon überzeugt gewesen, als seit dem Zeitpunkt, an dem ich Minister wurde. Das Oberhaus vertritt die Feindschaft des Landes; sein einziger Arbeiter befindet sich darin.“

## Die Situation in Frankreich nach den Wahlen.

Paris, 23. Mai.

Das Resultat der Wahlen vom 6. und 20. Mai ist ein Paradoxon: Der „Vlod“ hat noch einmal funktioniert — um sich selbst aufzuheben! Die einzige Rechtfertigung des Vlod — des Zusammenschlusses aller demokratischen Parteien von der demokratischen Union bis zu den Sozialisten — war die Schwäche der republikanischen Majorität, die durch die Lösung einer ihrer Gruppen in eine Minderheit verwandelt wurde. Die radikale Partei hatte zwar die Vorherrschaft in der Mehrheit, sie konnte die meisten Ministerstellen belegen, aber sie hatte nicht die Freiheit, ihre Politik nach ihrem Programm zu bestimmen. Diese Schwäche war zugleich ein Vorteil für sie: eine Verminderung ihrer Verantwortlichkeit, da sie reaktionäre Maßregeln der Regierung deren gemäßigten Mitgliedern zu Lasten schreiben und als unumgängliche Konzessionen an den rechten Flügel der Majorität entschuldigen konnte.

In der neuen Kammer ist die Einigung aller bisherigen Majoritätsgruppen überflüssig geworden. Die Radikalen und Radikalsozialisten, zu denen auch die 21 sogenannten „unabhängigen“ Sozialisten hinzuzurechnen sind, können mit den Linkrepublikanern eine Majorität von 345, mit den gemäßigten Sozialisten eine Majorität von 321 Stimmen bilden. Die reaktionäre Opposition ist — selbst die radikalen Dis-

senten mitgerechnet — auf 125 Mitglieder zusammengeschrumpft und ohnmächtig, das Ministerium in Gefahr zu bringen, sofern nicht besondere Umstände die Isolierung der radikalen Partei oder einen Zwiespalt in ihr selbst herbeiführen. In dem Augenblick aber, wo eine neue Konstituierung der Regierungsmehrheit möglich geworden, ist sie auch notwendig geworden. Das Programm der politischen Reformen, für die sich alle Parteien der Linken ohne Unterschied ihres Klassencharakters einsetzen konnten, ist erschöpft, und bei allen Aufgaben, die die letzte Kammer unvollendet hinterlassen hat — wie bei der Einkommensteuer und der allerdings durchbratenen Altersversorgung, die der Senat zweifellos zu verschlechtern suchen wird — kommen die Gegensätze der Klassen in hohem Maße in Betracht. Die Frage des Koalitionsrechts der Staatsangestellten hat schon die frühere Majorität auseinandergerissen. Die Republik sieht sich jetzt in der Notwendigkeit, über die von den Massen geforderten wirtschaftlichen Reformen zu entscheiden, in dem sich verschärfenden Kampfe zwischen Kapital und Arbeit Stellung zu nehmen. Die Arbeiterklasse ist nicht mehr gesonnen, die alte Schuld der Demokratie auf die Entschuldigung hin, daß es erst gelte, die gefährdete Republik zu retten, weiter zu prolongieren.

Die neue Situation schreibt den Sozialisten deutlich ihre Taktik vor: Sie sind an Wählerstimmen und Mandaten stattdessen verstärkt, mit einem eindrucksvollen Vertrauensvotum der arbeitenden Klasse aus dem Wahlkampfe zurückgekehrt. Die riesigen gewerkschaftlichen Kämpfe aber, die sich gleichzeitig mit der Wahlbewegung in den Industriezentren abgepielt haben, sind eine dringende Mahnung an die Vertreter des Proletariats, ihre ganze Macht im Parlament aufzubieten, um den bürgerlichen Parteien die Zugeständnisse zu den notwendigsten Sicherungen der Existenz des Arbeiters: zur Gewerkschaftsfreiheit und zur gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit abzuwingen. Und darüber hinaus eröffnet sich der parlamentarischen Vertretung der Arbeiterklasse noch ein weiteres Feld der Aktion: Zum erstenmal sieht sie sich in der Lage, in der gesetzgebenden Versammlung das ganze Programm der Reformen aufzurollen, die den Uebergang von der politischen Demokratie zur sozialen darstellen. Die Vergesellschaftung der kapitalistischen Riesenbetriebe, beginnend mit der Verstaatlichung der Eisenbahnen und Bergwerke, erscheint heute in den Bereich der Möglichkeit gerückt. In keinem europäischen Staate hat sich das Manchesterium so hartnäckig behauptet wie in der mit sozialistischem Brausenmachern so reich gesegneten französischen Demokratie, wo der Arbeiter wieder eine hinreichende Versicherung gegen Krankheit und Unfall, noch einen Rubeltag gesetzlich gesichert hat. Bürokratische Schwerefälligkeit und politische Korruption haben die Abneigung gegen die Ausdehnung der wirtschaftlichen Tätigkeit des Staates auch in denjenigen bürgerlichen Kreisen erhalten, die anderswo der Aufhebung privatkapitalistischer Monopole schon sympatisch gegenüberstehen. Die Wohlhabenheit des Kleinbürgertums und des ländlichen Besitztums, die diese Klassen von kapitalistischen Dividenden mit zehren läßt, schließt hier manche kapitalfeindliche Äußerung der Mittelstandsbewegung der östlichen Staaten aus — der rasche Zusammenbruch der antisemitischen Agitation in Frankreich ist dafür charakteristisch. Die antikapitalistischen Forderungen des bürgerlichen Radikalismus sind weniger auf wirtschaftliche Prinzipien als — von der Rücksicht auf die Arbeiterwähler abgesehen — auf die Tatsache zurückzuführen, daß die großkapitalistischen Unternehmungen fast durchweg im Eigentum politischer Reaktionen sind. Aber die sozialistische Partei kann jetzt die bürgerliche Demokratie beim Wort nehmen und sie zwingen, entweder ihr Programm durchzuführen oder vor dem Lande ihr unehrliches Demagogentum zu offenbaren. Die sozialen Forderungen des radikalsozialistischen Programms sind ungefähr mit denen des sozialistischen Minimalprogramms identisch. Der bürgerliche Radikalismus muß also Farbe bekennen, sobald die sozialistische Partei sein Programm entwickelt. Der Hinweis auf die politischen Nöte der Republik und auf die notwendige Verbindung mit den republikanischen Gruppen zur Rechten gilt nicht mehr. Eine in Wahrheit radikalsozialistische Regierung würde die ihr zur Mehrheit fehlenden Stimmen sicher bei den gemäßigten Sozialisten finden.

Nun gehört allerdings ein besonderer Optimismus dazu, um zu glauben, daß sich die Radikalen von den Sozialisten auch auf dem Gebiete sozialistischer Reformen so vorwärts-treiben lassen werden wie in der Kirchenpolitik, wo sie ja zur Vollziehung der Trennung von Kirche und Staat ohne den Antrieb der Sozialisten nicht vorgedrungen wären. Gerade die letzten Wochen haben gezeigt, wie viel sozialreaktionäre Elemente der bürgerliche Radikalismus birgt. Das Versahren, das die Regierung Clémenceau (genannt Carrien) den streifenden Arbeitern gegenüber eingeschlagen hat, ruft das Andenken an die schlimmsten Leistungen der Dupuyischen Klassendiktatur der Bourgeoisie wach. Wohl wäre es ungerecht, die ganze radikale Partei mit dem Ministerium zu identifizieren, das neben linksrepublikanischen Mitgliedern wie Poincaré und Barthou sozial einseitige Nupolitiker wie eben Clémenceau selbst in seiner Mitte hat. Zweifellos wäre die Gruppe, die in der „Banterne“ zu Worte kommt, nämlich Belletré und sein Kreis für soziale Reformen in größerem Stile zu gewinnen. Aber es ist nicht gerade wahrscheinlich, daß sie in ihrer Partei die Oberhand erlangen wird.

In der radikalen Partei sind zwei Strömungen ziemlich scharf zu unterscheiden, von denen die eine mit dem Namen Clémenceau, die andere mit dem Namen Combes charakterisiert werden kann. Der Combesismus mit all seinen verhängnisvollen, aus der jakobinischen Tradition zu erklärenden Fehlern stellt mit seinem fanatischen Glauben an die revolutionäre Masse das fortschrittlichere Element dar, wogegen hinter dem Clémenceauschen Rationalismus der bourgeoise Klassenegoismus deutlich genug hervorblüht. Die Richtung Clémenceau hat heute die Herrschaft inne, und sie wird sie nicht leicht preisgeben, trotzdem die Wahlen eher für den sozialistisch gefärbten Flügel entschieden haben. Die Richtung Clémenceau hat ihr stärkstes Argument in der Rücksicht auf den Senat, dessen sozialer Konservatismus den Konflikt mit einer radikal vorantretenden Deputiertenkammer anzudrohen scheint. Wohl wird auch sie nicht wagen, die in Bewegung geratene Arbeiterkraft leer ausgehen zu lassen. Schon kündigt ja das Ministerium die Vorbereitungen zu einer Erweiterung des Koalitionsrechtes der Staatsangestellten an. Gegen Unternehmer, die mit schwarzen Listen operieren, wird nach dem Beschlusse des gestrigen Ministerrats die Strafuntersuchung wegen Verletzung der Arbeitsfreiheit eingeleitet, und das längst reife Gesetz über die Sonntagsruhe wird — vielleicht in einer mangelhaften Form — doch

ohne grundsätzliche Opposition im Senat wie in der Kammer beschlossen werden.

Aber so geringfügige Konzessionen an die Arbeiterklasse werden die Regierung von jener Opposition der Sozialisten nicht befreien können, die zur Notwendigkeit gemacht wird durch die lange Kette arbeiterfeindlicher Maßregeln, unter denen nicht eine der wichtigsten, aber eine der bezeichnendsten die amtliche Wahlbeeinflussung zugunsten des von den Reaktionen begünstigten „Gelben“ Distrikt in Vrest war. Die Wahl Distrikt wird von der reaktionären Presse als einziger Lichtpunkt in der Trübsal der Wahlen begrüßt. Der „Gaulois“ erklärt sogar: Die künftige Opposition müsse sich um diesen Bekämpfer der sozialen Revolution scharen! Und dieser neue Chef der Opposition verdankt seine Wahl der Verhaftung der sozialistischen Agitatoren von Vrest und der PreSSION auf die Arsenalarbeiter!

Noch ist es nicht sicher, ob es der Macht des Sozialismus gelingen wird, in der neuen Legislaturperiode dem Parlament tiefgreifende soziale Reformen abzuwingen. Aber gewiß ist, daß sich in ihr das Schicksal der radikalen Demokratie entscheiden wird. Der Angriff der vereinigten Reaktionen gegen die demokratische Verfassung ist abgeklungen, und die reaktionäre Opposition ist zu geschwächt, um ihn zu erneuern. Der Kulturkampf wird vielleicht noch mehr oder weniger heftig emporflackern, aber er wird die französische Politik nicht mehr beherrschen. Das Feld für die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit ist nun frei. Der Radikalismus wird sich für eine der beiden Kampfparteien entscheiden müssen. Bieleicht werden die sich mit fortschreitender Schnelligkeit entwickelnden Klassengegenätze den einheitlichen Verband des Radikalismus sprengen. Sollte er sich ganz dem Kapitalismus verschreiben, so wird er das Vertrauen der arbeitenden Massen der Städte und des Landes, die ihm noch anhängen, unwiderrbringlich verlieren. Mögen sich die Dinge wie immer wenden, der Sozialismus wird den Gewinn einheimen. Die sozialistische Partei der neuen Kammer ist zu Aufgaben berufen, deren Bedeutung über die französischen Grenzen hinausreichen wird. Das internationale Proletariat wird auch von hier neue Ermutigung und Siegesgewißheit empfangen.

## Aus der Partei.

**Gemeinbewachen.** In der Stadt Ladenburg (Baden) regte in der 3. Klasse unsere Partei über den gesamten gegnerischen Mißbrauch, unter welchem sich auch die Kompanie Hirsch-Dauder befand.

**Statistik des Klassenbewußtseins.** Von 310 Mitgliedern der Verwaltungsstelle Dresden des Verbandes der Porzellanarbeiter lesen nach einer von der Verwaltung veranstalteten Umfrage das Parteiblatt 165, bürgerliche Blätter 28, keine Tageszeitung 36; nicht geantwortet hatten 83 Mitglieder.

**Von der Schweizer Sozialdemokratie.** Bern, 21. Mai. (Eq. Ver.) Im zweiten Wahlgang für den Kantonsrat im 3. Wahlkreis der Stadt Bern ist gestern unsere Partei leider unterlegen. Nur einer von unseren sieben Kandidaten, Genosse Müller, wurde mit 1645 Stimmen gewählt, während die anderen sechs sozialdemokratischen Kandidaten mit 1554 bis 1598 Stimmen gegen 1613 bis 1652 Stimmen, die auf die bürgerlichen fielen, unterlagen. Gegen den ersten Wahlgang haben beide Parteien um 300 bis 400 Stimmen mehr erhalten. Unsere Partei hat nun sechs Sitze verloren und die gesamte harte Sozialdemokratie der Stadt Bern ist nur durch einen einzigen Mann im Kantonsrat vertreten. Eine solche unheilbare Situation schreit geradezu nach dem Proporz!

#### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

**Strafentscheid der Presse.** Die Strafkammer in Breslau verurteilte den Redakteur Genossen Robert Albert von der „Volkswacht“ wegen Beleidigung von Mitgliedern der Wlogauer Strafkammer zu 900 M. Geldstrafe. Albert hatte die Prozeßführung im Bildlerprozeß kritisiert.

In zwei weiteren Prozessen wegen Beleidigung oberösterreichischer Polizeibeamter, wurde Gen. Albert sodann noch zu 40 und 10 M. Geldstrafe verurteilt. In den inkriminierten Artikeln wurde einem Schuhmann in Schwoientlowitz vorgeworfen, während des vorjährigen Mauerstreiks den Vertrauensmann des Mauerverbandes arg mißhandelt zu haben, und einem Geheimpolizisten aus Jutodzie, in heimtückischer Weise und aus Nachsicht einen Arbeiter aus seiner Stellung in einem Krankenhaus gebracht zu haben, indem er der Krankenhausverwaltung wider besseres Wissen mitteilte, der Arbeiter sei bereits einmal mit drei Monaten Gefängnis bestraft. Obwohl der Angeklagte in beiden Fällen den völligen Wahrheitsbeweis erbrachte, kam das Gericht dennoch zur Verurteilung wegen „formaler Beleidigung“.

**Ein feiner Unternehmervertreter.** In Pitzau wurde der Genosse Schuetzler, Redakteur des „Armen Teufels“, zu 50 M. Geldstrafe verurteilt, weil er in einer Versammlungsbred den Prokuristen einer Flachspinnerei in Hirschfelde formell beleidigt haben soll. In der Versammlung hat er von dem Herrn erzählt, daß er einer Arbeiterin, die ihn um Lohnhöhung gebeten hat, weil sie bei ihren vielen kleinen Kindern nicht mit ihrem Lohn auskommen könne, geantwortet hat: „Dann solle sie nicht solche Schwärmer machen.“

In der Kritik soll Schuetzler dann den Privatflügel einen gemeinen Menschen genannt haben. Er bestritt das, aber der überwachende Beamte wollte die Äußerung gehört haben.

**Institut in Düsseldorf.** Die „Vorbeeren“, die die Staatsanwälte in Leipzig, Magdeburg, Erfurt und so weiter im Kampfe gegen die Sozialdemokratie pfänden, lassen den Staatsanwalt in Düsseldorf nicht ruhig schlafen. Derselbe widmet nämlich unserem dortigen Parteiorgan in letzter Zeit eine sehr große Aufmerksamkeit. Nachdem jetzt die Anklage wegen eines Wirtartikels, den die „Volkzeitung“ am 18. März brachte, erhoben worden ist, erhält Genosse Schotte als Verantwortlicher die weitere Mitteilung, daß ein Artikel, in welchem die Breslauer Polizeitan eine Kritik unterzogen wurden, das Mißfallen des Staatsanwalts erregt hat und deshalb die Untersuchung eröffnet werde.

## Soziales.

**30. Verbandstag des Verbandes Thüringer Konsumvereine.** — Der Verbandstag wurde am 23. und 24. Mai zu Weisfeld abgehalten. Die Rekrut der Delegierten sind Arbeiter, welche erst dem zweiten Verhandlungstag (Himmelfahrt) beizuwohnen können. Die Tagesordnung für diesen Tag ist eine sehr reichhaltige. Aus den Ausführungen des Verbandesrevisors Stubiger-Jena über die Entwicklung des Verbandes und die Revisionen im Jahre 1905 ist zu entnehmen, daß es noch eine ganze Anzahl Vereine gibt, welche durch niedrige Geschäftsanteile (bis zu 5 Mark herunter) Mitglieder zu gewinnen suchen, dadurch aber gewissermaßen in der Luft schweben. Ferner werden die Höhe der Aufwände in den einzelnen Vereinen bemängelt, sowie die muntere ganz exorbitante Höhe der Rückergütungen da, wo es gar nicht angebracht ist und der Stand der Vereine es nicht erlaubt. Die hohen Rückergütungen sind auch energisch zu bekämpfen wegen der hohen Steuern die nach der Höhe der Dividende berechnet werden. Die Einkaufsvereinigungen sollen im Verein mit den Verbandesrevisoren diesen Krebsgeschaden ernstlich zu Leibe gehen.

Über die Ausführung von Zwischenrevisionen, d. h. Revisionen, die zwischen der geschlossenen zweijährigen Revisionszeit liegen, referiert Verbandesrevisor Westlein. Er kommt zu dem Schluß, daß

\*) Vergl. den Artikel „Die Wahlen in Frankreich“ in Nr. 112 und 113 vom 19. und 27. d. M.

Unterichtsurfe, die eingeführt waren, um Geschäftsführern usw. die nötigen Fachkenntnisse beizubringen, sich nicht bewährt hätten, daß hingegen Zwischenrevisionen zu empfehlen seien. Der revidierende Beamte soll zugleich Wanderlehrer sein und bei seinen Revisionen den Funktionären der Genossenschaften das Notwendigste an Wissen beibringen.

Herr Kaufmann-Hamburg hält danach einen Vortrag über den weiteren Ausbau des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Errichtung von Revisions-Verbandssekretariaten. Redner erläutert das Wesen der verschiedenen Organisationsformen, betont, daß die Konsum-Genossenschaften keine Kampforganisationen seien. Weiter befragt er die Dezentralisation der Verbände im Genossenschaftswesen als die demokratischere Form der Organisation. Die angestellten Verbandssekretäre sollen die Hälfte der Revisionen übernehmen und sich im übrigen journalistisch und agitatorisch betätigen. Wichtig ist die weitere Mitteilung, daß das Frauengenossenschaftsblatt, welches bei einem Mitgliederbestand von 700 000 bisher in einer Auflage von 155 000 Exemplaren erschienen ist, umgewandelt werden soll in ein genossenschaftliches Volksblatt im Format der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“. Die Auflage für dieses genossenschaftliche Volksblatt soll 400 000 betragen. Der Vorstand des Gesamtverbandes deutscher Konsumvereine will am Jahresabschluss mit einem vollständigen Organisationsplan an die Öffentlichkeit treten. Da bereits vier Verbandstage die Anstellung von Sekretären beschlossen haben, stimmt auch dieser Verbandstag den Vorschlägen Kaufmanns zu.

Zur Beschlußfassung über den Tarifvertrag mit dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter legt der Vorstand dem Verbandstage einen Antrag vor. Er lautet: „Der 30. Verbandstag des Verbandes Thüringer Konsumvereine am 23. und 24. Mai 1906 in Weisensfeld erklärt sich mit dem vorgelegten Lohn- und Arbeitstarif zwischen dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen einverstanden und beauftragt die Delegierten der Verbände, auf dem Genossenschaftstag in Stettin für die Annahme des Tarifs zu stimmen. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Der Vorstand des Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterverbandes hat schriftlich seine Zustimmung erklärt.“

Kaufmann-Hamburg führt aus, daß Friede und Eintracht zwischen Angestellten und Arbeitern einerseits und den Verwaltungen andererseits herrschen müsse. Er befragt den Abschluß von Tarifverträgen mit einem über ganz Deutschland anwendbaren mechanischen Tarif. Ein einzelgehendes Tarifamt soll über die Höhe der jeweiligen Ortszulage Bescheid wissen. Auch mit den Lagerhaltern und den in der Buchführung beschäftigten Angestellten soll ein Tarifvertrag ausgearbeitet und den beteiligten Parteien empfohlen werden.

Nachdem in einer weiteren Aussprache über Einführung des Scheidverfalls die Einführung dieses Systems befragt worden war, wurde nach einem letzten Vortrage von Kaufmann über den Beitritt resp. die Unterstützung der Internationalen Allianz der Genossenschaften den mittleren und größeren Konsumvereinen in einer Resolution empfohlen. Der nächste allgemeine Verbandstag findet in Stettin statt.

## Gewerkchaftliches.

### An die Freiseurgehehlen Deutschlands und Oesterreichs.

In Berlin und den Vororten befinden sich die Kollegen in der Lohnbewegung. Wir fordern die Beseitigung des Logis beim Arbeitgeber, dreizehnhündige Arbeitszeit, einständige Mittagspause, Anerkennung der Organisation und des kostenlosen Arbeitsnachweises, sowie Freigabe der drei zweiten Feiertage.

Die Arbeitgeber verhalten sich durchaus ablehnend demgegenüber, überschütten die Gehältn sowie deren Vertreter mit Spott und Hohn und versuchen, Arbeitskräfte von allen Orten heranzuziehen.

Die Situation ist sehr ernst! In den nächsten Tagen wird es aller Wahrscheinlichkeit nach zum Streik kommen.

Wir fordern daher die Kollegenchaft allerorts auf, Arbeitsangebote nach Berlin nicht anzunehmen. Kollegen! Bekundet Euer Solidaritätsgefühl. Verband der Freiseurgehehlen Deutschlands. (Zweigverein Berlin und Vororte.)

Die Parteiblätter werden höflich um Abdruck gebeten.

### Berlin und Umgegend.

#### Achtung, Metallarbeiter!

Heute ist in mehreren Großbetrieben der Anschlag angebracht, wonach am 2. Juni ausgesperrt wird.

Wir ersuchen unsere Mitglieder, ihre Verbandsbücher in Ordnung zu bringen. Die Vertrauensleute werden ersucht, zu dem Zwecke den Mitgliedern die Bücher auszuhändigen.

In den nächsten Tagen erhalten die Vertrauensleute weitere Anweisungen.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

#### Achtung, Klempner!

Die Sperre bei der Firma Grabert, Köpenickerstr. 70a, ist hiermit aufgehoben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

#### Deutscher Metallarbeiterverband.

Die Gasmesser- und Gasofenfabrik in Mariendorf ist für sämtliche Metallarbeiter gesperrt. Die Ortsverwaltung.

Die matausgesperrten Gummiarbeiter vom Nobelwerk „Oberpreze“ in Ober-Schöneweide führten in gestriger Versammlung ebenfalls Beschlüsse darüber, daß die Direktion dieses Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft-Werks ihre Zulage nicht innehält. Obwohl auch den Arbeitern der Gummiabteilung die fulzeßige Wiederinstellung ohne Nachregelung bis zum 31. Mai versprochen wurde, läßt die Direktion gegenwärtig auffälligerweise doch Gummiarbeiter in Säddeutland nach Berlin resp. die Ober-Schöneweide anzuwerben. Eine weitere Versammlung der Ausgesperrten wird demnächst definitiv hierzu Stellung nehmen.

Die Bewegung der Kohrer. Eine öffentliche Versammlung der Kohrer Berlins und Umgegend tagte im Englischen Garten und nahm den Bericht der Lohnkommission über die Verhandlungen mit den Kohrbedarfsfabrikanten betreffs Anerkennung des Lohn-tarifes vom Jahre 1903 entgegen. Die Unternehmer hatten einen eigenen Tarif aufgestellt, der bereits in einer vorhergehenden Versammlung abgelehnt worden war. Zwei Firmen, welche der Fabrikantenvereinigung nicht angeschlossen sind, haben den Tarif vom Jahre 1903 unterschrieben bewilligt, während der Verband der Kohrbedarfsfabrikanten, der 18 Mitglieder zählt, sich jetzt bereit erklärt hat, mit der Kommission über den Arbeitnehmertarif in Verhandlungen zu treten bzw. denselben anzuerkennen. Die Versammlung sagte darauf folgenden Beschlus: „Die Lohnkommission wird beauftragt, jeder einzelnen Firma den Tarif zur Unterschrift zu unterbreiten, und wo derselbe nicht bewilligt wird, werden die Arbeiter der Firma entzogen, um bei bewilligten Arbeitgebern — da zurzeit Arbeit reichlich vorhanden ist — eingestellt zu werden.“ — Unter Verschiedenem entspann sich eine sehr erregte Diskussion zwischen den organisierten Kohrern und den Streikbrechern vom letzten Streik, die sich jetzt zu einem Verein in Rixdorf zusammengeschlossen haben und sich angeblich dem Zentralverband der Bauhilfsarbeiter anschließen wollen.

Zur Aussperrung der Buchbinder. Recht sonderbare Gepflogenheiten greifen bei den aussperrenden Buchbindereibereitern Platz. Sie nehmen eine Dezentralisation ihrer Betriebe dergestalt vor,

daß sie in Buchhandlungen Maschinen aufstellen und nach dort Arbeitskräfte unter hohen Versprechungen zu locken versuchen. Die Buchbinderinnung hat sich in den Dienst der Buchbindereibereiter gestellt. In einem Zirkular werden die Innungsmeister ausgesordert, Verbandsmitglieder nicht einzustellen, ferner bei Angebot von Arbeiten, welche vor der Aussperrung in den Großbetrieben hergestellt wurden, sich mit den betreffenden Firmen in Verbindung zu setzen und bei Bedarf von Arbeit sich an H. Frißsche-Baumach, Schöneberg, Bahnstr. 29/30, zu wenden, von wo ihnen größere und kleinere Partien zugewiesen werden. Jetzt ist Waffenstillstand, jetzt wird nicht konkurriert! Nachher geht das alte Spiel von neuem los: dann saugen die Großen die Kleinbetriebe weiter auf. Die Kleinmeister jammern wieder wie früher und spielen — den Ausreißer, wenn es gegen die Arbeiter geht.

Wie im Vorjahre beim Kämmererschen Streik, wo Schulkleute auf Wink des Unternehmers hin jedem den Aufenthalt in der Kochstraße verweigerten und etwa nicht Folge leistende Personen sistierten, geschieht es auch in diesem Jahre.

Besonders tun sich darin die Herren Jablonski von der Firma D. Klein und Jenner von der Firma H. Sperling hervor. Beide Herren legen ein Geboten an den Tag, als wenn sie nicht nur Besitzer des Grundstücks „Handelsstätte“ seien, sondern auch darüber verfügten, mer die „Handelsstätte“ postieren darf und wer nicht. Und die Schulkleute sind gewärtig jeden Winkes und stürzen auf jeden Passanten, welcher ihnen durch Reigen mit dem Finger bezeichnet wird, los, ihm die Passage der „Handelsstätte“ zu verweigern. Forscht man nach dem Grund der Ueberverhütung anderer Unternehmer, so sieht man, daß es ihnen jetzt erst aufdammt, daß sie, die einem „Führer blind gehorhten“, sich ins eigene Fleisch geschnitten haben, denn Ersatz für die Arbeitskräfte haben sie nicht erhalten, die Arbeiter erhalten sie in anderen Städten nicht hergestellt, die Arbeiterinnen, welche gegenwärtig die Betriebe behältern, verweigern die Akkorarbeit, weil sie damit nicht das verdienen, was sie jetzt an Lohn erhalten. Also wird den Unternehmern die Suppe immer teurer, da ein Ende des Kampfes noch nicht abzusehen ist und die Arbeiter nun in einen Tarifkampf eintreten.

Zur Lohnbewegung der Freiseurgehehlen. Die Arbeitgeber, welche nicht bewilligt haben, versuchen die anständigen Arbeitgeber durch Preisunterbietungen zu bewegen, die gemachten Zugeständnisse zurückzunehmen. Bis jetzt allerdings noch ohne Erfolg. Die Arbeitgeber versuchen mit allen Mitteln, die Bewegung der Gehältn zu unterdrücken. Dagegen rüsten die Gehältn zum ersten Angriff. In nächster Woche erscheint die Liste derjenigen Arbeitgeber, welche die Forderungen anerkannt haben und in denen Gehältn mit einer weißen mit rotem Rand Rand versehenen Kontrollkarte arbeiten. Diese sowohl wie die Plakate sind Ausweis dafür, daß bewilligt ist. Achtet nur auf diese Kennzeichen.

Achtung! Kleber und Bauhandwerker! Der Unternehmer Linke, Rigaerstraße 109 — Bau Friedenau, Fregestraße- und Gollsteinische-straße-Ecke — ist für Kleber gesperrt, da derselbe sich weigert, die tariflichen Preise zu zahlen.

Nach gepflogenen Unterhandlungen erklärte er sich zwar bereit, die Arbeiten in Lohn ausführen zu lassen, während er den Kollegen nur 2 Pf. zu den bei ihm üblichen miserabelsten Akkorpreisen zuliegen wollte. Der Kommission dagegen sollten sie vorpiegeln, daß sie die Arbeiten in Lohn ausführen.

Die Bauhandwerker ersuchen wir, etwa dort arbeitende Kleber auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen, da dieselben 25—40 Proz. unter den Tarifpreisen arbeiten.

Der Vorstand der Freien Vereinigung der Tapezierer.

Bureau: Schützenstr. 18/19. Tel. I 3282.

### Streik der Führer elektrischer Droschken.

Auf eine Notiz, welche über diesen Streik in den bürgerlichen Blättern veröffentlicht war, geht uns folgendes zu:

In allen Automobilbetrieben ist es Usus, daß 1,50 M. Lohn und 25 Proz. von der Bruttoeinnahme gezahlt werden. Die Gesellschaft „Bedag“ hat eine Grundtage von 80 Pf., die anderen Droschken eine solche von 60 Pf. Die Differenz beträgt also bei jeder Tour 30 Pf. Von diesen 30 Pf. bekommen die Führer keine Prozente. Die Forderung, auch von diesen 30 Pf. Prozente zu erhalten, wurde abgelehnt. Die Gesellschaft steht nun auf dem Standpunkt, den Betrieb überhaupt nicht mehr geschlossen aufnehmen zu lassen, sondern will sich neue Führer heranzubilden. Diefelbe sucht in den Tagesblättern Führer, verlangt aber von denselben, daß sie sich verpflichten, keiner Organisation anzugehören. Sie will auch eine gebürige Ausübung der bei ihr bisher tätig gewesenenen Führer vornehmen, im Fall sie dieselben wieder einstellen sollte. Es soll versucht werden, die Organisation zu erschöpfen, eventuell neu einzustellende Führer davon fernzuhalten.

Zu der Behauptung der „Bedag“-Gesellschaft, daß die Führer 1,50 M. Tagelohn und 25 Proz. der Tageeinnahme bekommen, bemerken wir, daß der größte Teil der Führer nur 1 M. Lohn bekommt. Hierdon müssen dieselben täglich 60 Pf. für Wagenwagen zahlen, so daß nur 50 Pf. Lohn übrig bleiben und die Führer bei einer Einnahme von 20 M. nur 4 M. verdienen; wo bleibt da ein Lohn von 1,50 M. und 25 Proz.? Im übrigen bemerken wir noch, daß die dort Ausgelernten, nachdem sie 50 M. Lehrgeld gezahlt und 4 Wochen gelernt haben, nochmals wochenlang auf Beschäftigungswarten müssen, so daß dieselben, nachdem sie allen Mitteln bar waren, in 8 Wochen oft 10—20 M. verdient haben. Die Folge war oft, daß sie ihr Geld los waren und ihren früheren Beruf wieder aufsuchen mußten.

Unter diesen Umständen war es nicht anders möglich, als die genannten Forderungen zu stellen.

Verein der Droschkenführer Berlins und Umgegend.

### Deutsches Reich.

Die schwedische Lohnbewegung der Mäler (welche anfangs eine Aussperrung war, die aber von den Unternehmern nach drei Wochen aufgehoben wurde) ist durch eine Einigung beendet. Der frühere Minimallohn von 35 Pf. wurde auf 42 Pf. erhöht.

Die freisinnigen und nationalen Unternehmer als Oberschär-macher im Lithographie- und Steindruckgewerbe ist das neueste auf dem Gebiete des Kampfes gegen die Arbeiter. Daß es Unternehmer gibt, die als freisinnige Parteigänger es dem seligen Stumm in der Arbeiterbekämpfung noch zuvor tun, ist ja allbekannt und nicht weiter verwunderlich, aber im großen und ganzen spielen sich die freisinnigen wenigstens als Arbeiterfreunde in der Öffentlichkeit auf. Diese Rolle haben sie in dem gegenwärtigen Kampfe fallen lassen. Bekannt ist das Treiben des freisinnigen Abgeordneten und vielfachen Millionärs Dr. Gerschel in Berlin, der im Scharsmacherverband des Steindruckgewerbes gegenwärtig die erste Geige spielt. Mit ihm zusammen arbeiten die sich als nationalsozial gebärdenden Politiker Herr Jähning in Leipzig und der Busenfreund Tischendorf's, Herr Fetzbad in Hannover. Diefem Trifolium ist es gelungen, die ganze Leitung im Schuberband an sich zu reißen und alle tarifrechtlichen Unternehmern an die Wand zu setzen. Die Folge dieses Vorgehens ist nun aber die, daß ein großer Teil der Unternehmer trotz des 3000 Marktschweffels die Gesellschaft verläßt und nicht aussperrt. So ist trotz dieses Stützschwells die Gesellschaft einer weiteren Konventionallstraße von 300 M. pro Arbeiter bei Nichtaussperrung statt der 8000 angeforderten Lithographen und Steindrucker, die ausgesperrt werden sollten, bis jetzt nur 2500 gekündigt worden. In Hamburg haben von 28 Unternehmern 25 erklärt, daß sie nicht mitmachen und sie haben auch die Unterschriften unter die Sichtpachsel ver-

weigert. Ob die an die Unternehmer gerichtete Drohung noch Erfolg haben wird, daß sie vom Papiertrist kein Papier mehr geliefert beläßen, falls sie die Arbeiter nicht aussperrten muß abgewartet werden. Vorläufig ist der Krieg im Lager der Unternehmer größer wie der der Unternehmer gegen die Arbeiter. Wie widerwärtig aber die Unternehmer an die Kündigung gegangen sind, zeigt der Ausspruch des Kommerzienrats Wehner in Leipzig, der bei der Kündigung sagte: „Es tut mir leid, daß ich Ihnen kündigen muß — Leuten, mit denen ich 30—40 Jahre zusammen gearbeitet habe — aber ich bin vom Schuberband dazu gezwungen worden, ich bin nicht mehr Herr im eigenen Hause! Im ganzen haben in Leipzig 32 Firmen 500 Lithographen und Steindrucker gekündigt; organisiert sind im Genesfelder Bund hier 1800 Mitglieder. Warum eigentlich ausgesperrt werden soll, geht aus einem an die Unternehmer gerichteten Zirkular hervor, worin es heißt:

„Eine tiebliche Verständigung haben die Führer des Genesfelder Bundes erreicht. Ihr Ziel ist vor allem die Erringung des Achtundtages und die Unterstellung der einzelnen Geschäfte unter die Diktatur der Gehältnorganisationen und deren Agitatoren. Es handelt sich jetzt nicht mehr um gewerbliche Fragen oder Ziele, sondern einzig und allein darum, ob wir Unternehmer tatsächlich Herren und Leiter unserer Betriebe sind oder nicht. Es gilt jetzt nur noch die Nachtfrage zu entscheiden.“

Nun sind die Herren in Bielefeld zu einer geheimen Sitzung zusammengekommen, was sie beschließen oder auch nicht beschließen werden, wird man ja erfahren.

Daß die Gehältn den ihnen aufgedrungenen Kampf ernsthaft zu führen gewillt sind, davon legte gestern eine öffentliche Versammlung, die von 2300 Personen besucht war, bezeugendes Zeugnis ab. Für den unter den Arbeitern herrschenden Geist zeugt am besten der Beschlus: Auf die im Streik befindlichen Kollegen soll nicht nur kein Druck ausgeübt werden, daß sie die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen, sondern daß von ihnen die Fortführung des Kampfes bis zum siegreichen Ende erwartet wird. Ferner stimmte die Versammlung freudig dem Beschlusse des Hauptvorstandes zu, an Ertragssteuern bei 20 M. Lohn 1, bei 30 M. 2 und bei über 30 M. 3 Mark zu zahlen.

### Ausland.

#### Strassenbahner-Aussperrung in Gothenburg.

Gothenburg, 25. Mai. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Die hiesigen Strassenbahner sind ausgesperrt. Ein gewisser Otto Conrad verfuhr in Berlin deutsche Arbeiter als Streikbrecher zu engagieren. Die Ausgesperrten bitten um Fernhaltung des Zugages.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Unternehmer-Terrorismus.

Hannover, 25. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Einigung in Hannover ist gescheitert. Die Metallindustriellen lehnten jede Lohnerhöhung ab. Eine zu heute einberufene Metallarbeiter-Versammlung nahm mit Entrüstung Kenntnis von dem Verhalten der Industriellen. In der Versammlung wurde aufs neue die Bereitschaft zu neuen Verhandlungen erklärt und den Unternehmern die Verantwortung für die Generalaussperrung der Metallarbeiter überlassen.

### Abgestürzt.

Merlingen am Thunersee, 25. Mai. (B. L. B.) Am Himmel-fahrtstage ist am Sigridwepel Rothorn der 23 jährige, aus Tirol gebürtige Ingenieur Karl Grisch aus Bern, dessen Eltern in Rürnberg wohnen, tödlich verunglückt. Er unternahm morgens mit zwei Freunden den Aufstieg auf das Rothorn, dessen Gipfel jedoch wegen ungünstiger Witterung nicht erreicht wurde. Beim Abstieg stürzte Grisch über eine Felswand ab. Die Leiche ist nach Merlingen geschafft worden.

### Die Antwort fällt schwer!

Petersburg, 25. Mai. (B. L. B.) Die Beantwortung der Adresse der Reichsduma durch den Ministerpräsidenten Goremykin erfolgte heute nicht, da, wie verlautet, dem Ministerpräsidenten die Genehmigung des Kaisers noch nicht zugegangen ist.

### Schwarz-gelbe Demonstrationen.

Wien, 25. Mai. (B. L. B.) Nach Schluß einer von sämtlichen Wiener Gemischtwaren- und Delikatessenhändlern abgehaltenen Protestversammlung gegen die Konsumvereine veranstalteten die Versammlungsteilnehmer unter Borantragung einer Schwarz-gelben Fahne vor dem Parlamentsgebäude große Demonstrationen, wobei es zu einem erbitterten Kampfe mit der Polizei kam. Viele Fenster des Parlamentsgebäudes wurden zertrümmert, mehrere Demonstrationen sowie Polizisten verwundet. Schließlich gelang es dem Bürgermeister Rieger, die Demonstration zum Auseinandergehen zu veranlassen.

### Demission des schwedischen Ministeriums.

Stockholm, 25. Mai. (B. L. B.) Am Schluß der vergangenen Woche hatte das Ministerium einschließlich der beiden inzwischen zurückgetretenen Minister das Ansuchen an den König gerichtet, wegen der abweichenden Beschlüsse beider Kammern in der Wahlrechtsfrage Neuwahlen zur Zweiten Kammer auszuschreiben, um den Wählern Gelegenheit zu geben, sich über den von der Ersten Kammer angenommenen Wahlrechtsentwurf auszusprechen. Die Minister hatten hinzugefügt, daß, wenn der König dem Ansuchen nicht entspreche, das Kabinett sich genötigt sähe, seine Demission zu geben. Nach reiflicher Erwägung antwortete heute der König, daß er das Ansuchen des Kabinetts nicht annehmen und Neuwahlen zur Zweiten Kammer nicht ausschreiben lassen könne, weil er ein solches Vorgehen weder als logisch noch als parlamentarisch richtig ansehe. Infolge hierdon reichten sämtliche Mitglieder der Regierung ihr Abschiedsgesuch ein. Der König ersuchte den früheren Staatsrat Peterson, eine neue Regierung zu bilden; dieser lehnte das Ansuchen jedoch ab. Darauf übertrug der König dem Generaldirektor des Telegraphenwesens Lindman die Bildung des neuen Kabinetts.

### Gegen den Krieg.

London, 25. Mai. (B. L. B.) Oberhaus, Lord Avebury richtet die Anfrage an die Regierung, ob irgendwelche Schritte geschehen seien zur Ausführung der vom Premierminister Campbell-Bannerman in seiner Rede vom 22. Dezember gegebenen Anregung betreffend die Einschränkung der Rüstungen. Redner sagte unter anderem: Was Deutschland angehe, so kann er von allen Großhandelskreisen sagen, daß sie genau so gut wie die Engländer wüßten, daß die vornehmsten beiderseitigen Interessen dieselben seien, daß Frieden für die beiden Teile das wichtigste sei und daß ein Krieg, wie er auch enden möge, für beide Teile gleich schadenbringend sein würde. Weiterhin müsse die Verbreitung des Sozialismus und das unheilvolle Auftreten des Anarchismus die Regierungen daran mahnen, daß die Lage der arbeitenden Klassen in Europa unerträglich werde. So viel er wisse, stehe Rußland im Begriff, für seine Flotte 50 Millionen Pfund Sterling auszugeben; falls es irgend einer Abmachung beiträte, könne es wohl die Hälfte der Ausgabe sparen.

Reichstag.

111. Sitzung vom Freitag, den 25. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Vosabowitsch, Dr. Nieberding. Debattelos werden einige Rechnungssachen erledigt.

Es folgt die Fortsetzung der dritten Beratung des Etats und zwar beim Kapitel Reichsversicherungsamt.

Abg. Peus (Soz.):

Ich möchte Ihnen an einem effektanten Beispiele zeigen, wie die preussische Regierung es verhindert, daß die organisierte Arbeiterschaft Verbesserungen am

Krankentassenwesen

tornimmt. Es handelt sich um einen typischen Fall, der beweist, daß gerade der Mangel sozialdemokratischer Leitung schlimme Zustände in den Krankentassen verschuldet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung will lieber das Fortbestehen ungeordneter Zustände als sozialdemokratische Leitung in Krankentassen!

Am 28. Juli v. J. faßte die Allgemeine Ortskrankenkasse in Brandenburg a. H. mit 180 gegen 8 Stimmen den Beschluß, bei der Regierung ihre Auflösung zu beantragen. Dieser Beschluß war durch die schlechten Kassenverhältnisse notwendig geworden. Im Jahre vorher mußten 10 000 M., im laufenden Jahre sogar 21 000 M. dem Reservefonds entnommen werden. Die schlechten Kassenverhältnisse waren nicht durch irgend welche Unordnung verschuldet, sondern dadurch, daß die Mitgliedschaft ungünstig zusammengesetzt war, und hieran trug die Behörde die Schuld, weil sie zugelassen hatte, daß einzelne Arbeitgeber eine große Anzahl kleiner Berufskrankentassen und außerdem noch Betriebskrankentassen gegründet hatten. Infolgedessen waren 60 Proz. der Mitglieder weiblichen Geschlechts, sowie sehr viele alte Mitglieder in der Kasse, kurzum, es waren verhältnismäßig zu wenig zahlungs-kraftige in der allgemeinen Ortskrankenkasse. Immer mehr sank die Möglichkeit, die Kasse lebensfähig zu erhalten. Es kam noch hinzu, daß eine Zwangskasse für das Gastwirts-gewerbe gegründet wurde, so daß wiederum der Ortskrankenkasse günstige Mitglieder entzogen wurden und nur ungünstige Mitglieder ihr erhalten blieben. Es kam dazu, daß die freie Arztwahl eingeführt ward, die in der Theorie sehr schön, in der Praxis aber sehr teuer ist. Alle diese Umstände führten zu dem Beschluß, die Kasse aufzulösen. Als der Auflösungsbeschluß bekannt wurde, schrieb die „Deutsche freie Presse“: da sehe man einmal wieder, wohin es führe, wenn Krankentassen unter sozialdemokratischer Leitung ständen. (Weiterleitet bei den Sozialdemokraten.) Man kann sich denken, wie dieser Zeitungsausschnitt die Brandenburger Arbeiterschaft empörte. Es wurde festgestellt, daß die Leitung der Kasse niemals sozialdemokratisch gewesen ist. Die Vorsitzenden waren vielmehr immer freisinnige, national-liberale oder konservative Arbeitgeber. Die Behauptung der „Deutschen freien Presse“ entbehrte also jeglicher Berechtigung. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wohl aber war die Folge des Auflösungsbeschlusses, daß sich jetzt die organisierte Arbeiterschaft in Brandenburg des Krankentassenwesens annahm. Es wurde eine Verammlung einberufen, in der allerdings ein Sozialdemokrat der Referent war, nämlich Herr Erdmanns, der Redant der Rathenower Ortskrankenkasse. Dieser bewies an dem Beispiel der Rathenower Ortskrankenkasse, daß 5 M. pro Person für Redukamente, wie die Brandenburger Kasse bezahlt hatte, horrend sei und daß die kleinen Kassen, wie sie in Brandenburg bestanden, von Ärzten und Lieferanten als Spielball benutzt würden. Infolge dieses Referats beschloßen sechs Kassen mit zusammen circa 10 000 Mitgliedern den Beitritt zu einer neuen allgemeinen Ortskrankenkasse. Später traten noch die Handschuhmacher und die Gerber hinzu. Seit dem 18. Dezember 1905 hatte der Magistrat die Statuten der neuen Kasse. Er ließ zunächst verlauten, es würde der organisierten Arbeiterschaft nichts in den Weg gelegt. Man würde sich keinesfalls in die Selbstverwaltung der Kassen irgendwie einmischen. Aber der Magistrat scheint dann von oben her beeinflusst worden zu sein; denn im April erfolgte die Antwort, daß keine Aussicht bestehe, die Genehmigung zur Auflösung der alten Kasse erteilen zu können! Mit einem Worte: Die Zustände sollten erst noch schlimmer werden. Wenn die alte Kasse bestehen sollte, so mußte sie eine Beitragserhöhung vornehmen; das aber mußte wiederum zu einer Wpplitterung gerade von zahlungsfähigen, durch die Beitragserhöhung besonders betroffenen Mitgliedern führen. — Das Krankentassenwesen stellt doch gewiß eine eminent praktische Gegenwartsaufgabe dar, also nicht die Beteiligung der Sozialdemokraten an einer solchen kann den Behörden unangenehm sein, sondern nur ein parteipolitischer Mißbrauch. Ein solcher aber ist durchaus nicht nachgewiesen. Der ganze Fall ist ein Zeichen für die Verleumdungsmannier der bürgerlichen Presse. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

In Spandau haben die Behörden gerade umgekehrt gehandelt wie in Brandenburg. Dort bestand der Plan, mehrere kleine Kassen zu einem Verbände zu vereinigten. Die Regierung aber erklärte: die Zentralisierung in einer einzigen großen Kasse wäre doch viel wirkungsvoller und sparsamer. In Brandenburg dagegen verhindert die Behörde eine Zentralisierung, nur weil sie glaubt, die Leitung würde in sozialdemokratische Hände fallen! Die Arbeiterfeindschaft, die in dieser Politik zum Ausdruck kommt, übersteigt alles Maß. Man will die Selbstverwaltung der Krankentassen vernichten. Damit aber schädigen Sie nicht die Sozialdemokratie als solche, sondern nur die Arbeiterschaft als Ganzes und Sie treiben durch eine solche arbeitserfeindliche Politik erst recht diejenigen Arbeiter in unsere Arme, die vorher noch nicht gewonnen waren. Darum warne ich Sie: Nützen Sie nicht an der Selbstverwaltung der Krankentassen. (Lebhafte sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sollte aber der Erfolg meiner Ausführungen der sein, daß es zu großen zentralisierten Ortskrankentassen in Brandenburg und in Spandau käme, so wäre das ein Erfolg für die Arbeiterschaft wie für die Regierung. Die Sozialdemokratie ist überwindbar nur durch die Erfüllung ihrer Forderungen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Horn-Goslar (natl.) tritt für die Wünsche von Vergütungskommissionen ein: Es sei bedauerlich, daß die Indulgenzen von der Knappschaftsrente abgezogen werde.

Abg. v. Nathau (L.) klagt über Arbeitermangel in der Landwirtschaft. Von einer dauernden Fleischsteuerung könne gar keine Rede sein. Die Prophezeiungen, daß die Landwirtschaft mit der Schweinezucht dem Bedürfnis bald nachkommen würde, hat sich bewahrheitet; aber in den Städten werden die Preise trotzdem von den Schlächtern nicht herabgesetzt. (Sehr wahr! rechts.) Die großen Städte, die ja in ihren Krankenhäusern einen großen Bedarf haben, sollten nur solche Schlächter berücksichtigen, die auch dem Publikum gegenüber die Preise herabsetzen.

Abg. v. Gerlach (fr. Vg.): Der Leitartikel der „Deutschen Tageszeitung“, der uns soeben vorgelesen wurde (weiterleitet), und in welchem von Prophezeiungen die Rede ist, lenkt die Aufmerksamkeit auch auf die Prophezeiungen des Herrn Ministers v. Boddieski, die zeigten, daß er von der Marktlage absolut keine Ahnung hatte. Jedenfalls ist es sehr wohlfeil, zu sagen: Seit dem 1. März sind die Zölle in Kraft, und die Preise sind doch nicht gestiegen. Tatsächlich haben die Weizenpreise angezogen. Im übrigen aber werden sich die vollen Wirkungen der Zölle erst in einigen Monaten zeigen. — Der Redner verbreitet sich eingehend über den Fall des Regierungsrats Martin und erludt die Regierung um Aufklärung.

Abg. Bloß (Soz.):

Ich will die Aufmerksamkeit des Hauses auf den Skandal lenken, den die

Mißstände in den braunschweigischen Konservenfabriken

bilden. Die Unternehmer kümmern sich dort um die Reichsgesetze überhaupt nicht. Die Arbeitszeit wird auf 16, 18 und mehr Stunden ausgedehnt! Ich will Sie nicht durch die Schilderung der Uebelstände ermüden, die durch die Ueberlastung und Ueberhäufung in den einzelnen Betrieben entstehen, doch weise ich darauf hin, daß im Zusammenhange damit das erhöhte Defizit der Ortskrankenkasse steht, das von 1200 auf 6000 M. gestiegen ist. Es sind nur 20 Proz. der Betriebe von der Fabrikinspektion revidiert worden. Die Arbeiter haben sich an den Braunschweiger Landtag gewendet, der ihnen durchaus Recht gegeben hat. Weiter ist aber nichts geschehen. Die Regierung hat eine sanfte Ermahnung an die Unternehmer ergehen lassen: Sie möchten sich etwas mehr um die Reichsgesetze kümmern, aber man hat in letzter Zeit bemerkt, daß dies weniger als je geschieht. Ich möchte nur das Reichsamt des Innern bitten, seine Autorität dahin geltend zu machen, daß wenigstens die schlimmsten Uebelstände abgestellt werden. Die sozialpolitischen Anschauungen der Herren im Reichsamt werden dem wohl nicht im Wege stehen. Wenn das Reichsamt des Innern seine Autorität in dieser Richtung geltend macht, wird es sich ein Verdienst erwerben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Müller-Sagan (fr. Vg.): Der Abg. Nathau hat ganz unnötiger Weise bereits erörterte Fragen wieder aufgerollt. Es läuft doch immer darauf hinaus, daß die Konservativen sich als Mittelstandsbreiter aufspielen möchten. Indessen verteuern sie selbst die Lebensmittelpreise und möchten dann den Zwischenhandel für alle diese Vertenerungen verantwortlich machen.

Abg. Böttger (natl.) fragt an, ob die vom Reichstage angeregte Enquete über die Reform des Patentwesens bereits Erfolge aufzuweisen habe.

Abg. Bernstein (Soz.): Die Angelegenheit, welche ich Ihnen vorzutragen habe, hat die Arbeiterschaft in ganz Deutschland aufs tiefste erregt. Es handelt sich um den Vorfal vom

19. April in Breslau,

der in Verbindung stand mit einer großen Lohnbewegung im Metallgewerbe. Ich will mich auf den Breslauer Fall beschränken, da dieser im gewissen Grade typisch ist für all das, was in ganz Deutschland jetzt vorgeht, andererseits aber doch über das hinausgeht, was wir bisher gewohnt waren.

Am 28. Februar traten die Formier in Breslau an die Unternehmer heran mit der Forderung eines Mindestlohnes von 40 Pf. pro Stunde und einer besseren Bezahlung der Ueberstunden. Sie erboten sich Antwort bis zum 8. März. Natürlich erfolgte keine Antwort. Aber einige Fabriken bewilligten doch die Forderung. Am 25. März stellten die Arbeiter von vier Fabriken ihre Arbeit ein; diese Fabriken bewilligten dann auch die Forderungen, und einige andere Fabriken folgten ihrem Beispiel. Nur die Breslauer Maschinenbauanstalt und eine andere Breslauer Firma verweigerten die Forderung. Der Direktor der Maschinenbauanstalt, Neumann, verweigerte jede Unterhandlung. Da traten die Formier dieser Anstalt in den Streik. Nun aber geschah das Unerhörte, daß 30 Fabrikanten erklärten: Wenn jene Arbeiter ihre Arbeit nicht wieder ausführen, würde die gesamte organisierte Metallarbeiterschaft Breslaus ausgesperrt werden! Das ist schon ein Punkt, der die Aufmerksamkeit des Reichsamts des Innern auf sich lenken sollte. Die Aussperrung ist ein Verstoß, die Arbeiterschaft von ihren durchaus gesetzlichen Lohnkämpfen abzubringen, ein Verstoß, wie einseitig der § 153 der Gewerbeordnung gegen die Arbeiterschaft ausgenutzt wird. Der Paragraph muß durch eine Bestimmung ergänzt werden, die den Arbeitgeberverstoß unter Strafe stellt. — Es kam zur Aussperrung. Demonstrativ ließ man die Fabrikfabriken rauchen, und statt der bisherigen Arbeiter wurden sogenannte Arbeitswillige eingestellt. Die Polizei hat durch demonstratives Aufmarschieren auf den Klagen dafür gesorgt, daß die Arbeiter noch mehr gereizt wurden. Die Behörden sollten aber wirklich mehr Verständnis für die Forderungen der Arbeiter haben. Wenn die Arbeiter ihre Arbeit einstellen, so tun sie nur das, was heute gang und gäbe ist. Sie sagen: Unter dem und dem Lohn arbeite ich nicht! Erst durch das kollektive Vorgehen der Arbeiterschaft wird der Vertrag zur Wirklichkeit. Wenn aber die Arbeiterschaft zu Aussperrungen greift, dann macht sie umgekehrt den Arbeitsvertrag zur Unmöglichkeit, sie vernichtet gerade den freien Arbeitsvertrag. Wenn die Arbeiter das nicht schätzen würden, so wären sie keine freien Männer mehr, sondern Sklaven. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) So viel hätten die Breslauer Behörden auch wissen müssen und sie hätten danach handeln müssen. Statt dessen hielt sich die Polizei den ganzen Tag über auf dem Platze auf. Die Ruhe wurde nicht gestört. Als der Abend kam, als die Arbeitswilligen die Fabriken verlassen, als die Arbeiter der übrigen Industrien auf dem Rückaufwege waren, da füllten sich naturgemäß die Straßen, und auch die ausgesperrten Arbeiter mischten sich zum Teil zwischen die anderen und suchten hin und wieder einige sogenannte „Arbeitswillige“ zu bewegen, von ihrem insolubilen Verhalten abzulassen. Wollte die Polizei die Ruhe aufrechterhalten, so hätte sie sich nur mit Führern der organisierten Arbeiterschaft in Verbindung setzen sollen. Aber sie hat das Gegenteil getan. Die Polizei ist nun einmal beim Volke nicht beliebt, und das mit Recht. Sie wird vom Volke nicht gewählt und nicht kontrolliert. Man mag über die Personen denken, wie man will, als Institut wird die Polizei vom Volke mit Mißtrauen angesehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wo die Polizisten also in Massen auftreten, wirken sie allein durch ihr Erscheinen aufreizend. Man begannen einige junge Burken, wie sie immer auf den Straßen zu finden sind, zu johlen. Ich will das nicht beschönigen, organisierte Arbeiter werden es sogar bedauern, aber wenn man jemanden dafür verantwortlich machen kann, so ist es die Behörde. Die Polizei hat mit einer Brutalität, mit einer Verleumdung, die an Wahnsinn grenzt, auf die Arbeiter, auf fliehende Massen eingeschlagen und sie bis in die Häuser hineingedrängt. Nicht in der Hauptstraße und vor der Fabrik fanden die größten Brutalitäten statt, sondern in den Nebenstraßen. Selbst konservative Blätter wie die „Schlesische Zeitung“ erklärten das Verhalten der Polizei für unentschuldigbar, ihr Vorgehen für außerordentlich rigoros.

Jetzt wird man sagen, die Vorkommnisse seien eine Folge der sozialdemokratischen Dege, insbesondere der „Volkswacht“. Das ist unrichtig. Die Artikel in der „Volkswacht“ in der kritischen Zeit sind von einer außerordentlichen Ruhe und Sachlichkeit getragen. Die Aufregung ist durch die Mahregeln der Polizei hinsichtlich in die Arbeiterschaft hineingetragen worden. Wie wahrhaftig schlug die Polizei in die Massen, nicht nur mit den Säbeln. Auch Schlässe sind gefallen. In das Haus Schweitzerstr. 12 hat ein Polizeioffizier hineingeschossen. Hier ist eine Kugel, die ich auf den Tisch des Hauses niederlege und die dort gefunden worden ist. (Lachen rechts.) Lachen Sie nicht! Die Sache ist ernst genug, die Kugel hätte einen Menschen töten können. Ich war wenige Tage darauf in Breslau, und ich habe an den Haus-türen gesehen, mit welcher Brut die Polizisten darauf losgeschlagen haben — bis schließlich in das Holz hinein. Und darüber lachen Sie! — Wie die Polizei gewütet hat, das konnte man

auf dem Striegauer Platz

sehen, wo starke Klusturen 75 Schritt entlang noch am folgenden Tage zu sehen waren. Und nun die beiden Fälle der Arbeiter Diebold und Baum.

Diebold,

ein friedfertiger junger Mensch, der den Tag über gearbeitet und dem man bereits über den Kopf geschlagen hatte, bat, ihn doch in Frieden

zu lassen. Aber man schlug ihm die Hand ab. Ein anderer Arbeiter, ein Arbeitswilliger — und das ist charakteristisch — namens Baum, wurde von den Polizisten so mißhandelt, daß er bald darauf seinen Wunden erlegen ist. Eine Stunde lang sprach der Geistliche an seinem Grabe, und was sagte er? Der Verlorbene sei durch seinen frühen Tod den Gefahren der Großstadt entzogen worden, denen er sonst sicher erlegen wäre! Ist eine niedrigerartige Heuchelei möglich? (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Alle Kategorien der Bevölkerung haben Opfer zu beklagen, die Zeugnis ablegen von dem brutalen Vorgehen der Polizei. Man kann vielleicht noch für mildere Umstände für die Schulpunkte plädieren, die in einem Anfall wahrstimmiger Wut diese Brutalitäten begangen haben in einem wahrstimmigen Zustande. Aber Sie werden begreifen, daß die Enttäuschung der Arbeiterschaft auf den höchsten Gipfel stieg, als die Verfallungsbereitschaften kamen, selbstverständlich wie immer im letzten Augenblick. Wir haben die Arbeiter vor allen Dingen, den Ordnern mit der weißen Wunde sich zu fügen, damit die Sympathieuntergebungen nicht durch neue Zwischenfälle gestört würden. Muß sich aber in ihnen nicht alles empören, wenn auch diese Sympathieuntergebungen grundlos im letzten Augenblick unterlagten werden? Ich bin vielleicht der letzte, der für Gewalttätigkeiten schwärmt. Aber ich muß doch sagen: Als ich in Breslau an den Anschlagankeln das Verbot las, da hat sich in mir alles empört. Soll denn der

Willkür des Breslauer Polizeipräsidenten

alles erlaubt sein? Der Polizeipräsident hat öffentlich erklärt: Ich habe Kenntnis davon genommen, daß die Schulpunktmannschaft bei der Unterdrückung der tumultarischen Ausschreitungen mit großer Vorsicht und Entschiedenheit vorgegangen ist (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) und daß es lediglich diesem Umstände zu danken ist, wenn weitere Exzesse vermieden wurden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das erklärt der Polizeipräsident, nachdem alle die Vorgänge schon bekannt waren, nachdem bekannt war, daß ein friedlicher Arbeiter zum Krüppel geschlagen ist, daß Männer und Frauen Wunden auf dem Rücken, also beim Fliehen, bekommen haben! Kein Wort des Bedauerns hat der Polizeipräsident, sondern nur Lob! Wenn ein hochgestellter Beamter — ich will seinen Namen hier festnageln: Dr. Wieno heißt er — in einem solchen Momente eine solche Erklärung abgeben kann, — so handelt er nicht wie ein Mann mit seinem Pflichtbewußtsein, sondern er handelt wie ein

ein Bandit!

(Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten. Große Unruhe rechts. Rufe rechts: So eine Freiheit!)

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich rufe Sie wegen dieser Aufregung zur Ordnung! (Beifall rechts.)

Abg. Bernstein (fortfahrend): Und ich rufe Herrn Dr. Wieno zur Ordnung! (Bravo! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.) Ich habe eine schlimme Handlung charakterisiert. Wenn ein Beamter eine solche Handlung begeht, so muß ich ihn mit den entsprechenden Worten kennzeichnen. Für die Erzedenten selbst könnte man mildere Umstände ansprechen, nicht aber für diejenigen, die an der verantwortlichen Stelle stehen und in voller Ueberlegung solche Polizeizexesse gutheißen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf ihr Haupt die Verantwortung! Der Polizeipräsident ist schuld an den Exzessen. Das ganze System der Breslauer Polizei ist bestimmt, die Schulpunkte zu verhegen. Die Schulpunkte sind von ihren Vorgesetzten systematisch verhegt worden. (Stürmisches sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Graf Stolberg: Ich rufe Sie wegen dieser Aufregung zum zweitenmal zur Ordnung.

Abg. Bernstein (fortfahrend): Den Schulpunkten ist aufgegeben worden, außer ihren Dienststunden immer noch Extrarbeit zu machen. Sie mußten Versammlungen überwachen, und die lächerlichsten Dinge sind vorgekommen. Leute haben sich verproviantiert, als ob es zum offenen Aufstand käme, usw. Wenn einem Schulpunktmann immer wieder außerordentlich Dienst zugemutet wird, so muß er ja auf den Gedanken kommen, ganz besondere Dinge lägen in der Luft. Dann kam

der 1. Mai.

Die Erlaubnis zu Umzügen wurde den Sozialdemokraten selbstverständlich verweigert, während andere Parteien bei allen möglichen Gelegenheiten ihre Umzüge veranstalten können. Am 1. Mai erschienen in der „Volkswacht“, wie in jedem Jahre, ein Maigedicht. Der Redakteur wurde verhaftet, und trotzdem man sich erbot, eine beliebige hohe Kaution zu stellen, nicht aus der Untersuchungshaft entlassen. Man ließ den Mann sogar ohne Zeitung, schnitt ihn ganz von der Außenwelt ab. Was muß das für ein fürchterliches Gedicht sein! Nun, ich lege es hier auf den Tisch des Hauses nieder. Sie können darüber denken, wie sie wüteten, aber niemand wird behaupten können, daß das Gedicht Ruhe und Ordnung zu fördern geeignet wäre. Der Redakteur blieb in Haft, bis es sich endlich herausstellte, daß dasfelbe Gedicht schon in anderen Arbeiterblättern wiederholt nacheinander abgedruckt war, so in München, so in Dresden — man denke: sogar in Sachsen! (Hört! hört! — Weiterleitet.) Gest da hat man endlich den Redakteur gegen Kaution in Freiheit gesetzt. Das ist das Verhalten der Breslauer Polizei, das Verhalten eines Teiles der Breslauer Justiz! Die Aussperrung ist heute noch nicht beendet, trotzdem die Arbeiterschaft wiederholt erklärt hat, daß sie nachgeben, daß sie nicht auf dem letzten Buchstaben ihrer Forderungen bestehen bleiben wolle. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber die Arbeitgeber wollen nicht, sie fühlen sich gedeckt durch Polizei und Justiz. Aussperrt sind auch die Arbeiter derjenigen Fabriken, die die Kaiserdeputation entsandt haben. (Hört! hört!) jene Deputation, zu der einst der Kaiser am Bahnhof sagte: „Durch die herrliche Volkshat des großen Kaisers Wilhelm I. angeregt, ist von mir die sozialpolitische Gesetzgebung weitergeführt worden, durch die für die Arbeiter eine gesicherte Existenz gewährleistet wird.“ — So sprach der Kaiser, aber einer der Arbeiter, zu denen er sprach, ist jetzt in Anklage verlegt worden wegen der Vorgänge am 19. Wegen 80 Leute hat man Anklage erhoben, aber von einer ersten Untersuchung gegen die wirklich Schuldigen hat man noch nichts gehört. Der Polizeipräsident erklärt: „Der Täter ist noch nicht ermittelt.“ (Zuruf bei den Sozialdem.: Man will ihn nicht ermitteln.) Natürlich, man will ihn nicht ermitteln! Und was ist das für ein Geiz, daß der Mann, der die Tat begangen hat, sich nicht selbst melde, daß er so elend, so feige ist, den Verdacht auf seinen Kameraden, auf der ganzen Schulpunktmannschaft haften zu lassen, statt sich zu melden und seine Tat mit seiner Erregung zu entschuldigen. In anderen Kreisen würde das geschehen, in der Breslauer Schulpunktmannschaft nicht! Und der Dr. Wieno läßt es dabei bewenden. Dem Vertreter des Arbeiterblattes sagt man:

„Welches Interesse haben Sie denn eigentlich an der Sache?“

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich will Ihnen die Resultate eines solchen Stems mitteilen: Als ich vor 4 Jahren zum ersten Male in Breslau für den deutschen Reichstag aufgestellt war, hatte der sozialdemokratische Verein 1300 Mitglieder, heute hat er 8400! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Damals hatte die „Volkswacht“ 12000 Abnehmer, jetzt hat sie über 30000! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Vom Interessenshandpunkt unserer Partei aus könnten wir Ihnen also zurufen: Nur so weiter! Aber wir sind nicht bloß dazu da, unsere Partei stark zu machen, sondern wir sollen für das Arbeiterrecht und das Arbeiterwohl kämpfen. Eine Partei ist nicht Selbstzweck. Darum hoffe ich, der Staatssekretär Graf Vosabowitsch wird sich heute wenigstens nicht wieder hinter das Wort zurückziehen: Das ist eine preussische Angelegenheit! Nein, es ist eine Angelegenheit, die das ganze deutsche Volk empört hat. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir wissen genau, daß Graf Vosabowitsch weit davon entfernt ist, in irgend einer

Weise unsere Anschauungen zu teilen; er gehört zu Ihnen, zur Rechten. Aber er hat sich als das gezeigt, was man von einem Beamten verlangen kann, er hat Verständnis gezeigt für die Bedürfnisse der Arbeiterschaft, und das hat ihm die Achtung der Arbeiterklasse eingetragen. Darum hoffe ich, daß jetzt von jener Stelle aus die Worte fallen werden, die fallen müssen. Ich protestiere hier im Namen derjenigen Arbeiter, die mich hier in den Reichstag geschickt haben, und ich glaube, ich kann sagen: im Namen der Arbeiterschaft ganz Deutschlands (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten) gegen die Gewalttaten, die in Breslau vorgekommen sind. Immer wieder hat sich das Wort bewährt: Jetzt Euch nicht, die moderne Arbeiterschaft läßt nicht mit sich spielen! (Lachen rechts.) Was die heute Herrschenden sind, das werden sie eukeln. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

#### Staatssekretär Graf v. Posadowsky:

Die Ausführungen des Abg. Vernstein sind ein Musterbeispiel dafür, zu welcher tiefer Behandlung öffentlich-rechtlicher Interessen wir kommen, wenn in der Vertretung des deutschen Volkes Angelegenheiten verhandelt werden, die unbedingt der Aufsicht der Einzelstaaten unterliegen. Für die preussische Polizei ist der preussische Minister des Innern verantwortlich. Wir können nicht verlangen, daß der Reichstagsrat sich in die 1000 Einzelheiten der preussischen Polizei einmengt. (Beifall rechts.) Vor einigen Tagen sollte ich über die Ausweisung von Ausländern, heute über die Dresdener Polizei. Das ist physisch, reffortmäßig und geschäftlich unmöglich. Aber davon abgesehen, was? Ich schiesse mich das preussische Volk bekommen, wenn solche Angriffe hier erfolgen, während keine Stelle da ist, welche die andere Seite vertritt. Sie können nicht verlangen, daß der preussische Minister des Innern hierher kommt und sich gleichsam auf die Anklagebank setzt. Wenn der preussische Minister des Innern Gelegenheit hätte, im preussischen Abgeordnetenhaus über diese Angelegenheit zu sprechen, wo er Rede und Antwort stehen muß (Guruf: In dem Massenparlament! Ohne Arbeitervertreter!), so würden viele Kreise des Volkes ein anderes Bild von der Angelegenheit bekommen. (Guruf links: Katholik!) Aber etwas folgt doch auch aus der hier gegebenen Darstellung: Bei großen öffentlichen Anlässen ist es nicht zu vermeiden, daß Unschuldige mit den Schuldigen leiden, und ich gestehe, daß oft Unschuldige leiden, weil die Schuldigen ungerecht sind, sich beizeiten in Sicherheit zu bringen. Aber die öffentliche Ordnung muß aufrecht erhalten werden. Und dann darf man nicht vergessen, daß die Polizeibeamten auch Menschen sind. Daß auch den schuldigsten Beamten, wenn er sorgfältig gereicht wird, einmal die Kerker zeigen und er Ausschreitungen begeht, ist menschlich erklärlich. Nun ist in Breslau angeklagt worden und man hat eine Patrone gefunden. Aber die Patrone, die der Vorredner hier auf den Tisch des Hauses niedergelegt hat, ist niemals abgeschossen worden. (Große Heiterkeit.) Dafür berufe ich mich auf alle Sachverständigen im hohen Hause. Nun, meine Herren! Die Sache wird ja, wie gesagt, im preussischen Abgeordnetenhaus erörtert werden und dann werden wir vielleicht ein objektiveres Bild bekommen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Raden (Z.) verlangt eine finanzielle Unterstützung des Reichsfeuerwehrverbandes. Der Verband würde als Gegenleistung bei Feueren gern seine Feuerpistolen zur Verfügung stellen. (Heiterkeit und Lachen links.)

Abg. v. Oldenburg-Janusch (L.): Abg. Vernstein hat den Dresdener Volkspräsidenten einen „Vanditen“ genannt, ein anderer sozialdemokratischer Abgeordneter hat den General v. Trotha, unseren siegreichen Feldherrn in Afrika, einen Mörder genannt, Graf v. Moon, ein Offizier, der sich im Kriege von 1870 ausgezeichnet hat, wurde hier von sozialdemokratischer Seite 16 Jahre nach seinem Tode der Freigebigkeit geziehen. Da ist es mir eine besondere Ehre, daß ich in einem sozialdemokratischen Blatte „der blutdürstige Stallknecht aus Januschau“ genannt wurde. (Schallendes Heiterkeit.) Man hat die Venie der Reichsmaschine abgeschafft und die Steuern und direkte Steuern eingeführt. Ebenso sind eine Reihe von Einzelstaaten beschäftigt, die Sicherheitsvenie abzuschaffen; sie haben ihre Verfassungen geändert, ohne sich mit Preußen in Verbindung zu setzen. (Stürmischer Widerspruch links.) Das Reich ist durch ein Bündnis der Fürsten entstanden, das nicht beschworen ist. (Hört! hört! links.)

Herr Bismarck hat auf dem Standpunkt gestanden, daß die deutschen Fürsten das Recht haben, wenn die Reichsinstitutionen sich nicht bewähren, durch einen neuen Vertrag das Reich auf neue Grundlagen zu stellen. (Schallendes Gelächter links.) Die süddeutschen Staaten können sich den Luxus demokratischer Verfassungsänderungen nur erlauben, wenn sie im Notfall die Hilfe der preussischen Bajonette sicher sind. Auf Bajonetten legt es sich aber auf die Dauer nicht gut. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Große Heiterkeit.) Wenn aber einmal die preussischen Bajonette in Aktion treten, dann dürfte Preußen auch seinen Preis dafür fordern. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Rufe: Hannover!) Treten die preussischen Bajonette in Aktion, dann geht es um Szepter und Krone. Jeder Thron aber, der besetzt wird, ist eine weitere Stufe auf dem Wege zur deutschen Republik mit ihrem Präsidenten Webel. (Schallendes Gelächter links.) Prinz Ludwig von Sagen hat ja Versicherungen getan, die das Wohlgefallen des Herrn Webel erregt haben. Se. Königl. Hoheit ist für die bayerische Regierung nicht verantwortlich. Thronerben ändern oft ihre Ansichten, wenn sie auf den Thron gelangen. (Heiterkeit.) Ich empfehle den süddeutschen Herrschern, die Geschichte des preussischen Staates zu studieren, der, was er geworden ist, durch Sabel und Kräfte geworden ist. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Außerdem möchte ich an eine kleine Anekdote erinnern: Im preussischen Gardekorps diente ein süddeutscher Thronfolger, der einmal sehr radikale, abweisende Ansichten gegenüber seinen Kameraden entwickelte. Darauf erwiderte ihm ein preussischer Edelmann: „Hoheit, wenn Sie später als Herrscher diese Grundsätze zur Anwendung bringen wollen, dann bescheiden Sie sich Ihre Krone an Schuppenletten.“ (Beifall rechts, schallendes Gelächter links.)

Wappenscher Bevollmächtigter Graf Verghensfeld: Der Vorredner hat in seinem langen Diskurs über alle möglichen und unmöglichen Dinge auch für gut befunden, sich über die bayerische Verfassungsreform zu äußern. Er hat gemeint, daß die süddeutschen Staaten sich bei Verfassungsänderungen erst Rat bei Preußen holen sollen. Ich glaube, daß die preussische Regierung sich nicht für derufen erachtet wird, solchen Rat zu erteilen. (Sehr gut! links.) Die preussische Regierung steht — wie die bayerische — auf dem Boden der Reichsverfassung, und diese überläßt den Einzelstaaten die Regelung ihrer innerpolitischen Angelegenheiten. (Sehr gut! links.) Im übrigen möchte ich nicht durch eine eingehende Erwiderung den Ausführungen des Vorredners einen übertriebenen Wert belegen. (Stürmischer Beifall links.)

Abg. Bismarck (natl.) wendet sich gegen die Resolutionen Giesberts und Wredt. Die Frage der Unfallversicherungsvorschriften könne nur unter Berücksichtigung örtlicher Verhältnisse geregelt werden.

#### Abg. Sachse (Soz.):

Ueber die Frage, ob sich in deutschen Vergewerkschaften ähnliche Zusammenkünfte ereignen könnten wie in Courrières, ist viel hingehandelt worden. Die bürgerlichen Zeitungen haben es so hingestellt, als ob dergleichen in Deutschland unmöglich wäre. Abgesehen vom Oberbergamt Breslau sind die nötigen Vorschriften, Rettungsapparate anzuschaffen, nicht erlassen worden. Trotzdem aber das Breslauer Oberbergamt die betreffenden Vorschriften schon im Jahre 1900 erlassen hat, wenn ich mich nicht irre, so sind die Vorschriften doch nur auf 1/3 der betreffenden Gruppen durchgesetzt worden. (Hört! hört! b. d. Soz.) Wir haben aber natürlich nicht von allen Gruben Erundigungen einzeln können, sondern sind auf Schätzungen angewiesen. Deshalb verlangen wir von der Regierung in unserer Resolution, daß eine allgemeine amtliche Untersuchung durchgeführt werde. Der Oberbergamt Reichen hat in der letzten Sitzung technische Bedenken vorgebracht. Das Hauptbedenken aber hat er nicht angegeben: den Widerstand der Unternehmer. Das Oberbergamt hatte schon im Jahre 1899 vorgeschrieben, daß die Rettungsapparate angeschafft werden müßten, aber nach Rück-

sprache mit den Unternehmern wurde die Vorschrift zurückgezogen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch nach Courrières sind in Deutschland mehrere kleinere Unglücksfälle vorgekommen, bei denen es sich herausgestellt hat, daß die Rettungsapparate entweder nicht vorhanden waren, oder daß sie nicht funktionierten. Es ist klar, daß ein Apparat nur von dem gehandhabt werden kann, der auf ihn eingeleitet ist, der ihn kennt. Sind die Rettungsapparate in den verschiedenen Gruben verschiedener Art, so sind sie den Leuten, die von anderen Gruben kommen, nicht bekannt. Schon das beweist die Notwendigkeit einheitlicher Vorschriften für ganz Deutschland. Auch die

#### Rede „Vorwärts“

hatte keine Rettungsapparate, und als diese dann herbeigeschafft wurden, funktionierten sie nicht! Die offizielle Untersuchung hat „keine Schuld ergeben“. Das war wahrscheinlich wieder einmal eine solche Untersuchung, bei der man den schuldigen Beamten selbst gefragt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der schuldige Beamte weiß natürlich von nichts, und dessen Angaben werden dann dem Parlament als „offizielle Ermittlungen“ vorgelegt. Es ist eine Schande, wie das neue preussische Vergesetz ausgelegt wird. Meine Herren vom Zentrum! Weder in Ihren Reihen, noch in den unsrigen waren Leute, die es für möglich gehalten haben, daß das Vergesetz in dieser Weise ausgelegt werden würde. — Die Geschichte des Unglücks auf der Zeche „Vorwärts“ beweist am besten die Notwendigkeit unserer Resolution. Denn, nach einem Bericht des Arbeitgeberblattes, der „Abemisch-Besellschafts Zeitung“, sind am 13. Mai auf der Zeche „Vorwärts“ Leichen gefunden, die ganz abgemagert waren, und deren Oberkörper entblößt war. Daraus geht hervor, daß die Leute tagelang gehungert haben müssen und daß sie, als es ihnen infolge der hereinströmenden Dämpfe zu heiß wurde, ihre Hemden ausgezogen haben. Somit ist erwiesen, daß die Leute noch mehrere Tage nach dem Unglück geliebt haben. Das ist also genau dieselbe Geschichte wie in Courrières.

Wären bessere Rettungsapparate dagewesen und hätte man sie energisch gehandhabt, so hätten viele Leute noch gerettet werden können. Deshalb müßte die Regierung unbedingt einheitliche Vorschriften erlassen!

Die Knappschaftsnovelle, die im Abgeordnetenhaus mit Hilfe des Zentrums durchgesetzt worden ist, ist ein Ausnahmengesetz schwerster Art. Niemand glaubt dem Zentrum mehr, wenn es die Verlegung eines Reichsgesetzes verlangt. Im Reichstage wäre ein derartiges Gesetz, ein derartiger Wahlrechtsaus eine Unmöglichkeit gewesen. Die Knappschaftsältesten dürfen nicht mehr Rechte sein. — Welche Unfug! Man raubt den Bergarbeitern das Wahlrecht und behandelt sie wie Armenhäuser. Man untergräbt ihre Existenz. Dieses Nachwort wäre ohne das Zentrum niemals möglich gewesen. Wir unterjagt die Rücksicht gegen die Ordnung, das Verhalten der Zentrumspartei mit den richtigen Ausdrücken zu bezeichnen. Es ist einfach schamhaft, wie die Vergesetze durch einen Kompromiß den Arbeitern alle Rechte genommen hat. In der schamhaften Weise hat besonders der Abg. Krust seine Wähler und die christlichen organisierten Vergeschnappen getäuscht. Ich werde alle Behauptungen über seine Betrügereien in öffentlichen Versammlungen aufstellen, damit er Gelegenheit hat, sich vor Gericht beweisen zu lassen, daß ich die Wahrheit spreche. Warum hat das Zentrum, als im Abgeordnetenhaus den Bergarbeitern nicht nur das geheime Wahlrecht, sondern auch das Invalidenwahlrecht geraubt wurde, nicht die unveränderte Regierungsvorlage im Reichstage eingebracht? Dann hätte die preussische Regierung doch unmöglich im Bundesrate gegen ihr eigenes Gesetz stimmen können. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aus Ihren eigenen Reihen wird der Vorwurf des Verrats gegen Sie erhoben. Der „Vergeschnappe“ schreibt erst dieser Tage: „Bei beiden Vergesetzknobeln hat das Zentrum die Energie vermisst lassen, die sich bei den Posttarifdebatten bei allen Parteien bemerkbar machte.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Schwächlich sind Sie bei der Vertretung von Arbeiterinteressen, weil in Ihren eigenen Reihen gar zu viele sind, die lieber mit der rechten Seite stimmen als mit den Arbeitern. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. Trimbom hat mir neulich in meiner Abwesenheit den Vorwurf gemacht, daß ich mit unanständigen Mitteln gegen ihn polemisiert hätte. In Wahrheit habe ich nichts weiter getan, als eine ganze Reihe katholischer Arbeitgeber, frommer Zentrumskleute aus allen Gegenden des Reichs zu zitieren, die ihre Arbeiter in der schlimmsten Weise ausbeuten und unterdrücken, und dabei habe ich auch ein Wort genannt, das der Familie Trimbom gehörte und in dessen Verwaltungsrat heute noch ein Trimbom sitzt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber wenn der Abg. Trimbom so sehr auf den Anstand in der Agitation bedacht ist, so mag er doch vor der eigenen Tür kehren. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe hier einen Artikel der „Erfener Volkszeitung“ vor mir, der zwei Tage vor der Stichwahl erschien, dem also Kollege Giesberts gewissermaßen sein Mandat verdankt. Der strotzt nur so von Lügen und Gemeinheiten. All die alten Verleumdungen von vor 20 Jahren werden gegen und aufgewärmt. Da heißt es: Die Elitengenosenschaft Nichtarbeitender heute die arbeitenden Genossen nach Kräften aus, ließe sich Gehälter zahlen, wie die obersten Staatsbeamten, Singer und Auer bezögen große Renten aus ihren Verlagsgesellschaften in Berlin und Hamburg. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wilhelm Liebknecht lasse die Arbeiter, die ihn besuchten, nur die Hintertreppen hinaufkommen. Und so geht es weiter. Die Geschichte mit der Hintertreppe erzählt man abwechselnd auch Grillenberger und Arthur Stobhagen nach. (Heiterkeit.) Und so wird und dummt ist selbst der Artikelschreiber in der „Erfener Volkszeitung“ nicht, daß er nicht wüßte, daß die Ueberhälle aus den Parteiverlagen in die Parteikasse fließen. Der Verfasser der „Erfener Volkszeitung“ hat sich allerdings von den Ueberhälle seines Blattes eine schöne Villa bauen können. Wüßte also Herr Trimbom, ehe er sich stützlich entsetzt, unter seinen eigenen Parteigenossen für eine anständige Agitationsweise gegen uns sorgen. (Lebhafte Bravo bei den Sozialdemokraten.) Weiter wird andauernd die Unwahrheit verbreitet, daß 20000 R. Streikgelder der Bergarbeiter und unbefugterweise zugunsten der Opfer der russischen Revolution verwandt sind. Es ist vor Gericht festgestellt worden, daß unser Parteilassierer durchaus einwandfrei gehandelt hat: Im Einverständnis mit der Streikleitung wurden die Sammlungen Anfang März geschlossen, und jeder, der noch Gelder einbrachte, ist befragt worden, was damit werden sollte, ob er das Geld zurückhaben wolle, oder ob er damit einverstanden, daß es der Parteilasse zugeführt werde, und nur wo die Einzelnen ihr Einverständnis damit erklärten, sind die Beträge an die russischen Kämpfer gesandt worden. Obwohl das, wie gesagt, gerichtlich festgestellt wird die Unwahrheit weiter verbreitet. Noch am 23. Mai schreibt die „Erfener Volkszeitung“ wieder, daß die Sozialdemokratie hier für sie unannehmer Zustand wegzuleugnen versuchte. Sie tun dies, weil Sie wissen, daß die Verbreitung solcher Unwahrheiten und Verleumdungen Ihnen bei der Wahl Erfolg gebracht hat.

Für die idiosynkratische Handlungsweise in Ihren Reihen will ich noch eins anführen: Nicht nur in Flugblättern und Zeitungen Ihrer Richtung werden wir verleumdet, sondern auch aus ganz unmittelbarer Nähe. Vor wenigen Tagen hat der Arbeitersekretär Müller in katholischen Arbeitervereinsammlungen erklärt, daß Que und ich die Bergarbeiterinteressen verlegt hätten, indem wir bei der Beratung des Antrages auf ein Reichs-Vergesetz nicht hier gewesen, sondern zum Vergnügen umhergerollt seien. Diese Angabe ist wahrheitswidrig gemacht. Als ich eine Depesche vom Reichstage erhielt, fuhr ich sofort nach Berlin, um an der Beratung teilzunehmen, und als die Beschlußfähigkeit erfolgte, war ich auf der Eisenbahn. Der Kollege Que besand sich damals wegen eines Projektes in Zrier. Die Herrenmugeln also wissen, daß diese Angaben wahrheitswidrig waren. Der Verbreiter dieser unwahren Nachricht ist, soweit uns mitgeteilt wurde, der Kollege Erzberger! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Ballestrem: Sie dürfen einen Abgeordneten nicht einer Unwahrheit beschuldigen. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. Abg. Sachse (Soz.): Mindestens war es eine fahrlässige Unwahrheit. Wenn wir mit anständigen Gegnern zu tun haben,

wenden wir sie auch dementsprechend behandeln. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Giesberts (Z.): Abg. Sachse sagte, ich sollte in meiner Partei mehr für Arbeiterfreundlichkeit sorgen. Aber das Zentrum ist keine Massenpartei, und es ist naturgemäß schwierig, in den anderen Kreisen das Verständnis für Arbeiterinteressen zu erwecken. Abg. Sachse richtet seine Angriffe lediglich gegen das Zentrum, nicht gegen die Konserativen im preussischen Landtage. Er verschweigt, daß wir sehr ernsthafte Verbesserungsanträge zum preussischen Vergesetze eingebracht haben. Dafür fehlt mir der parlamentarische Ausdruck. (Beifall im Zentrum.) Vom Flugblatt vom Wahlkampf in Essen höre ich heute zum erstenmal; ich verurteile solche persönlichen Angriffe politischer Gegner. Aber gerade die Sozialdemokraten haben im Wahlkampf mich persönlich in unerhörter Weise verunglimpft. Die 20000 R., von denen zuletzt die Rede war, sind doch zugunsten der russischen Revolution verwandt worden. Schämt man sich dessen jetzt etwa? — Bezüglich der Resolutionen für die Bergarbeiter verdient die unferige als die weitergehende den Vorzug. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Hieber (natl.): Wenn nach den Ausführungen des Herrn Staatssekretärs der Abg. Vernstein einen Fehler damit gemacht hat, daß er in die Kompetenz der Einzelstaaten eingriff, so hat der Abg. v. Oldenburg einen noch ärgeren Fehler gemacht. (Lebhafte Zustimmung links und bei den Nationalliberalen.) Die süddeutschen Staaten werden sich in keiner Weise in ihre Verfassungsangelegenheiten hineinreden lassen. (Lebhafte Beifall links.)

#### Abg. Herzfeld (Soz.):

Der Herr Staatssekretär hat den Ausführungen des Abg. Vernstein gegenüber nichts weiter zu sagen gewußt, als: daß es sich um keine Reichsangelegenheit handelt. Nach meiner Auffassung handelt es sich aber um einen Eingriff in das Koalitionsrecht der Arbeiter, und dieses gehört zweifellos zur Kompetenz des Reiches. Wenn der Herr Staatssekretär gemeint hat, es stünde im Belieben des preussischen Ministers des Innern, ob er hier erscheinen und gewissermaßen als Angellagerter Platz nehmen solle oder nicht, so bestreite ich dies. Es ist einfach seine Pflicht, dafür zu sorgen, daß von seinen Beamten und speziell von den Polizeibeamten, die doch zur Aufrechterhaltung der Ordnung da sind, kein Eingriff in die öffentliche Ordnung geschieht. Wir werden uns durch die Ausführungen des Herrn Staatssekretärs in keiner Weise abhalten lassen, auch in Zukunft alle ähnlichen Fälle hier zur Sprache zu bringen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe mich zum Worte gemeldet, um einmal die Verhältnisse der Seeleute zur Sprache zu bringen.

Die neue Seemannsordnung hat die Ungerechtigkeit der Seeleute noch gesteigert. Eine alte Klage der Seeleute war es früher, daß die Arbeitszeit nicht geregelt sei. Jetzt hat auf Grund der neuen Seemannsordnung das Gericht entschieden, daß Ueberstunden in der Freizeit nicht bezahlt zu werden brauchen; denn die Aufrechterlegung von Arbeiten, die nicht dringend notwendig seien, sei verboten, ein dahingehender Vertrag also nichtig, aus einem nichtigen Vertrage aber könne nicht geklagt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine solche Entscheidung kann nur die erbärmlichste Juristenformalistik hervorbringen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Jetzt haben die Seeleute unbegrenzt lange zu arbeiten; aber im Unterschied zu früher ohne Vergütung. — Viel geklagt wurde auch unter der alten Seemannsordnung über die Ausbeutung der Seeleute bei der Feuer. Die Schutzbestimmungen der neuen Seemannsordnung haben die Feuerbase im Verein mit den großen Reedereien aus Wohlthaten in neue Ausbeutungsmöglichkeiten der Arbeiter verwandelt. Selbst der Hamburger Polizeirat Olshausen beklagt in der „Sozialen Praxis“, daß alle Bestimmungen über die neue Seemannsordnung auf die Feuerbureau der großen Schiffahrtsgesellschaften keine Anwendung finden. Diese schweren Missethate, die sich unter der neuen Seemannsordnung herausgebildet haben, geben Anlaß zu dem Streik, der sich jetzt im Hamburger Hafen abgespielt hat. Als der Seemannsverband dabei eine Unterredung mit Herrn Ballin nachsuchte, dieser hervorragenden Stütze des Throns, die auf die Regierung den allergrößten Einfluß hat, antwortete er zugleich im Namen des Reederverbandes, daß diese Unterhandlungen von vornherein abgelehnt werden müßten, solange nicht die von den Seeleuten gewünschte Kommission Garantien dafür zu bieten in der Lage sei, daß an die Stelle der bezahlten Agitatoren in der Leitung des Verbandes Männer gesetzt würden, die in Frieden mit dem Reederverbande zusammenarbeiten wollten. (Wiesaches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter haben sich ja von den Unternehmern in den wirtschaftlichen Kämpfen schon mancherlei müssen bieten lassen. Aber diese größte Beschneidung der Arbeiterehre, die Zumutung, verräterisch die eigenen Führer im Stich zu lassen, blieb den liberalen Hamburger Reedern vorbehalten. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Nun, die seemannische Organisation zu vernichten, ist dem Reederverband nicht gelungen. Zwar haben die Hamburger Seeleute, weil die Reeder Hälfte bei den Verhandlungen verloren, den Streik verloren, aber die Organisation ist trotzdem gewachsen. Die gleichen verwerflichen Mittel hat der Reederverband gegen den Verein seiner eigenen Offiziere angewandt.

So stehen die Reeder zum Koalitionsrecht der seemannischen Arbeiter. Bei Gelegenheit der Novelle zur Seemannsordnung haben wir alle die Bestimmungen beigegeben, die zum Unfrieden Anlaß hätten geben können. Der Reichstag lehnte unsern Antrag ab. Ich möchte die Gelegenheit dazu benutzen, um die Regierung darauf hinzuweisen. Ich hoffe, daß das Gesetz über die Berufsvereine auch die Seeleute nicht vergessen wird. Ueber den weiteren Verlauf des Streikes spreche ich mit Rücksicht auf die Geschäftslage nicht. Das Gewerbegericht, das die Arbeiter anriefen, erklärte sich für unzuständig. Das Seemannsamt konnte auch nicht vermitteln, weil die Reeder eine Vermittelung ablehnten. Es ist gesagt worden, Deutschlands Zukunft liege auf den Wassern. Wenn das der Fall ist, so liegt sie nicht zum mindesten in der Kraft und Tüchtigkeit der seemannischen Bevölkerung. Ich meine, der Reichstag hat alle Verantwortung, diese Arbeiter nicht zu vernachlässigen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Braunschweigischer Bevollmächtigter v. Boden tritt gegenüber den Angriffen des Abg. Wos für die braunschweigische Gewerbeinspektion ein, die vollauf ihre Pflicht tue.

Abg. Erzberger (Z.): Am 24. Mai 1906 ist ein Antrag des Grafen Hombach hier verhandelt worden, die Vergesetzgebung reichsgesetzlich zu regeln. Bei der Abstimmung haben viele sozialdemokratische Abgeordnete gefehlt, darunter die Abg. Que und Sachse. Das habe ich behauptet und das ist richtig.

Abg. Dr. Wallau (natl.): Der preussische Landwirtschaftsminister widerlegt sich einem Ausbau der telegraphischen Wettervorherage in außerpreussischen Gebieten, an der die Landwirtschaft großes Interesse hat. Ich bitte den Staatssekretär, die hierfür benötigten Mittel nicht dem preussischen Landwirtschaftsminister zur Verfügung zu stellen, der sie einseitig benutz.

#### Abg. Vernstein (Soz.):

Der Staatssekretär hat die Kompetenzfrage vorgeschickt, um keine Antwort auf die Dinge zu geben, die ich hier vorgebracht habe, und aus dem Hause hat ihm der Abg. Hieber infoweit zugestimmt, als er meinte, ich hätte hier eine preussische Angelegenheit vorgebracht und dadurch einen formalen Verstoß begangen. Meine Herren, es ist aber keine ausschließlich preussische Angelegenheit, sondern sie gehört in das Ressort der Sozialpolitik des Reiches. Die Selbständigkeit der Einzelstaaten gegenüber dem Reich in allen Ehren, aber man darf doch eines nicht vergessen: Preußen nimmt eine Ausnahmestellung ein, es ist der führende Staat im Reich. Das preussische Staatsoberhaupt ist zugleich der Kaiser, und preussische Minister sind auch maßgebende Minister im Reich. Diesen engen Zusammenhang wollen

Sie doch nicht vergessen, wenn wir hier Angelegenheiten zur Sprache bringen, die in Preußen geschehen und die eine Tragweite haben, die von Einfluss auf die ganze Sozialpolitik des Deutschen Reiches ist.

Die Verhältnisse in Dresden berühren das reichsgesetzliche Koalitionsrecht. Das Koalitionsrecht der Arbeiter ist nicht mit der einen Formalität erschöpft; Ihr könnt streiken! Die ganze Ausführung des Gesetzes, das ganze Verhalten der Polizei kommt in Betracht. Wenn Sie sagen, das Reich die Gesetze nur erlässt, der Einzelstaat sie aber auszuführen hat, so erlauben Sie der Polizei, einen großen Teil der Gesetzgebung des Deutschen Reiches zu neutralisieren. Die Dresdener Polizei hat durch die Brutalität, mit der sie auf die Menge eingebrochen und durch die sie die Menge eingeschüchtert hat, das Koalitionsrecht verletzt. Sie hat das Koalitionsrecht verletzt, indem sie in die Arbeiterwohnungen in der Schweigerstraße 12 hineingedrungen hat. Graf Posadowski hat ja die Lächer auf seine Seite gebracht, aber die Menge, die ich hier niedergelegt habe, ist am Tatort gefunden worden, und sie ist zweifellos zu den Augen gehörig, von denen eine in das Haus hineingeschossen wurde, mag sie auch der betr. Polizeibeamte nur verloren haben. Wenn Sie ein freies Volk wollen, müssen Sie dieser Brutalität entgegenzutreten. Ich richte noch einmal die Frage an den Staatssekretär: Wie soll das Koalitionsrecht in Deutschland zur Wahrheit werden, wie sollen die Arbeiter ihre Lage friedlich schrittweise verbessern, wenn die Dresdener Polizeipraxis einleitet? (Lebhafte Weisheit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Gerlach (fr. Bg.) findet es trotz der Verteilung durch den Grafen Posadowski unklar, das Unterstaatssekretär Vermuth die Aufnahme eines Inzerats für das Martinische Buch verweigert und den Geheimnissen Verlag zur Auflösung des Vertragsverhältnisses gedrängt habe.

Staatssekretär Graf Posadowski: Die ständige Wetterbeobachtungsstation soll jetzt in Giecheln eingerichtet werden. — Den Wunsch nach unparteilicher kirchlicher Fürsorge in den sozialen Anstalten ist durchaus berechtigt. Aber es sind Selbstverwaltungsgesetze, und ich habe darauf nur indirekten Einfluss.

Abg. Dr. Wolff (Wirtsch. Bg.) spricht namens seiner Fraktion das lebhafteste Bedauern über die Rede des Abg. v. Oldenburg aus; derartige Reden könnten den Reichsgedanken nicht schaden. Der eine Staat sei es entstanden und der andere anders (Stimmliche Heiterkeit); deshalb solle man nicht alle mit Preußen über einen Stamm scheren.

Abg. Hue (Soz.): Unsere Abwesenheit bei der Abstimmung über die Vergesetzgebung des Zentrums ist in sehr unglücklicher Weise ausgenutzt worden. Weder Sache noch ich können zugewogen sein. Ich war in Eries im Kremer-Prozess, um die Rechte katholischer Arbeiter zu verteidigen. Sache war auf dem Kölner Gewerkschaftstreffen in Ausschuss seiner Berufspflicht. Deswegen sind wir demüthigt worden, als ob wir unsere Pflicht verlegten! Herr Erzberger läte besser, vor seiner eigenen Türe zu stehen. Er wird mich nie in der Wahrung der Interessen der Bergarbeiter übertreffen, auch wenn er 30 Jahre hier im Hause sitzt. Bei der Zentrumsresolution handelt es sich um eine Abschwächung der unrigen. Ich hätte gern mit dem Abg. Giesbert, der es uns zunächst andot, hierbei zusammengearbeitet. Hier kommt der Parteienpunkt nicht in Frage.

Die Resolution des Zentrums will wieder den Landesregierungen die Ausführung übertragen. Ich bitte Sie um Annahme unserer Resolution. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf v. Posadowski: Wir haben in der Martinischen Sache nichts zu verhandeln. Eine derartige Drohung, wie sie Herr v. Gerlach behauptet, ist niemals ausgesprochen worden.

Abg. Giesbert (Z.) erklärt, daß die Sozialdemokraten niemals bisher Anstand genommen hätten, in ähnlicher Weise, wie es gegen sie geschehen wäre, vorzugehen.

Abg. Speck (Z.) protestiert gegen die Erklärung des Abgeordneten v. Oldenburg.

Abg. Sachse (Soz.): Die Behauptungen des Abg. Giesberts über die Essener Resolution sind absolut unwahr. Unwahr ist auch, daß ich nur das Zentrum angegriffen habe. Ich habe genau ebenso die nationalliberale Partei wegen ihrer arbeitserfeindlichen Haltung getadelt. — Der 20 000 M., die nach Ausland geschickt worden sind, schämen wir uns durchaus nicht; wir wehren uns nur gegen die Verleumdung, daß sie aus Bergarbeitermitteln stammen. Auf die Unterstützung der russischen Freiheitskämpfer an sich sind wir stolz, wir befinden uns dabei in der guten Gesellschaft eines deutschen Kardinals. (Heiterkeit! bei den Sozialdemokraten.) und das Zentrum sollte lieber unseren guten Beispiel folgen als uns ständig heranzetreiben.

Ich stelle ferner fest, daß der Abg. Erzberger, obwohl er wußte, daß ich an dem Tage, an dem der Antrag des Zentrums auf ein Reichsberggesetz beraten sollte, geschäftlich unmöglich hier sein konnte, in Versammlung und in der Presse die Mitteilung verbreitet hat, wir hätten eine Bierreise durch Köln gemacht. Das ist schimpflich. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Damit schließt die Debatte. Persönlich bemerkt:

Abg. Trimborn (Z.) daß Sache seinerzeit allgemein über die Arbeiterfeindlichkeit der Familie Trimborn gesprochen und heute habe er anerkennen müssen, daß er ihn persönlich nicht treffen könne.

Abg. Erzberger (Z.) bestreitet, dem Abg. Sachse persönlich aus seinem Munde einen Vorwurf gemacht zu haben. (Abg. Sachse: Sie haben es in Schließen gesagt.) Ich bin seit November 1904 nicht in Schließen gewesen. (Heiterkeit.)

Das Kapitel wird bewilligt, die Resolution Abrecht gegen die Stimmen der Linken abgelehnt, die Resolution Giesbert einstimmig angenommen.

### Weim Kapitel Reichs-Gesundheitsamt

Abg. Krösel (Antif.) einen Irrtum des Abg. Stauffer aus der Weinbehalte richtig: Er habe nicht Wädeshelm, sondern Wädeshelm des Weinanbauens beschuldigen wollen.

Abg. Dr. David (Soz.): Die Klacht über den Rhein von Wädeshelm nach Wädeshelm ist dem Abg. Stauffer wohl erst nachträglich als Rettungsweg eingefallen. (Heiterkeit.) Die Gemeinde Wädeshelm hat aufs allerhöchste dagegen protestiert. Der Abg. Stauffer nachträglich versucht, den Vorwurf auf sie zu übertragen. Daß das der Abg. Krösel nicht weiß, wundert mich um so mehr, als die Sache im Hessischen Landtag ausführlich verhandelt worden ist. Ich hoffe, daß der Abg. Stauffer den von ihm nachträglich nach Wädeshelm geschleuderten Vorwurf nicht selbst zurücknimmt. Jedenfalls ist er durchaus unbegründet und ungerechtfertigt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die Abg. Müller-Sagan (fr. Bg.) und Wallau (natl.) pflächten dem Abg. David bei.

Das Kapitel Reichsgesundheitsamt wird genehmigt. Darauf vertagt sich das Haus auf Sonnabend vormittag 11 Uhr.

— Tagesordnung: 1. Beratung des Antrages auf Vertagung des Reichstages bis zum 13. November 1906. 2. Zweite Beratung des Handels- und Schifffahrtsvertrages mit Schweden. 3. Zweite Beratung des Ergänzungssets.

Präsident v. Vellefren: Nachdem am heutigen Tage die Gesetze über die Abänderung des Art. 32 der Verfassung und die Entschädigung der Reichstagsabgeordneten im Reichsgesetzblatt publiziert sind, treten vom morgigen Tage die Bestimmungen des § 4 in Kraft. Den Herren Abgeordneten werden heute abend die Bestimmungen zugehen, welche ich wegen der Eintragung in die Listen getroffen habe.

Schluss 8 1/2 Uhr.

**Parlamentarisches.**

handelt sich um die Bewilligung von 5 Millionen Mark für das laufende Etatsjahr. In der vorausgehenden Erörterung waren seitens des Herrn Legationsrats v. Jacobs, der als stellvertretender Generalkonsul in Kapstadt die Transporte von Kriegsmaterial und Proviant aus dem englischen Gebiete nach Deutsch-Südwestafrika geleitet hätte, zum erstenmal eingehendere Angaben über die Transportwege und die Kosten gemacht worden. Danach haben wir eine Mehrforderung von 80—100 Millionen Mark allein für das laufende Jahr zu erwarten, da die bewilligten 77 Millionen Mark bei weitem nicht zur Deckung der Kriegskosten ausreichen. Diese abschätzenden Ansichten hatten auf das Zentrum sowohl, wie auf die freisinnige Partei einen derartigen Eindruck gemacht, daß beide Fraktionen in ihrem bereits im Plenum fundgegebenen Entschluß bekräftigt wurden, sich gleich der Sozialdemokratie völlig ablehnend gegenüber den weiteren Forderungen für eine Kriegsbahn zu verhalten.

Sie erkannten an, daß nach der Befangennahme Morengas von einem ernstlichen Feinde dort überhaupt nicht mehr gesprochen werden könne. Da sei es also völlig zweifellos, die Bahn nach Reetmanshoop, für die der Reichstag 200 000 M. zu Vorarbeiten bewilligt hat, tatsächlich auszuführen. Günstigstenfalls in 2 Jahren könne die Bahn provisorisch fertiggestellt sein; dann könne sie doch nicht mehr zu Kriegstransporten ausgenutzt werden.

Der stellvertretende Kolonialdirektor, Erhring zu Hohenlohe, verwahrte sich dagegen, daß das Meer unmittelsbar in Südwestafrika festgehalten werden solle. Im Gegenteil: „so bald als möglich“ sollten Truppen zurückbefördert werden. Der neue Oberbefehlshaber für Südwest, Oberst v. Deimling, unterstützte das mit dem Hinweis, er werde alle Kapitulanten, deren Kapitulaton abgelaufen sei, und die Kranken zunächst zurücksenden. Abg. Ledebour (Soz.) betonte, diese allgemein gehaltenen Versicherungen hätten um so weniger Wert, da immer nur von der Rücksendung einzelner Leute die Rede wäre, nicht von der Rücksendung ganzer Kadets. So lange sich die Regierung nicht zur Rücksendung ganzer Kadets (Battalione, Schwadronen oder Batterien) entschließe, werde an eine erhebliche Verringerung des Truppenbestandes offenbar überhaupt nicht gedacht. Die Beibehaltung einer großen Truppenmacht dort sei aber absolut nicht zu rechtfertigen, ebensowenig wie der Bau der Bahn zu Kriegszwecken. Oberst v. Deimling erklärte nunmehr, daß er auch allmählich die Rücksendung ganzer Kadets in Angriff nehmen würde. Bindende Versprechungen über den Umfang und den Zeitpunkt der Rücksendungen könne er jedoch nicht übernehmen. Der Krieg sei auch keineswegs zu Ende. Morenga sei zwar gefangen, dagegen ständen 300 Gontentotten im Felde unter Abraham Morris. Unter großer Heiterkeit erklärte der Herr Oberst, dieser gefährliche Abraham Morris sei der Sohn eines Kabbiners aus Posen. Die Abg. Dr. Semmler und Paasche (natl.), Graf Arnim und Dr. Arndt (st.), v. Richtigshofen und v. Staub (st.), Pattmann (Antif.) suchten nun in langen Reden unter fortwährenden Wiederholungen desselben Gedankens zu beweisen, daß die Bahn gebaut werden müsse, weil man den Säben des Landes behaupten müsse, während ihnen die Abg. Gröber, Müller-Sagan und Erzberger namens des Zentrums, Dr. Müller-Sagan namens der Freisinnigen Volkspartei entgegentraten. Der Versprechungsstatist der „nationalen“ Redner, deren einer es offen ausgesprochen, daß er auf eine Intervention des Herrn Dr. Spahn im Zentrum zugunsten der Bahn spekuliere, wurde schließlich durch den Antrag Gröber angenommen. Der Schluss der Debatte ist Ende gemacht. Dann wurde die Forderung von 5 Millionen für die Bahn mit 16 Stimmen (Sozialdemokraten, Freisinnige, Zentrum, Pole) gegen 8 Stimmen abgelehnt.

### Deutsch-Schwedischer Handels- und Schifffahrtsvertrag.

Wie vorausgesehen war, ist die in der Mittwochsitzung angekündigte Obstruktion der Konservativen und des Zentrums in der Kommission zur Vorbereitung des Vertrages zusammengesplitt, nachdem die Regierung die absolut belanglose Erklärung abgegeben hat, daß das im Deutsch-Schwedischen Handelsvertrage zugehandene für die künftige abzuschließenden Handelsverträge die Maximalgrenze des überhaupt Zugestehenden sei. Interessant war bei den Verhandlungen die Feststellung vom Regierungssitze aus, daß „hohe Jölle ja an sich ganz schön seien, aber vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte aus seien gerade niedrigere Jölle nicht nur notwendig, sondern vielfach auch ertragsfähiger für die Reichskasse. Obwohl das ja an und für sich eine Einseitigkeit ist, so ist der Anspruch von jener Stelle aus immerhin bemerkenswert. Die Genossen Lindemann und v. Bollmar wahrten in der Debatte den Standpunkt unserer Partei und konstatierten u. a., daß ein Volk mit Schweden Deutschland nur noch mehr isoliere. Weiter traten sie energisch dafür ein, daß im Wirtschaftlichen Ausschusse künftig auch Arbeiter Sitz und Stimme haben müßten. Da diesem Gedanken von allen Parteien zugestimmt wurde, wird die Regierung wohl bei den Vorarbeiten zu den bei demnächst beschließenden Handelsverträgen (Spanien, Portugal, Amerika) auch einen oder mehrere Arbeiter in den Wirtschaftlichen Ausschuss berufen.

Die Kommission nahm einige Resolutionen an: 1. beim Abschluß neuer Handelsverträge seien in Ermäßigungen der Zollsätze des geltenden Generaltariffs zu willigen, welche noch unter die bereits in den abgeschlossenen Handelsverträgen angeführten Zollherabsetzungen heruntergehen (dieser ungenehmigte Vorschlag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen); 2. den beim Reichsamt des Innern geschaffenen „Wirtschaftlichen Ausschuss zur Vorbereitung von Handelsverträgen“ in Zukunft vor dem bindenden Abschluß neuer Handelsverträge einzuberufen und unter Zugiehung von Vertretern der beteiligten Interessenten gutachtlich zu hören; 3. den Wirtschaftlichen Ausschuss alsbald zu ergänzen in der Richtung, daß alle Interessenten der deutschen Produktion möglichst gleichmäßig in demselben vertreten sind. — Ferner werden die verhandelten Regierungen erucht, dahin zu wirken, daß zugunsten der heimischen Freiselberzeugung, sowie der Walfisch- und Pflastersteinindustrie ungekammert Eisenbahn-Ausnahmetarife eingeführt werden. — Bei der Abstimmung über den Handelsvertrag selbst wurde dieser mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Im Reichstage wird der Vertrag heute zur Verhandlung kommen und jedenfalls sofort in der zweiten und dritten Lesung erledigt werden. Die Annahme dürfte dort wohl fast einstimmig erfolgen.

### Die Wahl Pauli-Potsdam für gültig erklärt!

Gegen die Wahl des Abgeordneten Pauli-Potsdam lag ein umfangreicher Protest der Wahlprüfungskommission vor. In mehr als 40 Dingen sollten Verstöße mandatale Art vorgekommen sein. Eine Reihe dieser Verstöße wurden auch von der Wahlprüfungskommission für erheblich befunden; besonders die Beeinträchtigungen in den Militärverhältnissen Spandau sowie die Eingriffe der Polizei und des dortigen Bürgermeisters Koelke als Wahlkommissar führten zu lebhaften Auseinandersetzungen in der Kommission. Der letztere hat den Antrag zur Wählerliste den Konservativen in Abschrift ausgeliefert, aber den darum nachsuchenden Sozialdemokraten vorenthalten. Die Mehrheit beschloß jedoch, aber alle erheblich befundenen Fälle nur für den Fall Beweisüberhebungen, wenn nach der im Falle von Kostierungen und Stimmgaben sich ergebenden Berechnung die Wahl Paulis nicht gültig sei.

Nach Vornahme dieser Berechnung verblieb jedoch Pauli immer noch eine Mehrheit von beinahe 400 Stimmen, so daß die Mehrheit der Kommission die Wahl für gültig erklärte.

### Gerichts-Zeitung.

**Polizeihaft?**  
Die Tat einer unglücklichen Frau und Mutter beschäftigte gestern das Schwurgericht am Landgericht I. Unter der

schweren Beschuldigung, ihre eigenen Kinder, den siebenjährigen Walter und den dreijährigen Kurt, mittels Thyol zu töten versucht zu haben, stand die 23jährige Schwägermutter Antonie Kunzler geborene Wende vor den Geschworenen. Die Angeklagte lebte in einer außerordentlich unglücklichen Ehe. Ihr Ehemann, der Engroschlichter Richard Künzler, verdächtigte sie wiederholt grundlos, mißhandelte sie und brachte sie in eine verzweifelte Gemüthsstimmung, in der sie beschloß, ihre Kinder und sich selbst mit Thyol zu töten. Alle drei Personen kamen aber im Krankenhaus wieder zu sich. Von den Sachverständigen meinte Medizinalrat Dr. Hofmann: Die Angeklagte ist nervös. Die Tat selbst jedoch zeigt, daß von einem Ausschluß der freien Willensbestimmung keine Rede sein könne. Die Angeklagte habe in der Verzweiflung über das Wesen und die Behandlung ihres Mannes die Lust am Leben verloren und, wie sie selbst zugibt, auch ihre Kinder mitnehmen wollen. Eine Anwendung des § 51 des Strafgesetzbuches erscheine nicht gerechtfertigt. Der Geh. Medizinalrat Dr. Leymann befundet als psychiatrischer Sachverständiger folgendes: Er habe ebenfalls eine dauernde nervöse Störung bei der von Natur schwächlichen Frau konstatiert, die eine Folge der vielen Fehlgeburten und sonstigen Leiden sei. Eine derartig nervöse Person sei für Gemüthsstörungen, die sich viel plötzlicher und wirksamer bei ihr bemerkbar machen als bei Gebunden derartig empfänglich, daß es zu Affektstörungen kommt, über die sich die Betreffende später selbst nicht Rechenschaft ablegen kann. Auch die Tat der Angeklagten gehöre zu diesen Augenblicksstörungen infolge einer heftigen Gemüthsregung. Es sei sehr schwer festzustellen, ob nicht tatsächlich im Augenblick der Tat ein Ausschluß der freien Willensbestimmung vorhanden gewesen sei.

Entgegen dem Plaidoyer des Staatsanwalts verneinten die Geschworenen die auf verdächtig lautende Frage, daß die Angeklagte sprach dann die schwer geprüfte Frau frei.

**Der Konflikt als Germanisierungsmittel.** Ein Konflikt der Regierung zu Posen zugunsten eines prägelobten Lehrers beschäftigte am 22. Mai den achten Senat des Oberverwaltungsgerichts. Der Volksschüler Hans Will zu Porel, der damals 11 bis 12 Jahre alt war, hatte am 30. Oktober 1903 seine Schularbeiten nicht oder doch nicht ordnungsmäßig gemacht. Der Lehrer Budil wollte ihn deshalb züchtigen. Er sollte aus der Bank kommen, leiste aber nicht Folge, sondern versteckte sich hinter einem Schülern. Erst als der Lehrer mit einer Kloppeitsche, einem Stock mit zwei daran befestigten Lederriemen, etwa je 1/2 Meter lang, auf ihn zugeht, lief der Knabe aus der Bank hervor und auf die Kinder los, die vor der Tafel standen. Unterdessen erhielt er ein paar mal Schläge mit der Kloppeitsche. Der Vormund stellte demnächst Strafantrag gegen den Lehrer, weil dieser den Jungen durch Schläge in's Gesicht grob mißhandelt habe. Am Tage der Züchtigung selbst hatte der Arzt Dr. Wielawski bescheinigt, daß der Knabe einige blutige Stellen an der Wange habe, daß eine Wundheulentzündung vorliege, das Gesicht geschwollen und schmerzhaft sei und zur Wiederherstellung des Hans Will zehn Tage erforderlich wären. Ein Anzahl elf- bis dreizehnjähriger Schüler und Schülerinnen behaupteten etwa einmündig Monat später bei der Voruntersuchung zum Teil, daß Will Schläge über den Rücken bekommen habe und sie von Schlägen über den Kopf nichts gesehen hätten, während andere ausgaben: „Während Hans geschlagen wurde, hielt er sich die Arme vor das Gesicht und drehte sich einige Male um, so daß er möglicherweise mit dem Lederriemen des Knans auch im Gesicht getroffen worden sein kann.“ Der Lehrer bestritt dies bei seiner Vernehmung und führte die von Dr. Wielawski festgestellten Verletzungen darauf zurück, daß sich Will bei dem Versuch, in gebückter Stellung zwischen den an der Tafel stehenden Schülern hindurch zu schlüpfen, an deren Ellenbogen möglicherweise gestoßen habe. — Dr. Ehpnewski, der den Jungen ebenfalls bald nach der Züchtigung sah, sagte aus, dieser habe zwei rotgesteckte Stellen im Gesicht unterhalb der Augen gehabt, die nach dem Runde zu verliefen. Er habe sofort geäußert, daß nichts Schlimmes vorliege und etwas Fett auf jenen Stellen helfen werde. Er nehme an, daß der Knabe beim Weinen über die Schläge sich mit den Fäusten im Gesicht herumgerieben habe und daß dadurch und nicht durch die Schläge die Stellen entstanden seien. Er habe zwar Rötungen, aber keine Schwellungen gesehen. Der Gesundheit nachteilige Folgen seien keines Falles zurückgebildet. — Dr. Wielawski, der Aussteller des ersten Urtheiles, trat bei seiner gerichtlichen Vernehmung der Auffassung seines Kollegen entgegen, daß die blutigen Stellen im Gesicht durch Reiben mit der Hand entstanden sein könnten. Das wäre ganz ausgeschlossen. Dagegen seien Schläge mit der Kloppeitsche sehr wohl dazu geeignet, sie hervorzuheben. Allerdings sei durch Anwenden von essigsaurer Tonerde die Heilung schneller verlaufen, wie er erst dachte. Die Wundheulentzündung sei Folge des Weinens gewesen. — Der Geschlagene blieb dabei, daß der Lehrer ihn von hinten mit der Kloppeitsche über den Kopf gehauen, so daß die Lederenden ins Gesicht fielen.

Auf Grund dieser Feststellungen schritt die Staatsanwaltschaft gegen den Lehrer Budil wegen Vergehens gegen den § 340 des Strafgesetzbuches ein, weil er als Beamter eine vorläufige Körperverletzung begangen hätte. Es wurde auch darauf verwiesen, daß er von der Regierung wegen unzulässiger Züchtigung bereits mit einem Verweise bestraft sei.

Das Gericht eröffnete das Verfahren, die Regierung zu Posen erhob jedoch zugunsten Budils den Konflikt mit der Begründung, daß er die Grenzen des ihm zustehenden Züchtigungsrechts nicht überschritten hätte. Nach der Kabinettsorder vom 14. Mai 1835 dürfte die Schläge allerdings niemals zu Mißhandlungen ausgebeugt werden, die der Gesundheit des Schulkindes auch nur auf entfernte Art schädlich werden könnten. Das sei hier nicht der Fall gewesen, denn nach dem Gutachten beider Aerzte habe die Züchtigung Gesundheitsschädigungen nicht zur Folge gehabt. Zudem unterläge es keinem Zweifel, daß der Lehrer mit Recht zur Züchtigung des Knaben und todespendigen Knaben schritt. Von einer Ueberschreitung der gesetzlich gezogenen Grenzen des Züchtigungsrechts könne keine Rede sein. Daß Budil sich einer Kloppeitsche bediente, möge sich immerhin als pädagogischer Mißgriff darstellen, der der disziplinarischen Ahndung unterliege. Durch diesen Umstand allein werde aber der strafrechtliche Tatbestand des § 340 des Strafgesetzbuches nicht erfüllt. Im übrigen sei der von der Staatsanwaltschaft erwähnte Ministerialerlass vom 1. Mai 1890, welcher nur Züchtigungen mit der Rute oder einem dämmen Stöckchen zuließ, durch den Erlaß vom 19. Januar 1901 aufgehoben.

Das Oberverwaltungsgericht erklärte den Konflikt der Regierung für begründet und entschied demgemäß, daß das Strafverfahren gegen den Lehrer Budil endgültig einzustellen sei. Eine Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse, so führte das Gericht aus, falls dem Angeklagten nicht zur Last. Selbst wenn der Lehrer bei dem Schlagen mit der Kloppeitsche den Jungen wirklich ins Gesicht getroffen hätte und jenes Uebel im Gesicht, das der Arzt feststellte, daraus entstanden wäre, so würde darin ein vertretbares Verschulden des Lehrers im Sinne der hier maßgebenden Bestimmungen nicht gefunden werden können. Das Oberverwaltungsgericht hat mit diesem Erkenntnis an seiner auf diesem Gebiete mit der Reichsgewichtsjudikatur in Widerspruch stehenden, Recht fördernden, die Erziehung der Volkskinder hemmenden Rechtsprechung festgehalten. Schwab, daß die Konflikt-pädagogik nicht ihm gegenüber Anwendung finden darf.

### Eingegangene Druckschriften.

Dr. med. G. Siebe. Berde gesund! Zeitschrift für Volksgesundheitspflege. 5. Heft. Preis vierteljährlich 50 Pf. Verlag Th. Krüger, Göttingen. Gb. Goldber. Krieg in Sicht! 75 Seiten. Preis 1.—. R. Verlag Dr. Rothbard, Leipzig. 9. Bericht des Gewerkschaftsstarkeits und 6. Bericht des Arbeiterssekretariats von Hamburg-Altona 1905. 166 Seiten. Selbstverlag. Führer durch die deutschen Reichsbäder 1906. 192 Seiten. Preis 30 Pf. — Herausgegeben vom Vorstand des Verbandes deutscher Nordseebäder.

# Jeder Herr

welcher Wert darauf legt

## zu Pfingsten

elegante, gutsitzende und allgemein anerkannte preiswerte Bekleidung zu tragen, soll und muß seinen Bedarf im

**Spezial-Hause eleganter Herren- und Knaben-Bekleidung**

□ □ □ fertig und nach Maß □ □ □

**Spezial-Abteilung: Bekleidung für jeden Beruf**

# LESKE & LEHRER

78 Kottbuser Damm 78

decken.

Unsere Grundsätze:

**W**ir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe. Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl. Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz. Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen. Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen. Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalentwurf!  
Nachdruck  
verboten.

**Sommer-Anzüge • Sommer-Paletots  
Leinen-Joppen • Loden-Joppen • Lustre-Jacketts**

**Entzückende Auswahl in Knaben-Wasch-Anzügen.**

Am **Sonnabend** und **Sonntag** verabfolgen wir beim Einkauf eines Anzuges oder Paletots eine **elegante bunte Weste gratis!!**

Wir bitten genau auf unsere Firma und Hausnummer zu achten.

**Leske & Lehrer, 78 Kottbuser Damm 78**

Aufbügeln und Reparieren der bei uns gekauften Sachen kostenlos.

Wir bitten genau auf unsere Firma und Hausnummer zu achten.

Wir bitten genau auf unsere Firma und Hausnummer zu achten.



**Tokio-Strohhüte**  
mit angebogener Krempe.  
Aparte,  
kleidsame Formen.  
2,75, 2,75, 2,25  
1,90, 1,30  
**75 Pt.**



**Rillen-Strohhüte**  
mit angebogener Krempe.  
Leichte,  
beliebte Strohart.  
3,75, 2,75, 2,25  
1,90, 1,30, 0,75  
**65 Pt.**

## Kniff-Strohhüte



**Binsen-Strohhüte**  
Sehr leicht **85 Pt.**

Schöne Strobarthen **75 Pt.**  
1,75

Palm-Stroh 2,90 **1 M.90**

## Panama-Hüte

Naturfarben u. gebleicht.  
Allerneueste Formen u. Ge-  
flechte. 30,-, 24,-  
20,- 16,- 8,- 5,75 **2 M.75**



**Dick-Strohhüte**  
mit 3facher  
Krempe **1 M.50**

Zurückgesetzte Herren-Strohhüte . . 25 Pt.

# Baer Sohn

Spezialhaus größten Masstabes

Chausseestrasse 24<sup>a</sup>/25 • 11 Brückenstrasse 11

Der Haupt-Katalog Nr. 29 (Hüte und Wäsche) wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Morgen Sonntag bis nachmittags 6 Uhr geöffnet.

## Grösstes Specialgeschäft für Hüte und Mützen

### Oscar Arnold

Dresdenerstr. 116

Kleinladen (am Oranienplatz).

**Filzhüte,  
Cylinderhüte, Strohhüte  
und Mützen**

Engros! Export!  
aussergewöhnlich  
reihaltiger Auswahl!

**Einzelverkauf**

zu auffallend billigen, aber streng festen Preisen



# BRENNABOR

Die Brennabor-Räder mit ihrem spielend leichten Lauf und ihrer nahezu unbegrenzten Haltbarkeit sind nur echt, wenn sie

**nebenstehende Marke**

am Steuerrohr tragen.

Brennabor-Werke, Brandenburg a. H.

Filiale Berlin W., Kronenstraße 11.



Krankenfahrräder all. Systeme  
Mäglich von 25 R. an, auch leistungsfähig  
unter feinsten Bedingungen.  
Koppsche Krankenfahrräder, Eisassor-  
straße 95. 116/4\*

**Dr. Simmel, Prinsen-**  
Spezialarzt für **110/9\***  
**Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

**Ausflüglern**  
empfehlen wir folgende  
**Spezial-Karten**

der

**Umgebung Berlins.**

Bernau-Biesenthal, Rante-Stein- und

Banditz-See . . . . . 1 R.

Bukow u. Umgegend mit angehängtem

Fährer . . . . . 75 Pf.

Eberswalde und Umgegend

75 Pf. und 1 R.

Erkner und Umgegend . . . . . 75 Pf.

Freienwalde-Gallenberg . . . . . 75 Pf.

Freienwalde, Briesen, Oberberg,

Prodomin . . . . . 1 R.

Friedrichshagen, Köpenick, Grünau,

Schmöwitz . . . . . 75 Pf.

Grünwald und westliche Vororte,

2, 3, 5 u. 8-jährig, 25, 50, 75 Pf.

und . . . . . 1 R.

Königs-Waldpark und Umgegend

8-jährig . . . . . 1,50 R.

Nördliche Vororte, Spandau, Tegel

u. . . . . 1 R.

Waldham und Umgegend . . . . . 75 Pf.

Waldham und Werder . . . . . 1 R.

Waldhagen, Ralberg, Umgegend

von Babelsberg u. Erkner 75 Pf.

Spreewald mit praktischem Touristen-

fährer . . . . . 75 Pf.

Strausberg u. der Stametal 1 R.

Tegel und Umgegend . . . . . 75 Pf.

Gener empfehlen wir:

Wanderbuch für die Mark

Brandenburg. 3 Bände. In-

gesamt . . . . . 6,00 R.

I. Teil: Nähere Umgebung Ber-

lins, umfasst die Gegend von

Waldham, Spandau, Dramenburg,

Königs-Waldpark . . . . . 1,50 R.

II. Teil: Westliche Hälfte der Um-

gebung Berlins bis Branden-

burg a. H., Stendal, Tangermünde,

Reu-Mühlh., Reu-Strelitz 2,00 R.

III. Teil: Ostliche Hälfte der Um-

gebung Berlins bis Eberswalde,

Frankfurt a. O., Schwedt, Rühren,

Rüben, Spreewald, Ruckau 2,50 R.

Diese Wanderbücher bieten prächt-

volle Schilderungen der Mark, viele

detaillierte Karten und Pläne und sind

so dem Wanderer ein zuverlässiger

fährer und Berater. 234/5\*

**Expedition des Vorwärts**

BERLIN SW. 68  
Friedrichstraße 69 (Neben).

**Gewinn-** Lose der Königlich Preussischen  
Lotterie **zähle sofort aus.** 122/13\*  
**Heinrich Kron,** Bank- u. Lotterie-  
Geschäft, **Alexanderstraße 54.**

**Raucht**  
**Kios-Zigaretten. Kleine Kios 2.**  
Spezialmarke:  
pro Stück 2 Pf. 1151L\*  
Hauptniederlage der Zigarettenfabrik „Kios“, Dresden.  
**H. & P. Uder,** Tabakgroßhandlung u. Tabakfabrik,  
Engel-Ufer No. 5.  
Amt 4. 3014.

**Das Wunder Berlins**  
sind die bekannten Konfektionshäuser

3 Geschäfte **Blitz** 3 Geschäfte

**80 Chaussee-Straße 80**  
**9 Rosenthaler Straße 9**  
Ecke August-Straße.

**137 Große Frankfurterstr. 137**  
zwischen Koppen- u. Fruchtstr.  
Chones Industrie-Palast

**Herren-Anzüge,** hochelegant . von **4<sup>90</sup> M.** an  
**Herren-Paletots,** das Neueste . von **5<sup>60</sup> M.** an  
**Kinder-Anzüge** in feinsten  
Ausführungen von **1<sup>80</sup> M.** an  
**Hosen** in allen erdenklichen Mustern von **57 Pf.** an

Wir bitten genau auf die Firma  
zu **Blitz** zu  
achten

**Alfred Bernhardt, NW., Alt-Moabit 84**  
vis a vis der Heilandskirche  
Spezialhaus größeren Stils für moderne  
**Herren- und Knaben-Bekleidung.**  
**Wollen Sie Geld sparen?**  
Durch Ankauf eines großen **Konkurrenzwarenlagers** einer hiesigen Kleiderfabrik  
kommen die aus der Masse herrührenden Herren- und Knaben-Garderoben von  
Donnerstag, den 24. Mai, ab zum Verkauf. Die Preise sind fast um die **Halfte**  
des **reellen Wertes** herabgesetzt.  
Meine Grundsätze sind: **Streng reelle Bedienung, Preise konkurrenzlos billig, aber streng fest.**

Herrenhaus.

15. Sitzung vom 25. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Am Ministertisch: v. Weichmann-Hollweg. Präsident Fürst zu Ansbach eröffnet die Sitzung und widmet dem Minister v. Budge und dem verstorbenen Herrenhausmitglied Prinzen Heinrich VII. von Reuß Reden.

Oberrürgermeister Beder-Möln schließt sich diesem Wunsche an. Hr. v. Mantuffel glaubt, daß den Fraktionen auch genügend Zeit bleibe, wenn es nach dem Vorschlage des Präsidenten gehe.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Vorlage über die Vermehrung der Mitglieder des Abgeordnetenhauses und die

Novelle zum Wahlgesetz.

Die Kommission beantragt unveränderte Annahme in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung.

Hr. v. Lucius: Die Vorlagen zeigen, daß die Regierung nicht gewillt ist, eine große Reform im Sinne des Reichstagswahlrechts in Preußen durchzuführen, sondern an dem bisherigen System festzuhalten gedenkt. Die Regierung tut recht daran, daß sie sich auf die Beseitigung von solchen Punkten beschränkt, die sich jetzt als nicht mehr recht durchführbar charakterisieren und daß sie Festigkeit bewahrt gegenüber allen Wächtern, die mit einem Appell an die Gewalt drohen.

Oberrürgermeister Beder-Möln: Auch wir stimmen der Vorlage zu. Man braucht kein unbedingter Anhänger des Reichstagswahlrechts zu sein und kann doch eine gründlichere und umfassendere Reform des Landtagswahlrechts für notwendig halten.

Hr. v. Landberg: Wirken wir jetzt das Reichstagswahlrecht auch für das Abgeordnetenhause einzuführen, so würden wir der Agitation der Sozialdemokratie nur neue Nahrung zuführen.

Hr. v. Durant: Auch ich stimme der Vorlage gern zu. Hoffentlich wird es der Staatsregierung auch künftig gelingen, dem Ansturm der Sozialdemokratie die Spitze zu bieten. Wenn man freilich sich der letzten Ereignisse im Reichstage erinnert, könnte man sehr pessimistisch denken.

Prof. Dernburg: Ich trete auf die Seite meines Freundes v. Lucius und sage: er hat den Nagel an den Kopf getroffen. (Witz!) Was das Abgeordnetenhause aus einer Wahl hervorgehen, welche es wolle, das kann nicht bestritten werden, daß sich das Abgeordnetenhause in schwieriger Zeit große Verdienste um das Vaterland erworben hat.

Prof. Voening-Halle: Auch ich betrachte die sozialdemokratische Gefahr als die schwerwiegendste unseres Vaterlandes. Es ist aber unrichtig, bei der inneren Politik stets auf die Sozialdemokratie zu blicken. Die hier eine Reform des Landtagswahlrechts fordern, wollen das Reichstagswahlrecht keineswegs einführen.

Graf York: Was der Wahrheitsbegriff hier soll, vermag ich nicht abzusehen. Der gegenwärtige Moment ist zu einer größeren Reform gar nicht geeignet. In einer französischen Zeitschrift habe ich erst jüngst gelesen, die Agitation für das allgemeine Wahlrecht sei in Preußen soweit vorgeschritten, daß ihr weder die Regierung noch die beiden preussischen Kammern auf die Dauer trohen können.

Prof. Voening: Es ist jetzt nicht die rechte Gelegenheit, ein Programm für die Reform des Landtagswahlrechts zu entwerfen. Ich habe nur der Anschauung entgegenzutreten wollen, als sei unser Landtagswahlrecht der Fels, auf dem Preußen ruht.

Damit schließt die allgemeine Besprechung. In der Einzelberatung werden beide Vorlagen fast einstimmig angenommen. Die vorliegenden Petitionen, darunter auch die der preussischen Mitglieder des Vorstandes der deutschen Sozialdemokratie auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen, direkten Wahlrechts, werden für erledigt erklärt.

Eine Petition der Gemeindevertretung zu Brunsbüttel um Verbesserung der Fähranlagen an dem Kaiser-Wilhelmskanal in Brunsbüttel-Kork wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Nächste Sitzung: Sonnabend, 1 Uhr. (Einkommensteuernovelle und kleinere Vorlagen.)

Abgeordnetenhaus.

72. Sitzung, Freitag, den 25. Mai, vorm. 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Studt. Die zweite Beratung des

Vollschulunterrichtsgesetzes

wird fortgesetzt. § 24 (Jüdische Schulen). Während die Kommissionsbeschlüsse den bestehenden Rechtszustand aufrecht erhalten wollen, beantragt

Abg. Cassel (fr. Sp.) die Bestimmungen für die übrigen Konfessionen auf die jüdischen Schulen analog zur Anwendung zu bringen.

Die Kommission hat außerdem eine Resolution angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, den Synagogengemeinden die Beschaffung jüdischen Religionsunterrichts zu erleichtern, wenn für den Religionsunterricht nicht in anderer Weise gesorgt ist.

Abg. Cassel (fr. Sp.) bittet, seinen Antrag anzunehmen. Auch die Annahme der Resolution der Kommission sei zu verlangen. Dauerlich sei, daß die Regierung erklärt habe, daß sie der Resolution der Kommission keine Folge geben wolle.

Ministerialdirektor Schwarztopf erklärt, es sei ein Irrtum des Vortragenden, wenn er annehme, daß die Regierung der Resolution keine Folge geben wolle; er habe nur in der Kommission erklärt, daß sich die Regierung über das „Wie“ der Ausführung nicht klar sei.

Abg. Marx (Z.) bittet den Antrag Cassel abzulehnen, aber einen von ihm inzwischen eingebrachten redaktionellen Antrag anzunehmen.

Ministerialdirektor Schwarztopf stellt fest, daß ein Schulzwang für den jüdischen Religionsunterricht jetzt nicht bestehe. Eine endgültige Erklärung zu der Resolution könne er nicht abgeben, nachdem sie angenommen sei.

Abg. Dr. Jermolow (L.): Wir sind gegen den Antrag Cassel, weil er dem jüdischen Religionsunterricht eine Stellung einräumt, die ihm nach Rücksicht der geschichtlichen Entwicklung und der Verfassungsurkunde nicht zukommt. Wir bekämpfen daher den Antrag Cassel, weil er für die jüdischen Kinder den Schulzwang zum Religionsunterricht einführt.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Feltzohn (fr. Sp.) werden die Kommissionsbeschlüsse mit dem redaktionellen Antrage Marx angenommen, der Antrag Cassel dagegen abgelehnt.

§ 25 bestimmt, daß in Hessen-Kassau die Simultanschule bestehen bleiben soll.

Abg. Cahensli (Z.) begründet einen Antrag seines Fraktionsgenossen Dr. Porsch auf Streichung dieser Bestimmung.

Abg. Dr. Lottichius (natl.) bittet, den Zentrumsantrag abzulehnen. Die Simultanschule habe in Hessen-Kassau Segensreich gewirkt und zum konfessionellen Frieden beigetragen.

Abg. v. Heimburg (L.) macht Bedenken gegen die Kommissionsfassung geltend. Seine Freunde würden trotzdem gegen den Antrag des Zentrums stimmen, obwohl derselbe sachlich nicht unbedenklich erscheine.

Kultusminister Dr. Studt: Ich bitte dringend, das mühsam zustande gebrachte Gesetzgebungswerk nicht an diesem Punkte scheitern zu lassen und deshalb den Zentrumsantrag abzulehnen. Es handelt sich doch nur um die Aufrechterhaltung eines bestehenden Rechtszustandes.

Abg. Dr. Dahlem (Z.): Das Edikt, welches die Simultanschule in Hessen-Kassau einführt, ist ohne Zustimmung der Stände erlassen, also nicht rechtmäßig. Wie kann man da von einer Konfessionierung des bestehenden Rechtszustandes sprechen? Tatsächlich ist in den meisten hessischen Schulen nur eine Konfession vertreten, die meisten Schulen sind dort also keine Simultanschulen, sondern konfessionelle Schulen.

Abg. v. Bülow-Homburg (natl.) bekämpft den Zentrumsantrag. Der Antrag Porsch wird abgelehnt und § 25 in der Kommissionsfassung angenommen.

Es folgt die Beratung der §§ 27-29 (Schulverwaltung in Stadtgemeinden, Schuldeputationen, Schulkommissionen). Nach § 27 soll die Schuldeputation grundsätzlich der Schulaufsichtsbehörde unterstellt sein; nur insoweit sie keine Aufsichtsrechte ausübt, soll sie dem Gemeindevorstand folgen können.

Abg. Cassel (fr. Sp.) beantragt, den Paragraphen so zu fassen, daß die Schuldeputation grundsätzlich Organ des Gemeindevorstandes ist und der Schulaufsichtsbehörde nur insoweit untersteht, als es sich um Befugnisse der staatlichen Schulaufsicht handelt, die seitens der Schulaufsichtsbehörde der Deputation übertragen sind.

Abg. Schmedding (Z.) beantragt eine Bestimmung im § 29 aufzunehmen dahingehend, daß eine Schulkommission eingesetzt werden muß, wo bisher konfessionelle Schulsozialräte bestanden, wenn diese es vor ihrer Auflösung durch dieses Gesetz bei der Schulaufsichtsbehörde beantragen.

Abg. Cassel (fr. Sp.) begründet seinen Antrag, indem er insbesondere nachzuweisen sucht, daß nach dem bestehenden Recht die Schuldeputation in der inneren und äußeren Verwaltung dem Gemeindevorstand unterstehe. Es gelte, hier die Selbstverwaltung der Gemeinden aufrecht zu erhalten, damit nicht die Willkür der Ministerien an ihre Stelle trete.

Abg. G. (fr. Sp.) bittet, den Antrag abzulehnen, weil die Schulaufsichtsbehörde die Aufsicht über die Schulen nicht bloß zu beaufsichtigen, sondern zu verwalten. Diese Grenzen dürften nicht überschritten werden. (Lebhafter Beifall links.)

Kultusminister Dr. Studt: Ich will mich nicht in lange Erörterungen darüber einlassen, inwiefern die Staatsregierung von der böswilligen Absicht ausgegangen ist, unter allen Umständen die Selbstverwaltungsrechte der politischen Gemeinden zu beschränken, denn die Vorlage gibt 500 Gemeinden Ernennungsrechte, erweitert also die Selbstverwaltungsrechte. Im übrigen kann ich die Versicherung abgeben, daß die allgemeine Verfügung meines

Amtsborgängers von 1807, in der empfohlen wird, den Gemeinden weitgehenden Spielraum zu lassen, auch diesseits nicht nur geteilt, sondern auch in vollem Umfang ausgeführt wird. In der Tat liegt jetzt nur ein Minimum von Beschwerden vor. Ich bestreite dem Abg. Cassel aber, daß die Schuldeputationen bei inneren Angelegenheiten der Schulen nach bestehendem Recht den Gemeindevorständen irgendwo unterständen.

Abg. Frhr. v. Jellisch (fr. Sp.): Ich will mich nicht als rednerischer Kilometerfresser produzieren und bitte deshalb nur, die Anträge auf der ganzen Linie abzulehnen. Der Fall Singer läßt deutlich erkennen, daß wir bei den Schuldeputationen gegenüber den Sozialdemokraten alle Ursache haben, vorsichtig zu sein.

Abg. Münchberg (fr. Sp.) tritt für die Anträge des Abg. Cassel ein.

Abg. Funt (fr. Sp.) bringt die Nichtbestätigung des Schriftstellers Dr. Benzig zu Charlottenburg zur Sprache.

Ministerialdirektor Schwarztopf: Ich kann nur erklären, daß weder von Dr. Benzig noch von der städtischen Verwaltung eine Beschwerde eingegangen ist, so daß der Minister nicht orientiert ist. Wir haben aber Bericht erfordert, dieser ist jedoch noch nicht eingegangen.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Aronsohn (fr. Sp.) wurden die Anträge Cassel abgelehnt.

§ 40 (Anstellung der Direktoren)

liegt der bekannte Kompromißantrag der Nationalliberalen vor, der als Grundsatz die Berufung der Direktoren durch die Schulaufsichtsbehörde nach Anhörung der Gemeinden aufstellt, den Gemeinden, die bisher das Berufungsrecht hatten, dieses aber fernerehin gewährt. Ferner liegt folgender Antrag des Abg. Cassel (fr. Sp.) vor: Als 40a einzufügen: Die Kreisinspektion ist aufzuheben, die Kreisinspektion ist Sachmännern im Hauptamte zu übertragen.

Abg. Kopsch (fr. Sp.): Die Kommissionsbeschlüsse stellen einen wesentlichen Rückschritt dar, selbst gegenüber den Gesetzen des Frhr. v. Jellisch und des Ministers Dr. Boffe. Selbst diese Gesetze verlangten, daß im Falle der Nichtbestätigung die Gründe der Nichtbestätigung angegeben wurden. Unseren dahingehenden Antrag hat man aber in der Kommission abgelehnt. Die Gründe für die Nichtbestätigung liegen meistens gerade in einem Zwist zwischen dem Ortschulinspektor und dem Lehrer. Es sind oft gerade die tüchtigsten Lehrer, die im Vertrauen auf ihr Können ein Selbstbewußtsein zeigen, das dem Ortschulinspektor nicht gefällt.

Ministerialdirektor Schwarztopf erklärt, die Erzählung, daß der Minister die Wehrzahl der Lehrer als Aitheisten und Sozialisten bezichtigt habe, sei erfunden.

Das Haus vertagt sich. Persönlich bemerkt

Abg. Kopsch (fr. Sp.), daß der Minister erklärt habe, die Wehrzahl der Lehrer seien Sozialisten und Aitheisten, sei ihm von einem hertretenden Schulmann mitgeteilt. Er sei bereit, dem Minister den Namen des selben mitzuteilen.

Nächste Sitzung: Sonnabend, 11 Uhr (Fortsetzung der heutigen Beratung des Staatsvertrages wegen der Kanalisierung des Rhins.)

Schluß: 4 1/2 Uhr.

Kreiskonferenz des Reichstagswahlkreises West-Preignitz.

Im Reichstagswahlkreis Westpreignitz hielten die Parteigenossen am Sonntag, den 20. Mai, eine außerordentliche Kreiskonferenz in Wittenberge ab.

Außer dem Kreiswahlkomitee waren elf Orte des Kreises durch Delegierte vertreten, ferner als Vertreter der Agitationskommission der Genosse Karl Schulz-Berlin, als Delegierter des westlichen Berliner Reichstagswahlkreises der Genosse Karl Fischer und als Vertreter der Presse der Genosse Sudow-Brandenburg.

Der Kreisvertrauensmann, Genosse Heronowski, erstattete Bericht über die Situation im Kreise. Leider müsse gesagt werden, daß, ausgenommen Wittenberge, die Agitation in den Städten sowohl als auf dem Lande noch sehr darnieder läge. Die Gründe hierfür seien in erster Linie in der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Arbeiter, des Ferneren in der leidigen Sozialfrage zu suchen. Im ganzen Kreise stehe, mit Ausnahme von Wittenberge, den Genossen nicht ein Lokal zur Abhaltung von Versammlungen zur Verfügung. Drohende Polizeisanktionen und Konfessionsverfälschung bestimmen die Wirte zur Saalverweigerung.

Die finanziellen Verhältnisse sind folgende: In der Zeit vom 1. September 05 bis 20. Mai 06 war eine Einnahme von 703,61 M. und eine Ausgabe von 609,00 M. zu verzeichnen, so daß 93,85 M. als Kasseebestand verbleiben.

In der Diskussion gehen Reichs-Havelberg und Schwarz-Perleberg näher auf die lokalen Verhältnisse ihres Ortes ein.

Ueber Agitation und Organisation referierte Genosse Schulz-Berlin. Zum Schluß forderte er, daß die Genossen der Westpreignitz einen Zentralwahlverein bilden sollten. Ein Statut dafür sei den örtlichen Vertrauensleuten frühzeitig genug unterbreitet worden.

Nachdem die einzelnen Paragraphen durchberaten sind, wird dieses Statut einstimmig angenommen.

Dann wurde ein ebenfalls vom Genossen Schulz vorgelegtes örtliches Statut durchberaten und ebenfalls einstimmig als für die einzelnen örtlichen Vereine maßgebend bestimmt.

Ueber die Presse referierte Genosse Sudow-Brandenburg. Er erwähnte die Genossen, eifriger als bisher in die Werbearbeit für die Parteipresse, die „Wandener Zeitung“, einzutreten.

Eine dahingehende früher bereits beschlossene Resolution wurde den Genossen in Erinnerung gebracht.

Nachdem als Sitz des zu wählenden Zentralvorstandes Wittenberge bestimmt worden, schritt die Konferenz zur Wahl. Zum ersten Vorsitzenden wurde Genosse Heronowski, zum zweiten Vorsitzenden Karl Schmidt, zum Kassierer Ernst Simon, zum Schriftführer Wilh. Guischnid und zum Beisitzer Fritz Damppe gewählt.

Zu Revisoren bestimmte die Konferenz: Aug. Lehmann-Glöwen, Friedrich Schwarz-Perleberg und Bogi-Wittenberge.

Unter Anträgen und Verschiedenes wurde der Statutenentwurf für die Provinz Brandenburg zur Debatte gestellt.

Vom Genossen Sudow wurde dazu ein Antrag des Kreises Brandenburg-Westhaveland vorgelegt.

Die längere Begründung Sudows ging dahin, daß niemand daran denke, die Aktionsfähigkeit Groß-Berlins irgendwie zu behindern, jedoch dürfe Berlin sich nicht eine andere Organisation geben als die Provinz. Durch die nur von Berlin gewählte Agitationskommission würde die Provinz beschränkt, und da gegen müßten sich die einzelnen Kreise energisch wehren.

Genosse Fischer führte den Anwesenden vor Augen, welche Konsequenzen der Brandenburgische Antrag nach sich ziehen würde. Es würden danach wohl die agitatorisch besser gestellten Kreise Einfluß auf die Gestaltung der Dinge haben, dagegen die schwächeren noch schlechter dastehen als bisher.

Schulz legte klar, warum Berlin seine eigene Organisation haben müsse. Die gegen die Agitationskommission eingewandten Moniten wären so fadenfädeniger Natur, daß wohl Genosse Sudow selbst, wolle er ehrlich sein, zugeben müsse, daß gerade das Gegenstück seiner Behauptung wahr wäre. Die Kommission arbeite lediglich im Interesse der Partei, und da jedes einzelne Mitglied

Danach freude, die Provinzialvereine so selbständig wie möglich zu machen, falls das Argument von der Bevormundung einfach ins Wasser. Hatte ihn Genosse Sydow vorher davon unterrichtet, daß er gewillt sei, dieses Thema auf der Konferenz anzuführen, so hätte er, Schulz, sich mit noch anderem Material versehen und dann eventuell die Gründe Sydows noch besser widerlegen können.

Der Entwurf der Agitationskommission und der Antrag Brandenburg wurden darauf den einzelnen Orten zur Beratung übergeben.

Nach einer anfeuernden Ansprache des Genossen Karl Schmidt an die Teilnehmer der Konferenz wurde sie gegen 7 Uhr mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die völkervereinende Sozialdemokratie geschlossen.

## Wendepunkte der neueren deutschen Geschichte.

### 5. Der Sieg der preussischen Krone. (1866-71.)

In seinem fünften Vortrage, den er am Montag in Rekersaal hielt, führte Genosse Dr. Raurendrecher ungefähr folgendes aus:

Die Kleinbürgerlich-Kleinbäuerliche Demokratie ist 1849 abgetan worden. Die demokratische Bewegung wurde in den Kämpfen in Baden im Blutbade erstickt. Sie hat sich seitdem nicht mehr emporgerungen. Im Frankfurter Parlament vereinigte sich die Demokratie mit der Erbthronpartei, die das Programm aufgestellt hatte: Konstitution in Preußen, Erhebung Preußens zum führenden Bundesstaat in Deutschland. Das war die erste Partei, die ein klares politisches Programm hatte, hinter dem reale Interessen, nämlich die der Bourgeoisie standen. Die Revolutionskämpfe von 1848 und 1849 hatten aber der Bourgeoisie die Ueberzeugung beigebracht, daß sie bei der Krone, die über das Nachtmittel der Krone verfügte, Schutz finden könne vor einem Wiedereinbruch der Revolution. Deshalb stellte sich die Bourgeoisie als Schild vor die Dynastie, sie schloß ein Kompromiß mit derselben in dem Augenblick, wo die Bahn frei gewesen wäre, um einen wirklich demokratischen Staat ins Leben zu rufen. — Nachdem die Erbthronpartei aus dem Frankfurter Parlament ausgestiegen war, spaltete sie sich in zwei Richtungen: die Gotthard und die Köhnerer. Die erste fand sich mit den Verhältnissen, wie sie sich nach den Revolutionskämpfen gestaltet hatten, ab und erklärte sich damit zufrieden, daß nunmehr die preussische Krone die deutsche Einheit in ihrem Sinne verwirklichen werde. Die Köhnerer dagegen, die Köhnerer protestierten gegen die Aufspaltung des Dreiklassenwahlrechts und proklamierten die Enthaltung von den Wahlen und der parlamentarischen Betätigung. Beide Richtungen dokumentierten durch ihr Verhalten, daß die Bourgeoisie als Partei erledigt war, aber sie hatte noch nicht jede Möglichkeit, bei der Gestaltung der politischen Verhältnisse mitzuwirken, verloren. Die preussische Krone hatte im März 1848 dem Volkswahlrecht gegenüber nachgegeben, um das Volk für ihren Plan: die deutsche Einheit unter preussischer Führung zu verwirklichen, zu gewinnen. Aber das gelang nicht, denn die demokratische Bewegung war schon zu weit fortgeschritten. Um zu ihrem Ziele zu kommen, schloß sich die preussische Krone mit Sachsen und Hannover zu dem Dreiklassenbund zusammen, der aber auch nicht zum Ziele kam, weil Oesterreich- und die deutschen Kleinstaaten sich gegen diese Pläne erhoben. So kam anfangs 1850 die Demütigung Preußens in Olmitz, die Unterwerfung Preußens unter den Willen Oesterreichs und die volle Wiederherstellung des deutschen Bundes von 1815. — Nur das Dreiklassenwahlrecht in Preußen ist aus der Zeit des Dreikönigsbundes geblieben.

Die Situation war nun so: Die Krone Preußens hat 1848/49 der Volksbewegung einiges nachgegeben, sie hat die Verfassung und den Landtag eingeführt und darüber hinaus aus Furcht vor der Revolution ein Wahlrecht eingeführt, welches den Landtag der Bourgeoisie ausstuferte, sobald sie sich entschloß, von demselben Gebrauch zu machen. Die demokratische Partei war erledigt, die Bourgeoisie aber hatte noch nicht alle Trümper verloren. Die proletarische Bewegung, vertreten durch Marx und Engels in der „Neuen Rheinischen Zeitung“, hatte das klarste nationale Programm: Einheitliche unteilbare deutsche Republik. Aber diese Bewegung hatte auf die Gestaltung der politischen Verhältnisse im Jahre 1849 fast gar keinen Einfluß, weil keine Klasse hinter ihr stand. Die Arbeiterklasse war noch nicht zum politischen Bewußtsein erwacht, und die Demokratie sowie die Bourgeoisie konnten sich nicht für die deutsche Einheitsrepublik erklären, weil sie bereits mit der Dynastie Gemeinschaft gemacht hatten. Die proletarische Bewegung, die damals erst im Programm und im Gedanken existierte, konnte daher von der preussischen Regierung kaum gelehrt werden durch das Verbot der „Neuen Rheinischen Zeitung“ im Mai 1849. Damit war es mit der proletarischen Politik in Deutschland einstweilen vorbei. Aber man mußte sich sagen, diese vorläufig unterdrückte Bewegung kann wieder entstehen, wenn die Arbeiterklasse erst besser durchgebildet ist. Das Wiedereinsetzen der proletarischen Bewegung trat denn auch in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ein.

Die Zeit bis 1866 war politisch tot. Die Ursache davon ist nicht nur die Niederwerfung der Revolution, sondern für das Bürgertum kam noch ein anderer Grund hinzu, nämlich der: Die Jahre 1849 bis 1857 brachten eine enorme Entwertung des Kapitals, die zusammenhängend mit der damaligen Entdeckung der kalifornischen und der australischen Goldfelder. Es ist eine geschichtliche Erfahrung, daß die Bourgeoisie, wenn sie gute Geschäfte macht, für die Politik kein Interesse hat. Nur in Zeiten schlechten Geschäftsganges kam die Bourgeoisie revolutionär werden. — Als 1857 die wirtschaftliche Krise in Europa einsetzte, als für die Kapitalisten die Zeit mühseligen Erwerbes durch Gründungen vorüber war und Geschäfte nur noch auf sicherer kalkulatorischer Grundlage gemacht werden konnten, da wandte sich die Bourgeoisie wieder der politischen Bewegung zu. Die Verwirklichung des bürgerlichen Einheitsstaates in Italien war für die deutsche Bourgeoisie das Signal, wieder mit der politischen Tätigkeit einzusetzen. Der erste Schritt auf diesem Wege war im Herbst 1859 die Gründung des Nationalvereins, der die Einheit Deutschlands auf sein Programm setzte.

Ein merkwürdiger Zufall war es, daß sich auch um dieselbe Zeit die preussisch-dynastische Bewegung wieder belebte. Während Friedrich Wilhelm IV. nicht mehr gewagt hatte, gegen Oesterreich zu marschieren, sammelten sich um den Prinzen von Preußen, den nachherigen König Wilhelm I., alle jene Personen, die für die deutsche Einheitsbewegung unter preussischer Führung eintraten, und die erbittert waren über Oesterreichs Vorherrschaft in Deutschland. Die alte Aktionskraft begann sich wieder zu regen. Als dann der Prinz von Preußen die Regentenschaft an Stelle seines geistig erkrankten Bruders übernahm, war das erste, was er tat, die Entlassung des konservativen Ministeriums und die Berufung von Ministern, welche nach der liberalen Seite hinneigten. Daß der Prinzregent gerade solche Männer zu Ministern berief, war eine nicht zufällige Erscheinung, die dem Einfluß seiner Frau zuschreiben sein mag, welche als Weimarer Prinzessin in den Traditionen der Goethezeit lebte. — Als so der Prinzregent 1858 seine Regierung antrat, sahen sich die Bourgeoisie eine neue Möglichkeit gegeben, um ohne Wiederholung der „Tollheiten von 1848“ ein Stück parlamentarischer Gewalt zu bekommen. Jetzt blieb der Bourgeoisie nichts übrig, als dem liberalen Ministerium auch einen liberalen Landtag an die Seite zu stellen. Bisher hatte der preussische Landtag eine konservative Mehrheit, weil sich die Köhnerer Richtung der Liberalen nicht an den Wahlen beteiligen konnte. Jetzt erkannten die Köhnerer das Dreiklassenwahlrecht, welches sie bisher bekämpft hatten, als Grundlage des Staates an. Goßner, Köhnerer und die Reihe der Demokraten schlossen sich zusammen, um eine Landtagsmehrheit zu schaffen, mit der die Minister regieren konnten. So entstand die liberale Ära in Preußen in den Jahren 1858-61. Aber sie stand nur auf schwachen Füßen. Das Bürgertum glaubte, es könne ohne Kampf zur politischen Herrschaft kommen. Dieser Glaube war die Lohndiener des Liberalismus, er hat ihm alle Kraft getrieben und seine günstige Position vollständig zu seinen Ungunsten verschoben.

Schon im ersten Jahre der liberalen Ära zeigte die Regierung und besonders der Prinzregent persönlich, daß es sich für ihn nur um die Stärkung der Militärmacht sowie um seine eigene Machtstellung innerhalb des Militärs handelte. 1859 forderte die Re-

gierung die Militärreform: Verdoppelung der Stärke der Armee und Einführung der dreijährigen an Stelle der damals geltenden zweijährigen Dienstzeit. Diese Reform wurde als notwendig bezeichnet zum Kampfe gegen die Vorherrschaft Oesterreichs. — Die Vermehrung der Armee konnte vom Standpunkt der Bourgeoisie aus angenommen werden. Das war auch für sie kein Streitobjekt. Aber sie wandte sich gegen die dreijährige Dienstzeit, weil das dritte Dienstjahr für die militärische Rechnung überflüssig ist, sondern vielmehr dazu benutzt wird, um den Soldaten durch Drill zu einem zuverlässigen Werkzeug der Krone zu machen. Hier handelte es sich also für die Bourgeoisie um ein Machtprogramm. — Der Prinzregent begann die liberale Ära mit einem Programm, welches bestimmt war, die Macht der Krone zu stärken, und die Bourgeoisie hatte darauf keine klare Antwort. Der Liberalismus tat angefaßt die Militärreformvorlage das dämmste, was er tun konnte. Er bewilligte sie nicht und lehnte sie auch nicht ab, sondern drückte sich die Entscheidung herum. So hatte die Regierung die Möglichkeit, ihre Militärreform durchzuführen.

Erst 1862, nachdem die dreijährige Dienstzeit schon seit drei Jahren bestand und die Heeresvermehrung durchgeführt war, kam es zum Konflikt. Der Liberalismus lehnte den Militäretat ab, weil der König die zweijährige Dienstzeit, die die Liberalen zur Bedingung ihrer Zustimmung zur Heeresvermehrung machten, nicht wieder einführen wollte. Aus Anlaß dieses Konfliktes kam im Sommer 1862 das Ministerium Bismarck. — Der Liberalismus spielte sich jetzt als Verfechter der verfassungsmäßigen Rechte auf, welche die Regierung verletzt habe, indem sie ohne Zustimmung des Landtags die Militärreform durchführte. Aber die Verfassung, auf deren Boden sich der Liberalismus stellte, das war die ausgefallene Verfassung, die, was Lassalle zu jener Zeit am schärfsten betonte, noch keinen Augenblick zu Recht bestand. Daß sich der Liberalismus auf den Boden dieser Verfassung stellte, das zeigt deutlich, daß er nur ein Rückzugsgesicht führte.

Nachdem die Regierung ihre Militärpläne gegen den Willen der Landtagsmehrheit durchgeführt hatte, da hätte der Liberalismus jede Beteiligung an den parlamentarischen Arbeiten ablehnen müssen. Statt dessen strid er nur die Militärforderungen aus dem Etat, verhandelte aber mit der Regierung weiter und bewilligte andere Etatspositionen. Zum parlamentarischen Streit, der aller Welt gezeigt hätte, daß in Preußen der nackte Absolutismus herrscht, konnten sich die Liberalen nicht aufraffen.

Charakteristisch ist der Umschwung in der Anschauung über das Wahlrecht, der sich sowohl bei den Liberalen wie bei der Regierung vollzog. Nachdem sich die Liberalen allgemein an den Wahlen beteiligt und die absolute Mehrheit im Abgeordnetenhaus erlangt hatten, da sahen sie, daß es für die Bourgeoisie kein Besseres als das bisher von ihnen gebrauchte preussische Dreiklassenwahlrecht geben kann, und nun fand der Liberalismus in dem allgemeinen Wahlrecht, das zu seinen Programmforderungen gehörte, einen Hafen. Von nun an lehnten es die Liberalen ab, zum Dreiklassenwahlrecht Vorschläge zu stellen. — Als der von Lassalle 1863 gegründete Allgemeine deutsche Arbeiterverein die Fortschrittspartei — wie sich die Liberalen damals nannten — erjudete, das allgemeine Wahlrecht zu fordern, da antwortete die Fortschrittspartei, sie könne jetzt nicht für das allgemeine Wahlrecht eintreten, da noch das Grundrecht des Volkes, nämlich das Recht der Budgetbewilligung in Frage stehe. — Hinter solchen bombastischen Reden verbarg sich die Ansicht, daß das allgemeine Wahlrecht der Bourgeoisie gefährlich werden könnte.

Nachdem das Dreiklassenwahlrecht der Bourgeoisie die Mehrheit im Abgeordnetenhaus gebracht hatte, fand auch die Regierung einen Hafen in diesem Wahlrecht, und nun war es Bismarck, der den Gedanken des allgemeinen Wahlrechts vertrat. Er rechnete so: Ein nach der Höhe des Einkommens abgestuftes Wahlrecht muß der Bourgeoisie unter allen Umständen die Mehrheit bringen. Unter dem allgemeinen gleichen Wahlrecht dagegen werden die unorganisierten und unorganisierten Volksmassen — das Kleinbürger- und Bauerntum — gegen die Bourgeoisie und für die Regierung stimmen, namentlich, wenn eine ausgiebige, auch amtliche, Wahlbeeinflussung zugunsten der Regierung getrieben wird. — Zu derselben Zeit warf auch Lassalle den Gedanken des allgemeinen gleichen Wahlrechts in die politische Arena. Aber während Bismarck das allgemeine Wahlrecht zur Stärkung der monarchischen Macht einführen wollte, forderte Lassalle das allgemeine Wahlrecht, um die politische Macht in die Hand des Volkes zu legen. In diesem Sinne fürchtete die Fortschrittspartei das allgemeine Wahlrecht und lehnte es ab.

Zu der Frage des Wahlrechts kam in den politischen Erörterungen jener Zeit noch eine andere Frage: Soll die deutsche Einheit auch die deutschen Provinzen Oesterreichs einschließen oder nicht. — Die bisherigen Einheitsbestrebungen setzten den Einfluß von Deutsch-Oesterreich als selbstverständlich voraus. Die preussische Krone dagegen hatte eine andere Tendenz, denn preussische Führung in Deutschland war erst möglich, wenn Oesterreich hinausgedrängt war. Da Oesterreich sich aber nicht freiwillig aus dem deutschen Bundes fernern würde, so war Bismarcks Programm: einen Krieg gegen Oesterreich zu entfesseln, Oesterreich zwangsweise aus dem deutschen Bunde zu entfernen, damit Preußen die Führung in Deutschland übernehmen könne.

Dieser Plan Bismarcks erschien den Liberalen grauhaft. Das Bürgertum betrugete Deutschland als eine ideale Einheit, ihm erschien ein deutscher Bürgerkrieg als etwas unerhörtes, und Bismarcks Plan erschien deshalb den Liberalen als Kabinettspolitik und Landesverrat. — Das beste Mittel gegen die Politik Bismarcks wäre es gewesen, wenn der Nationalverein eine Nationalversammlung nach Frankfurter Muster einberufen hätte, die den Versuch gemacht haben würde, die dynastischen Streitigkeiten zu entscheiden und die Frage auf diese Weise zu lösen. — Aber der Nationalverein tat nichts dergleichen. Er erließ am 14. Mai 1866 nur einen Aufruf an seine Mitglieder, die er aufforderte, gegen den Bürgerkrieg und für die Einberufung eines deutschen Parlamentes zu agitieren. Das geschah zu einer Zeit, wo sich die preussischen Regimenter rüsteten, um nach Sachen zu marschieren. — Sobald mit eisernen Büchsen gespielt werden sollte, trotz der Vorwand des Nationalvereins hinter seine Mitglieder und was er von ihnen verlangte, das war nichts anderes, als daß sie am Westlich grobe Reden führen sollten.

Im Gegensatz zu dem Verhalten des Nationalvereins steht eine Aktion, welche die Arbeiter, so schon sie auch noch waren, unternahmen. Im „Sozialdemokrat“, dem durch von Schweitzer redigierten Blatte des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, wurde das Verhalten des Nationalvereins als unsinnig und töricht bezeichnet und ausgeführt, daß die deutsche Einheit nur zu erlangen sei durch eine deutsche Revolution im Anschluß an den Krieg zwischen Preußen und Oesterreich. Auch Bebel erklärte damals in Leipzig, es komme jetzt nicht auf die Erhaltung des Friedens an, sondern vielmehr darauf, daß das Volk auf seiner Hut sei, daß sich aus dem Kriege zwischen den beiden Kabinetten die deutsche Revolution entwickle, welche die deutsche Einheit in demokratischem Sinne verwirkliche.

Das war die Stimmung der jungen Arbeiterpartei. Sie war noch nicht hart genug, um handelnd in den Gang der Dinge einzugreifen, aber sie war sich bewußt, daß dieser Krieg die letzte Gelegenheit sein würde, um die demokratische deutsche Einheit durchzuführen. — Alle Erwartungen, die man in dieser Hinsicht an den Krieg von 1866 knüpfte, sind durch den unerwartet raschen Sieg Preußens über den Haufen geworfen worden. Man hatte mit einer längeren Dauer und wechselnden Erfolgen des Krieges gerechnet. So wäre Zeit gewesen, um eine große Volksbewegung zugunsten der demokratischen Einheit anzufachen. Das ist nun durch den raschen Sieg Preußens unmöglich geworden.

Der Sieg der preussischen Einheitsbewegung war nun entschieden. Nach ihrem Siege im Felde war die preussische Regierung stark genug, um den Liberalen die Hand zu reichen und um Indemnität wegen der verfassungswidrigen Ausgaben der Vorjahre nachzusuchen, die ihr denn auch gewährt wurde. Die Gewährung der Indemnität ist schon dadurch eine klägliche Sache, daß die Liberalen dadurch anerkannten, die Regierung sei sachlich im Recht gewesen, aber noch kläglicher wird diese Angelegenheit dadurch, daß die Regierung ausdrücklich erklärte, sie gebe keine Garantie dafür, daß sie in Zukunft nicht noch einmal verfassungswidrig regieren werde. Trotz dieser

Kriegserklärung stimmte die überwältigende Mehrheit der Liberalen, die sich nun nationalliberale Partei nannten, der Indemnitätsvorlage zu, es kam ihnen nur darauf an, sich aus der schiefen Lage zu ziehen, in die sie sich während der vorhergehenden Jahre gebracht hatten. In dieser Frage hat die Krone, aber nicht der Liberalismus gesiegt. Was 1866 und 1871 zum Siege gelangte, das ist die dynastische Politik des Königs von Preußen, die 1849 schon dem Siege nahe war, aber durch Oesterreichs und Russlands daran verhindert wurde. — Die bürgerliche Tendenz der deutschen Einheit ist zu jener Zeit zum zweiten Male und zwar endgültig besiegt worden. Von den vier Einheitsbewegungen, die sich 1848 gegenüber standen, ist jetzt nur noch übrig geblieben die preussisch-dynastische, die gesiegt hat, und die proletarisch-demokratische, die in der nun folgenden Zeit seine Formen annahm. — Wie nun diese beiden Mächte mit einander ringen, wie die proletarisch-demokratische Bewegung das Erbe der alten Einheitsbewegung übernimmt, die nur in der steigenden Arbeiterbewegung ihren Zentralpunkt findet, und wie der Liberalismus mehr und mehr von seinem alten Programm aufgibt, das soll im nächsten und letzten Vortrage gezeigt werden.

## Versammlungen.

### Erklärung.

Die Erklärung des Genossen Gerlich in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ habe ich mit großem Erstaunen gelesen, denn sie steht in direktem Widerspruch mit den auf diese Sache getanen Äußerungen des Genossen Ebert in der Versammlung am Sonntagabend.

Der Genosse Ebert sagte laut Versammlungsbericht des „Vorwärts“ (und der „Vorwärts“ gibt diese Stelle richtig wieder):

„Ja, der Genosse Gerlich hat an jenem Morgen, als wegen dieser Angelegenheit die erste Unterredung zwischen ihm und Cohen stattfand, zu Cohen sogar ausdrücklich gesagt: „Wenn Euer Bedarf nicht gerade in die Hunderttausende geht, dann wird keine Sammlung vorgenommen.“

Nach dieser in bestimmtester Weise vorgebrachten Äußerung müßten wir annehmen, die Erklärung des Genossen Gerlich soll am Freitag, den 4. Mai, früh (die Zeit der ersten Unterredung) erfolgt sein.

Was aber erklärt der Genosse Gerlich im gestrigen „Vorwärts“?

Am Morgen nach der Sitzung der Berliner Parteifunktionäre traf ich den Genossen Cohen im Bureau usw.

Am Morgen nach der Sitzung der Parteifunktionäre war aber Sonnabend, den 5. Mai, früh.

Werkwähig ist es ja nun, daß dem Genossen Ebert bei der Wiedergabe der Erklärung des Genossen Gerlich gerade in Bezug auf die Zeit, wo diese Äußerung gefallen sein soll, ein solch bedeutungsvoller Irrtum unterläuft. Denn zwischen Freitag früh und Sonnabend früh fand die Sitzung in Ober-Schöneweide statt, in welcher ich die bekannte Äußerung tat.

Doch die ganze Angelegenheit soll, wenn ich es verhindern kann, keine Sechstage werden, deshalb will ich den Faden auch nicht weiter spinnen. Aber darauf muß ich noch hinweisen, bei meiner Äußerung vom Sonnabend, den 19. d. M., bez. der 100 000 M. bleibe ich, aber selbst wenn die Äußerung des Genossen Gerlich getan ist, konnte sie, weil am Sonnabend erfolgt, auf meine Äußerungen am Freitag keinen Einfluß ausüben.

Berlin, den 23. Mai 1906.

Adolf Cohen.

Hierzu will ich bemerken, daß es sachlich ganz gleichgültig ist, ob der Genosse Gerlich die fragliche Mitteilung am 4. oder am 5. Mai dem Genossen Cohen gemacht hat, weil Cohen — wie er in seiner Erklärung im „Vorwärts“ vom 18. Mai auch selbst zugibt — am Montag, den 7. Mai, also immer noch zwei Tage später, dem Genossen von Ober-Schöneweide erklärte: „Wenn Ihr von der Partei auch nur 1000 M. losmacht, dann kommt Ihr mehr wie Brot essen.“

Auf weitere Auseinandersetzungen werde ich mich nicht mehr einlassen, da die von Cohen besprochenen Tatsachen nun maßlich zur Genüge festgestellt sind.

Fr. Ebert.

In der Erklärung des Genossen Ebert in der Donnerstagsnummer muß es natürlich nicht „Konstitutionsnorm“, sondern „Konstitutionsregeln“ heißen.

Die Erklärung des Genossen Cohen ging uns schon am Mittwoch zu, leider zu einer Zeit, in der wir über den Raum des Blattes schon disponiert hatten. Wir bringen sie deswegen erst heute.

Der Handels-, Transport- und Verleiherarbeiter-Verband, Ortsverwaltung I, hielt am 10. Mai seine ordentliche Generalversammlung für das erste Quartal ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erließ die Versammlung das Mandat von 18 Kollegen, welche im Laufe des Quartals verstorben sind. Sodann teilte der Bevollmächtigte mit, daß der Verbandsauschuß den Antrag der Berliner Generalversammlung auf Bewilligung einer Leuzenrogelung für die Verbandsbeamten abgelehnt habe. Nach Vorbericht über die zurzeit bestehenden Streiks und Pal-Aussparungen gab der Kassierer Steinke den Kassierbericht. Der Bericht zeigt folgende Zahlen: Einnahme (inkl. eines drückenden Kassensandes von 29 125,80 M. am 31. Dezember 1905) insgesamt 104 572,90 M., Ausgabe 82 295,83 M., mithin am 1. April ein östlicher Kassensand von 22 277,07 M. Der Ueberfluß beträgt 3151,18 M. An die Hauptkasse wurden 54 252,90 M. abgeliefert; dieselbe zahlte an die Mitglieder der drückenden Verwaltung für Kranken- und Sterbehilfe, Arbeitslosen-, Rechtschutz- und Streikunterstützung 21 643,80 Mark. Die Mitgliederzahl betrug am 1. April 17 043 männliche und 553 weibliche. Der Kassierer bemängelte, daß noch eine große Anzahl Mitglieder mit ihren Einbeiträgen während der Aussparung in der Elektroindustrie im Rückstand sind.

Hierauf gab Härling folgenden Bericht über den Arbeitsnachweis: Arbeitslos waren am Schlusse des 4. Quartals 1905 143 Kollegen, im Laufe des 1. Quartals meldeten sich neu 1305 Kollegen, zusammen also 1447 Kollegen. Arbeitslos blieben am Schlusse des 1. Quartals 96 Kollegen. 303 unterfügungsberechtigte arbeitslose Kollegen erhielten für 4911 Tage 1453,25 M. insgesamt Arbeitslosenunterstützung.

Ueber die weitere Anstellung von zwei Beamten für die Verwaltung Berlin I berichtet Werner, daß 21 Kollegen ihre Bewerbungsgesuchen eingereicht haben. Aus der Reihe der Bewerber habe der Hauptvorstand und die innere Verwaltung die Kollegen Ertmann-Hamburg und Wela-Wia-Wia-Berlin zu Beamten in Vorschlag gebracht. Die erweiterte Ortsverwaltung habe diesen Vorschlag jedoch nicht gutgeheißen, dieselbe schlug dem Hauptvorstand die Kollegen Franke-Rigdorf und Lamprecht-Hamburg vor. Nach Lage der Sache empfehle er der Generalversammlung ebenfalls, dem Vorschlag der erweiterten Verwaltung beizutreten. Ueber diese Angelegenheit entspinnt sich eine längere lebhaftige Debatte, die schließlich damit endet, daß die Versammlung beschließt, die Anstellungsfrage nochmals dem Zentralvorstand und der erweiterten Verwaltung zur gemeinsamen Beratung zu überweisen. Wegen Streikbruchs werden sodann die Mitglieder Otto Dörr, Franz Vort, Paul Zehm, Ferd. Zehm, Karl Brause, Karl Schnack und Oskar Schäfer von der Versammlung aus dem Verbands ausgeschlossen.

## Eingegangene Druckschriften.

Platz. Klügliche Bogenchrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Bernhart). 21. Heft. (Wannemanns einschlägliche der Finanz-Wirtschaftslehre der Volk und Wirtschaftslehre 3,50 M., durch vom Verlag 4 M. Verlag Berlin-Charlottenburg, Gorchstr. 60.)  
A. Petrovic. Wahrheit und Trug im Sozialismus. 144 Seiten Preis 2 M. Verlag G. Reuther, Berlin W. 30.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.  
 Haupt-Bureau: Engel-Wer 15, Zimmer 1-5, Fernsprecher: Amt IV, 9679.  
 Arbeitsnachweis: Zimmer 21, Amt IV, 9353.

Sonntag, den 27. Mai 1906, vormittags 10 Uhr,  
 im Lokal von Paul Litka, Bismarckstr. 67:

## Branchen-Versammlung

aller in der Metall- und Eisenindustrie beschäftigten  
**Hobler, Bohrer, Stoßer u. Fräser**

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Kollegen Karl Schmidt über: „Der Einfluss der Unternehmer auf die Preisgebung“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Montag, den 28. Mai 1906, abends 8 Uhr,  
 im großen Saal von Buggenhagen, Kirchplatz, Dammstr. 147:

## Versammlung

der  
**Metallschleifer, Galvaniseure,  
 Hülsenarbeiter u. Arbeiterinnen**

Tages-Ordnung:  
 1. Jahresbericht der Kommission. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Branchenvorstehers sowie der gesamten Kommission. 4. Verschiedenes.  
 Kollegen! Da in dieser Versammlung alle Kollegen in der Kommission neu bezeugt werden müssen, erwarten wir zahlreiches Besetztsein.  
 Keine Wertpapiere darf fehlen!

Montag, den 28. Mai 1906, abends 8 1/2 Uhr, in Frankes  
 Postsälen, Sebastianstr. 39:

## Allgemeine Versammlung

der **Mechaniker, Uhrmacher, Optiker**  
 u. in den Betrieben beschäftigter Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Kollegen Dittell über: „Die Wirtschaft des Proletariats“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Montag, den 28. Mai 1906, abends 6 1/2 Uhr, in Wildau,  
 im Lokal von Schumann, früher Nölke:

## Mitglieder-Versammlung

für **Königs-Musterhausen und Umgegend.**

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Kollegen Schmidt. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.  
 Jedes Mitglied hat sein Verbandshuch mitzubringen.  
 NB. Die Kasse des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes befindet sich beim Kollegen Aug. Pürschel, Königsmusterhausen, Bahnhofstr. 1.  
 119/19 Die Ortsverwaltung.

## Verband der Sattler

Ortsverwaltung Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die nächsten Branchenversammlungen an nachfolgenden Tagen stattfinden:

- Geschirrebranche: Mittwoch, den 30. Mai.
  - Treibriemenbranche: Sonnabend, den 26. Mai.
  - Taschen, Koffer- und Galanteriebranche: Donnerstag, den 31. Mai.
  - Militärbranche: Sonnabend, den 26. Mai.
  - Binosenleger und Teppichnäher: Donnerstag, den 31. Mai.
  - Wagenbranche: Mittwoch, den 30. Mai.
  - Eisenmöbel- und Lederfußpolsterer: Mittwoch, den 30. Mai.
  - Sektion Charlottenburg: Montag, den 28. Mai.
- Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder in diesen Versammlungen erwartet  
 Die Ortsverwaltung.

Sonabend, den 23. Juni, in der „Neuen Welt“,  
 GutsMuths-Platz 109-114:

## Großes Sommer-Fest

veranstaltet von den Verbänden der  
**Sattler, Portefeuller und Vergolder.**

**Konzert** der 40 Mann starken Handkapelle unter  
 Leitung des Musikdirektors Herrn Bothe.  
**Gala-Spezialitäten-Vorstellung** des gelehrten Künstler-  
 Ensembles und  
**Feuerwerk.**

Von 8 Uhr an **Großer Ball.** Daran teilnehmende Herren  
 im Mensural; zahlen 50 Pfennig nach.  
 Bei eintretender **Gr. Fackelpolnaise,** wobei jedes Kind eine Spezial-  
 Dunkelheit: laterne gratis erhält.  
 Die Kaffeeküche steht den Damen von 3 Uhr ab zur Verfügung.  
 Anfang des Konzerts 4 Uhr nachm. Eintritt 25 Pf.  
 Billets sind bei den Werkstätten-Vertrauensleuten sowie im Bureau zu haben.  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
 Das Vergügungs-Komitee.  
 Fritz Habermann, Waldemarstr. 67.

## Verband der Fabrik-, Land-, Hülsenarbeiter

und Arbeiterinnen Deutschlands.  
 Zahlstelle Berlin.

Bureau: Lindenstr. 215. Geöffnet von 9-1 und 4-9. — Tel.: Amt 9, 939.  
 Sonntag, 27. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, in den Rastler-Sälen,  
 Kaiser Wilhelmstr. 18m (großer Saal):

## Außerord. Mitgliederversammlung.

Tages-Ordnung:  
 1. Stellungnahme zum Verbandsrat.  
 a) Anträge. b) Aufstellung der Delegierten.  
 2. Beschlußfassung über die zurückgestellten Anträge (Malsier).  
 — Buch legitimiert.  
 Die Ortsverwaltung.

## Zentralverband der Böttcher

und deren Hülsenarbeiter Deutschlands.  
 (Filiale Berlin.)

Montag, den 28. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Merkowski,  
 Hindenburgstr. 36:  
**Außerordentliche  
 Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung: 1. Bericht über den Streik in der Buch-  
 branche. 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.  
 Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig.  
 Der Vorstand.

# Möbelpolierer!

Montag, den 28. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

## Branchen-Versammlung

im **Königsstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72.**

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Stabsverordneten Genossen F. Kotzko über  
 Kommunalpolitik. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Ver-  
 schiedenes.  
 In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet starke Be-  
 teiligung  
 Die Branchenleitung.

## Achtung! Mitglieder Achtung!

der  
**Zentral-Franken- u. Sterbekasse d. Tischler**  
 und anderer gewerbl. Arbeiter.  
 (Eingeführt: Hülfskassen Nr. 3. — Verwaltung Berlin G.)

## Versammlung

am **Dienstag, den 29. Mai, abends 8 1/2 Uhr,**  
 im „Freischütz“ (Znh. Flecht), Fruchtstr. 36.

Tages-Ordnung:  
 1. Kassenbericht vom ersten Quartal 1906.  
 2. Statutenberatung.  
 3. Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung nach  
 Blankenburg.  
 4. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung.  
 5. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Da in dieser Versammlung event. wichtige Beschlüsse betreffs § 12  
 (Krankenunterstützung) gefaßt werden, ist es Pflicht eines jeden Mit-  
 gliedes, zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Im Anschluß an die Wahl der Delegierten zur Generalversamm-  
 lung findet die Wahl der Delegierten zur Frauen-Sterbekasse statt.  
 Wir ersuchen daher die Mitglieder, deren Frauen Mitglied genannter  
 Kasse sind, die Mitgliedsbücher mitzubringen.  
 Die Ortsverwaltung.

## Mutfabrik Carl Renz

3. Oranienstraße 3. 11409\*

Filiale: Charlottenburg, Kantstraße 134a.  
**Größe Auswahl in Strohhüten.**  
 Stiefe und weiche Hüte. — Mützen.  
 Großes Lager in Regenschirmen.

**Eine Mark**  
 wöchentl. Teilzahlung  
 istere elegante fertige  
**Herren-Moden.**  
 Ersts für Mass.  
**Mass-Anfertigung**  
 feinste Verarbeitung  
 Garantie tadelloser Sitz.  
**J. Kurzberg**  
 An der Jannowitz-Brücke 1, 1.  
 direkt am Bahnhof  
 kein Waren-Kredithaus.

**Eine Mark**  
 wöchentl. Teilzahlung  
 istere elegante fertige  
**Herren-Garderoben**  
 Ersts für Mass.  
 Anfertigung nach Mass.  
 Tadellose Ausführung  
**Julius Fabian,**  
 Schneider-Meister,  
 Grosse Frankfurter  
 Strasse 37, 11.  
 Eingang Straus-  
 burger Platz.

**Enorm  
 billig**  
 verkauft, wir täglich, Sonnt.  
 hochleg., streng moderne,  
 nur gediegen gearbeitet,  
 tadellos u. schick sitzende,  
 hochvernehme Herren-  
**Anzüge  
 Paletots**  
 die aus feinsten Massstoffen  
 gefertigt wurden, jetzt für  
 15-20 M. Hose 7-12 M.  
 Deutsches Verbandshaus,  
 Jägerstr. 63, 1. Treppe.

**Sommersprossen**  
 entfernt vollständig und gründlich nur  
 mit unschädlichem Spezialmittel wobei  
 Spezialtisch u. wissenschaftlichem Re-  
 gulator „Die Schönheitpflege“ Nr. 2,50  
 Otto Reichel, Berlin G., Eisenbahnstr. 4.  
 Tausende Anerkennungen.

**Restaurant „Zum Volksheim“**  
 Karl Wiesenhal, Ackerstr. 123.

Täglich: **Gr. Frei-Konzert!**  
 ausgeführt von der beliebten Kapelle  
 „Berliner Kinder“  
 in **Steinischer National-**  
 tracht im gänzlich neu renovierten  
 Naturgarten des Restaurants  
**„Zum Volksheim“.**  
 Gleichzeitig empfängt in allen Ge-  
 schäften, Partigewöllen, Kollegen,  
 Freunden und Bekannten meinen  
**Wohl!**  
 zu Vergügungen, Hochzeiten und  
 Versammlungen.  
 Auch sind meine beiden Vereins-  
 zimmer, 60 und 25 Personen fassend,  
 noch für einige Tage in der Woche  
 zu vergeben.  
 Die Kaffeeküche steht den  
 geehrten Damen zu gütiger Ver-  
 mahnung frei. — Für Herren ist eine  
 gutgelegte Kegelbahn zur Verfügung.  
 Für gute Speisen und Getränke ist  
 sorgfältig. — Bei Versammlungen und  
 Konzerten kostet ein Glas Bier  
 10 Pf., eine große Weisse  
 20 Pf. 1906/07  
 Im gütigen Aufspruch bitte  
 Karl Wiesenhal, Ackerstr. 123.  
 Fernsprecher: Amt III, Nr. 5114.

**Spezial-Geschäft für Uhren**  
 2 neue Uhr-Jeher Ia 75 Pf.  
 2 neue Uhr-Roppel 16 „  
 1 neue Uhr-Wind 10 „  
 1 neue Uhr-Ring 10 „  
 1 neue Uhr-Jeher 10 „  
 1 neue Uhr-Schiffel 5 „  
**Neue Uhren**  
 in größter Auswahl  
 genau reguliert.  
**E. Möbis,**  
 14 Beuthstr. 14  
 (am Spittelmarkt). 2.500\*  
 2. Geschäft: Koppenstr. 82.

**Nathan Wand**  
 120 Stallierstr. 120.  
 Die schönsten 12942\*  
**Herrn-Sommer-Paletots**  
 und Anzüge in neu  
 sowie speziell  
**Monats-Garderobe**  
 von Kavalleren getragene Sachen,  
 fast neu, für jede Figur passend,  
 speziell Bauart angeht und in  
 großer Auswahl stets zu stammend  
 billigen Preisen zu haben.  
**Nathan Wand**  
 129 Stallierstr. 120.  
 Hochbahnstation Kotluser Tor.  
 Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Theor. u. praktische  
 Ausbildung zum  
 Chauffeur.**  
 Programm kostenfrei. Un-  
 entgeltlicher Nachweis von  
 tüchtigen Chauffeuren.  
**Technikum Altenburg**  
 Sachsen-Altenburg.

# Carl Stier

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe  
 Berlin SO. Oranienstr. 166. Berlin W. Potsdamerstr. 113a.  
 Potsdam, Nauener-Str. 23.



**Jackett-Anzüge**  
 von streng modern gemusterten  
 Stoffen, schicker, vornehmer Form  
 und eleganter Machart,  
 12,50, 15, 17,50, 20, 22,50, 25,  
 30, 35 bis 60 M.

Vorrätig in allen Größen und  
 Weiten. Berücksichtigt sind  
 dabei normale, als auch  
 schlanke, untersetzte und  
 extra starke Figuren.

**Rock-Anzüge**  
 einreihige, schicke Form, von  
 modern gemusterten Buckskin-,  
 Cheviot- oder Kammgarnstoffen,  
 35, 40, 45, 50 u. 55 M.

Die Eleganz und der tadel-  
 lose Sitz der Anzüge ist  
 unübertroffen und weit be-  
 kannt.

**Gehrock-Anzüge**  
 zweireihige Form, von farbigen  
 Cheviot- oder Kammgarnstoffen,  
 meliert, gestreift oder kariert,  
 36, 42, 48, 54 u. 60 M.

Zur Verarbeitung gelangen nur auf Haltbarkeit geprüfte  
 Stoffe mit bewährten Zusätzen. Der Schnitt ist der neuesten  
 Mode entsprechend und werden etwaige kleine Mängel im  
 Sitz ohne Berechnung sorgfältig abgeändert.

**Leichte Jackett-Anzüge**  
 von Waschtuch oder Alpaca  
 9,50, 11, 13, 15, 22,50, 25 und 30 M.

**Strand- und Tennis-Anzüge**  
 einreihige, vornehme Form, von Baumwolle, Leinen, Mohair  
 und Wolle, in weiß, crème oder grau, gestreift oder kariert.  
 Sehr aparte Neuheiten.  
 Anzug 12, 15, 17,50, 20, 25 bis 35 M.

**Leichte Jacketts**  
 von Lustre, Alpaca, Mohair oder Seide, schwarz oder farbig,  
 glatt oder gemustert, 1,75 bis 15 M.

Für kleine, untersetzte, außergewöhnlich schlanke und  
 extra starke Figuren stets großes Lager.

**Wasch-Joppen**  
 in diversen Fassons und Farben, 1,25 bis 9 M.

**Wasch-Beinkleider**  
 von Baumwolle oder Leinen, glatt oder gestreift,  
 3 bis 5 M.

**Sport-Beinkleider**  
 von weißem Satin oder Cheviot, 3, 3,50, 4,50, 6 und 10 M

Jede Länge und Weite vorrätig.

**Wasch-Westen**  
 stets das Neueste der Saison in feinsten Verarbeitung  
 2,25 bis 9 M.

Die Spezial-Abteilung für  
**Knaben- und  
 Jünglings-Garderobe**  
 ist mit den modernsten und kleidsamsten Fassons von  
**Wasch- und Woll-Stoffen**

ausgestattet und bietet infolge ganz bedeutender Umsätze die  
 allergrößten Vorteile. Sie finden darin eine riesige Auswahl für  
 jedes Alter vom einfachsten bis zum elegantesten Genre und  
**stets das Neueste!**

Blusen-Anzüge, Kittel-Anzüge, Joppen-Anzüge, Jackett-Anzüge, Kieler-  
 Anzüge, Kieler-Parade-Anzüge, Blusen, Joppen, Jacketts und Hosen.  
 Ganz besonders mache ich hier auf die tadel-  
 lose Passform und die geschmackvolle Aus-  
 führung aufmerksam.  
 Die Preise sind billig, streng fest und sind auf dem Etikett  
 deutlich durch Zahlen vermerkt.  
**Morgen Sonntag bleiben die Geschäftsräume  
 bis 6 Uhr abends geöffnet.**

# Warenhaus Wilhelm Stein

□ Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66 □

Als besondere Vergünstigung anlässlich des Pfingstfestes verabfolgen wir von Sonnabend, den 26. Mai bis Freitag, den 1. Juni cr. incl.

## Doppelte Anzahl Sparmarken

Wir geben sonst bei einem Einkauf von 1 Mark 4 Sparmarken, an diesen Tagen jedoch

 **8 Sparmarken\*** 

## Sonder-Angebot für Hausfrauen und Restaurateure.

Von Sonnabend, 26. Mai bis Dienstag, 29. Mai cr. incl. solange Vorrat:

### Backartikel zum Festkuchen

	1 Pfund		5 Pfund	
	M.	M.	M.	M.
Rosinen, extra gross . . . . .	0.45	2.15		
Sultaninen, prima . . . . .	0.45	2.15		
Korinthen . . . . .	0.28	1.35		
Mandeln, Ia, süss . . . . .	1.15	—		
Mandeln, Baccy, süss . . . . .	0.95	—		
Mandeln, Ia, bitter . . . . .	1.15	—		

	1 Pfund		5 Pfund	
	M.	M.	M.	M.
Diamant-Mehl . . . . .	0.23	1.05		
Budapest, Auszug-Mehl . . . . .	0.20	0.90		
Kaiser-Auszug-Mehl . . . . .	0.17	0.75		
Weizenmehl 00 . . . . .	0.15	0.70		
Citronat . . . . .	0.90	—		
Liebig's Backmehl . . . . .	Packet	0.32		

### Frucht-Conserven

#### u. Fruchtsaft

	2 Pfd. Dos.		1 Pfd. Dos.	
	M.	M.	M.	M.
Pflaumen . . . . .	—	0.24		
Kirschen . . . . .	0.50	0.28		
Birnen . . . . .	0.65	0.34		
Melange . . . . .	—	0.44		
Ia Himbeersaft . . . . .	1.05	0.58		
Ia Kirschsaff . . . . .	1.00	0.55		

**Prima Schneide-Bohnen**  
stramme Packung  
2 Pfund-Dose . . . . . 23 Pf.

**ZUCKER** Pfund **19 Pf.**

**Gebrannter Kaffee**  
Unsere Marken sind, der guten Qualität wegen, sehr zu empfehlen.  
Mischung IV III II  
90 Pf. 1.10 1.30 M.

## 3<sup>te</sup> Grosse Strumpf-Woche 3<sup>te</sup>

Bestand: ca. **43 000 Paar**

von Sonnabend, den 26. Mai bis Freitag, den 1. Juni cr.

Bestand: ca. **43 000 Paar**

Wir haben weiter grosse Restbestände eines Fabrikagars in Strumpfwaren erstklassiger Fabrikate aufgekauft und geben solche, trotz kolossaler Preissteigerung, in nachstehenden 5 Serien zu Preisen ab, die grösstenteils den Herstellungspreis nicht übersteigen.

Qualitäten: Macco, gestrickt, Fil d'Ecosse, Flor, Petinet gewebt und Jacquard.

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V
Damen-Strümpfe Kinder-Strümpfe Herren-Socken	Damen-Strümpfe Kinder-Strümpfe Herren-Socken	Damen-Strümpfe Kinder-Strümpfe Herren-Socken	Damen-Strümpfe Kinder-Strümpfe Herren-Socken	Damen-Strümpfe Kinder-Strümpfe Herren-Socken
Paar	Paar	Paar	Paar	Paar
<b>16</b> Pf.	<b>28</b> Pf.	<b>38</b> Pf.	<b>48</b> Pf.	<b>68</b> Pf.
Wert bis 40 Pf.	Wert bis 60 Pf.	Wert bis 75 Pf.	Wert bis 1,20 M.	Wert bis 1,75 M.

Sonntag, den 27. Mai sind unsere Geschäftsräume von 8 bis 10 Uhr und 12 bis 6 Uhr geöffnet.

\* Ausgenommen sind einige Artikel. — Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.

VI. Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Köln, 23. Mai.

Zur Verhandlung steht der Bericht der Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“. Wir entnehmen diesem Bericht: Die Redaktion hat sich auch in der abgelaufenen Geschäftsperiode bemüht, die Zeitung nach den alten, von früheren Verbandstagen anerkannten Grundsätzen zu leiten. Eine gewerkschaftliche Neutralität im dem Sinne, als gelte es, jeder Erörterung politischer Fragen oder gar jeder Stellungnahme zu der politischen Arbeiterbewegung auszuweichen, hat es für die Redaktion nie gegeben. Sie hat stets zu allen, insbesondere für die Gewerkschaften wichtigen wirtschafts-politischen Fragen nach Möglichkeit Stellung genommen. Doch dabei nur die von der politischen Arbeitervertretung, der sozialdemokratischen Partei betriebene Politik unterstützt werden konnte, ist selbstverständlich. Wenn wir von der gewerkschaftlichen, insbesondere der „christlichen“ Presse wegen dieser Stellung angegriffen, wenn wir deshalb als „sozialdemokratische“ Zeitung bezeichnet werden, so hat uns das nicht berührt, haben wir uns dagegen nie verwahrt. Es kann für ein Arbeiterblatt nur ehrend sein, als sozialdemokratisch bezeichnet zu werden. Jedenfalls kann uns das nie abhalten, auf das große Interesse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft an den politischen Tagesfragen, auf die engen Beziehungen der gewerkschaftlichen mit der politischen Arbeiterbewegung, auf die Notwendigkeit auch der politischen Betätigung aller Arbeiter hinzuwirken. Und mehr als je muß gerade jetzt, wo eine so lebendige gewerkschaftliche und politische Bewegung eingestrichelt hat, in der Gewerkschafts-presse die grundsätzliche Seite der Arbeiterbewegung betont werden. Das ist bei dem gewaltigen Zustrom indifferenten Elements in die Gewerkschaften doppelt nötig. Die hier bezeichneten Grundsätze waren für die Redaktion auch bei ihren Auseinandersetzungen mit der Parteipresse über die Frage „Partei und Gewerkschaften“ maßgebend. Sie hat auch bei dieser Stellungnahme stets erkennen lassen, daß es ihr um die Einigkeit der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung zu tun ist.

Die Zusammenlegung des Erscheinungsortes der Zeitung mit dem Sitz des Vorstandes hat die von manchen Kollegen geäußerten Befürchtungen nicht bestätigt. Auf der anderen Seite hat die Redaktion heute die Möglichkeit der jederzeitigen Information über alle Vorgänge im Verband, was besonders bei der Berichterstattung über die Lohnbewegungen wichtig war. Von den Jahrestellen wurde die Zeitung selbst über wichtige Vorläufe oft gar nicht unterrichtet. Das trifft auch sogar auf wichtige Lohnbewegungen zu. Andere Jahrestellenverwaltungen wieder berichten so spät, daß die Berichterstattung ihren eigentlichen Zweck verfehlt. Die Zeitung müßte in der Lage sein, in jeder Nummer ein großzügiges Bild über die Bewegung im Verband zu geben. Ferner wird es zweckmäßig sein, über die Durchführung der Sperren sich auf dem Verbandstag auszusprechen. Ohne daß der Verband Schaden leidet, kann die Arbeitssperre in der bisherigen Weise nicht weitergeführt werden. Vielleicht unterstellt man die Führung der in der Zeitung zu veröffentlichenden Sperrenliste der Aufsicht des Verbandsvorstandes. Im übrigen ist es nötig, den Inhalt gewisser langen Berichte und dergleichen aus der Zeitung wegzulassen, um den Raum zu Artikeln mehr ausflüßender und agitatorischer Art zu verwenden.

Zu dem Gegenstand liegen zwölf Anträge vor, die Verbesserungen des redaktionellen und Inseratenteils der „Holzarbeiter-Zeitung“ beabsichtigen. In dem nämlichen Rahmen bewegt sich im allgemeinen die Diskussion. Biele-Bremen, Kahl-Hamburg und Stubbe-Hamburg wenden sich gegen die Stellungnahme des Kollegen Deinhard in der „Holzarbeiter-Zeitung“ zum „Vorwärts“-Konflikt, Biele auch gegen den Artikel „Das Ruhebedürfnis der Gewerkschaften“ in der „Holzarbeiter-Zeitung“, der sich gegen einen Artikel Kautsky's in der „Neuen Zeit“ richtet. — Schmidt-Berlin, Pleningert-München und Leipart rechtfertigen die Haltung der „Holzarbeiter-Zeitung“ im „Vorwärts“-Falle.

Im Schlusssatz führt Deinhard aus, daß die „Holzarbeiter-Zeitung“ nie auf dem Standpunkte der Rurgewerkschaftler, sondern stets auf einem konsequenten sozialdemokratischen Standpunkt gestanden habe. Mit dem „Vorwärts“-Konflikt habe die Zeitung sich nur vom gewerkschaftlichen Standpunkt befaßt. Die Gewerkschaftsführer hätten erbarmungswürdige Kerle sein müssen, wenn sie die Behandlung, die ihnen nach dem Gewerkschaftsstatut zuteil geworden sei, sich hätten gefallen lassen.

Stinkel-Göppingen berichtet als Vertreter der Pressekommision, daß die Kommission die Haltung der „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht gutgeheißen habe.

Der Verbandstag erklärte sich gegen etwa zehn Stimmen in einer von Frommann-Höchst eingebrachten Resolution „mit der Haltung der Redaktion in der seitigen Weise einverstanden und spricht der Redaktion ihr volles Vertrauen aus.“ Eine weitergehende Resolution Biele, die „das Verhalten der Redaktion gegenüber dem „Vorwärts“-Konflikt verurteilt, im übrigen aber mit der Haltung der Zeitung einverstanden ist, wird mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt.

Zum Punkt „Presse“ wird unter anderem beschlossen, die in der Zeitung zu veröffentlichenden Sperrenliste dem Vorstand zu unterstellen. Ferner wird der Redaktion das Recht erteilt, bei hartem Andrang von Berichten und Korrespondenzen je nach Bedürfnis eine eigene Beilage zu geben. Arbeitergesuche dürfen in allen Fällen nur mit Genehmigung der in Betracht kommenden Jahrestellen veröffentlicht werden. Alle Inserate betreffs Anpreisung von Waren, ausschließlich von wissenschaftlichen und fachtechnischen Schriften, Werkzeugen und sonstigen in unseren Verufen zur Verwendung kommenden Materialien, sind in der „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht mehr aufzunehmen.

Es folgt der Gegenstand:

Beitragserhöhung und Einführung der Krankenunterstützung.

Dazu liegt eine große Anzahl Anträge vor. Sie wollen den Beitrag von 35 Pf. bis zu 70 Pf. hinaus erhöhen. Zum Teil wollen sie lediglich eine Erhöhung der Streik- und Arbeitslosenunterstützung, teils eine Krankenunterstützung von 13 bis zu 26 Wochen, teils die Einführung der Erwerbslosenunterstützung. Klotz referiert kurz über die Beratung einer Gauleiterkonferenz zu diesem Gegenstand. Sie hat sich mit 14 gegen eine Stimme für die Beitragserhöhung, mit 13 gegen zwei Stimmen für die Krankenunterstützung entschieden.

Als erster Diskussionsredner äußert Reumann-Hamburg Me Befürchtung, daß die zu beschließende Beitragserhöhung von der Krankenunterstützung aufgebraucht werden würde, so daß für den Kampffonds nichts herauskomme. Er beantragte, den Beitrag auf 45 Pf. zu erhöhen, um den Anträgen auf Genehmigung der Lohnbewegungen in vermehrtem Maße entsprochen zu können, weiter, daß der Vorstand beauftragt wird, zum nächsten Verbandstag eine Vorlage über die Krankenunterstützung zu machen. Für den Fall, daß der Verbandstag sich für die Krankenunterstützung entscheidet, beantragt Reumann endlich, eine Urabstimmung über deren Einführung unter den Mitgliedern zu veranstalten.

Ezner-Berlin redet unter Hinweis auf die in Berlin schon mit lokalen Mitteln geschaffene Krankenunterstützung für deren Einführung, wie auch der Gauleit Berlin die lebhafte fordert. — Gerike-Leipzig ist gegen die Krankenunterstützung und fordert ebenfalls Urabstimmung.

Die Zahl der Vorredner wächst im Laufe der Debatte auf etwa fünfzig. Es wird abwechselnd ein Redner für und einer gegen die Einführung zum Wort gelassen. Die Gegner befürchten, daß die Belastung durch die Krankenunterstützung für die Kasse zu hoch sein und den Kampffonds aufzessen werde; zur Stärkung des Kampffonds trage die Kranken- im Gegensatz zur Arbeitslosenunter-

stützung nicht bei; es würden sich viele aufnehmen lassen lediglich wegen der Krankenunterstützung.

Die Freunde der beantragten Unterstützung teilen diese Befürchtungen nicht, sondern erwarten auch eine Stärkung der Kampfsfähigkeit, weil durch die neue Unterstützung nicht nur viele Mitglieder gewonnen würden, sondern sie auch ein Mittel gegen die Fluktuation sei. Ebenso werde das Interesse der Frauen für den Verband durch die Krankenunterstützung gefördert.

Nachdem etwa zwanzig Redner gesprochen haben, wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. In namentlicher Abstimmung erklären sich die Delegierten mit 87 gegen 31 Stimmen für Einführung der Krankenunterstützung. Sodann wird einstimmig beschlossen auch abgesehen von der neuen Unterstützungsbeurteilung den Beitrag unter allen Umständen zur Stärkung des Kampffonds zu erhöhen. Der Antrag Reumann, nunmehr die Mitglieder in einer Urabstimmung über die Krankenunterstützung entscheiden zu lassen, wird in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Es stimmen 50 für, 41 gegen die Urabstimmung; die statutenmäßige Dreiviertelmehrheit ist also nicht vorhanden.

Als Referent für den Punkt „Kasseler“ wird Glöde-Berlin bestimmt. Darauf wird die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

Köln, 24. Mai.

Da die Beratung der Statutenkommission noch nicht genügend vorgezeichnet ist, tritt der Verbandstag in die Beratung der „Aufträge für den Vorstand“ ein.

Junächst gelangt ein Bericht der französischen Bruderorganisation zur Verlesung. Die französischen Möbelschneider sind seit drei Wochen in Paris und mehreren Provinzstädten im Aufstande. Der Verbandstag spricht den kämpfenden seine Sympathie aus und gewährt ihnen 1000 Mark.

Ein Antrag Bremerhaven, Vegesack und Gauleit Hamburg fordert, mit dem Verband der Schiffszimmerer zwecks Uebertritt zum Holzarbeiterverband in Verbindung zu treten. Ein Antrag Rosenheim fordert bezüglich des Böttcherverbandes das nämliche.

Klotz bittet, die Anträge abzulehnen, da beide Verbände der Generalkommission angeschlossen sind und man seinerzeit abgemacht habe, daß man gegenseitig keinen Druck auf einander ausüben wolle. Wenn die Verbände sich bei ihren immer stärker werdenden Kämpfen zu schwach fühlten, könnten sie ja an den Holzarbeiterverband herantreten. Der Wunsch auf Verschmelzung müsse aus jenen Verbänden von innen herauswachsen, dann werde die Sache auch Bestand haben. — Klotz-Hamburg sieht das Hindernis der Verschmelzung weniger bei den Mitgliedern als vielmehr bei der Leitung des Schiffszimmererverbandes. Der Verband werde wohl nicht eher zur Verschmelzung bereit sein, bis ihn große Kämpfe zwingen. Dennoch könne Klotz einmal mit dem Gesamtvorstand der Schiffszimmerer korrespondieren. P. & Bremen bittet auf die großen Schwierigkeiten, die durch die getrennte Organisation bei Lohnkämpfen entstehen.

Stubbe-Hamburg: Ein großer Teil von Arbeiten, der früher von Schiffszimmerern verrichtet wurde, wird heute von Stellmachern und Tischlern gemacht, und bei Lohnbewegungen entstehen leicht Zweifel, wo die Arbeit der Schiffszimmerer aufhöre und die der anderen Berufe anfänge. Auf den Werften herrschen die denkbar schlechtesten Arbeitsverhältnisse. Das liegt nur an der Zersplitterung der Organisation. Der Holzarbeiterverband muß deshalb mindestens die Anregung zur Verschmelzung geben, und wir müssen den Vorstand beauftragen, im Interesse der zahlreichen Arbeiterschaft der Schiffswerften, Schritte im Sinne des Antrages zu tun. — Becker (vom Vorstand): Der Böttcherberuf greift nicht so sehr in unsere Interessensphäre ein als der der Schiffszimmerer. Der letztere Verband wird durch einen großen Kampf eher zur Ueberzeugung von der Notwendigkeit der gemeinschaftlichen Organisation kommen als durch alle schönen Lehren.

Der Verbandstag beschließt, die beiden Anträge dem Vorstand als Material zu überweisen.

Ein weiterer Antrag fordert, mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes in Verbindung zu treten, damit die diesem Verbände angeschlossenen Modellischer dem Holzarbeiterverbände mit vollen Rechten überwiesen werden.

Leipart: Der Vorstand der Metallarbeiter hält daran fest, daß die Modellischer zum Metallarbeiterverbände gehören. Uebrigens ist die Zahl der in letzterem Verbände organisierten Modellischer so gering, daß sich die Ausführung des Antrages kaum lohnt. Man mag sich darauf beschränken, lediglich dafür zu agitieren, daß die Modellischer sich der großen Zahl der im Holzarbeiterverbände vereinigten Modellischer anschließen. — Der Antrag wird abgelehnt.

Ein Antrag für die Jahrestellen im nördlichen Schleswig Statuten in dänischer Sprache herauszugeben, wird angenommen.

Gegen einen Antrag Chemnitz: Um die als Ristenbauer beschaffigten Kollegen in Deutschland genau zu ermitteln, diese bei statistischen Erhebungen besonders aufzuführen, findet nicht die Zustimmung des Verbandstages, nachdem Leipart ausgeführt hat, daß es sich beim Holzarbeiterverbände um etwa zwanzig verschiedene Berufsweige handelt, die bei der Spezialisierung noch nicht berücksichtigt sind; wenn man im Sinne des Antrages handeln wolle, müsse man alle wichtigen Branchen nennen, statt eine herauszugreifen. Das verurteile aber für den Vorstand riesige Mehrarbeit durch die statistischen Berechnungen.

Zwei Anträge Hannover und Stuttgart fordern: Am Schlusse des Jahres 1906 eine Statistik über die Lage der Holzarbeiter aufzunehmen; die Vorschläge über beratige Statistiken sollen nur den Verwaltungsmittgliedern, Vertrauensleuten und sonst für den Verband tätigen Kollegen unentgeltlich verabreicht werden.

Leipart befürwortet, die Statistik nicht in dem bisher üblichen Umfang aufzunehmen, sondern sich auf Lohn und Arbeitszeit zu beschränken; dann könne man statt der Personenfragebogen Verhaltfragebogen herausgeben, was eine große Vereinfachung und Kostenersparnis bedeute. — Der Verbandstag beschließt, die beiden Anträge in diesem Sinne dem Vorstand zu überweisen.

Ein Antrag Berlin lautet: Jedes Jahr einen Bericht über die Tätigkeit, die Kämpfe und die Fortschritte des Verbandes in Form einer Broschüre herauszugeben, die den tätigen Kollegen als Handbuch dienen kann und auch zur Agitation zu verwenden ist. Die gemeinschaftlichen Berichte der Gauleiter sollen weggelassen.

Ein Antrag Hamburg will einen Jahresbericht in Broschürenform, der außer sonstigen wichtigen Verbandsangelegenheiten die Berichte der Gauleiter, sowie die Streiks und Auspersperungen des Berichtsjahres nach Jahrestellen und Gauen eingehend behandelt, ferner über die Entwicklung der Tarifverträge in den einzelnen Jahrestellen und Branchen berichtet. Endlich soll der Jahresbericht die Zahl der Organisierten im Verhältnis zu den Beschäftigten nach Jahrestellen gemäß der Gaueinteilung aufzuführen.

Bauer-Magdeburg: Man kann geradezu von einem Hunger nach gutem Material bei den in der Agitation tätigen Kollegen reden; auf diesem Gebiete muß viel mehr geschehen. Die Form muß der Vorstand finden. — Leipart stellt die Erfüllung des Wunsches nach einem Jahrbuch in bestimmter Aussicht; jedoch solle dieses nur an die Verwaltungsmittglieder, Vertrauensleute und in der Agitation tätigen Kollegen unentgeltlich abgegeben werden.

Der Verbandstag überweist beide Anträge einstimmig dem Vorstande zur Berücksichtigung.

Ein Antrag Köln fordert vom Hauptvorstand, daß er bei der Ueberwindung des Materials zu den Streiks zugleich eine gedruckte, leicht verständliche Anweisung über die zweckmäßigste Führung der Streikpostenlisten mitgebe. Holland-Köln begründet den Antrag mit den Erfahrungen bei dem denkwürdigen Kölner

Holzarbeiterausstand vom vorigen Jahre. Bei der erforderlichen Zahl von mehreren Hundert Streikposten, den polizeilichen Schikanen und den Denunziationen der „christlichen“ Streikbrecher sei eine praktisch ausgearbeitete Streikpostenliste unentbehrlich. Auch Streikpostenlisten mit Vorord für Werkstatt- und Zeitangaben seien nötig, um gleich von den ersten Tagen an die Streiks in geregelter Weise durchzuführen. — Der Antrag wird angenommen.

Ein Antrag Braunschweig, eine Kontrollkarte über den Versammlungsbefuch einzuführen, findet keine Gegenliebe.

Fünf von den Jahrestellen, Braunschweig, Bremen, Magdeburg, Speyer und Stuttgart, fordern Erleichterungen in der heutigen Form der vierteljährlich an den Hauptvorstand zu liefernden Listenabrechnung.

Wer erwendet sich entschieden gegen diese Anträge. Obwohl sie die Hälfte der Arbeit der besoldeten Beamten in Anspruch nehmen, seien die Listenabrechnungen unentbehrlich zur Kontrolle über die Zuverlässigkeit der Kassenführung in den Jahrestellen. Wenn der Metallarbeiterverband zu der von ihm abgeschafften Listenabrechnung zurückkehren könnte, würde er das tun.

Alle fünf Anträge werden abgelehnt. Am Nachmittag des Himmelfahrtstages fand keine Sitzung statt, da die Kölner Kollegen eine Dampferfahrt auf dem Rhein für die Delegierten arrangiert haben.

Köln, 25. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Der Verband der Holzarbeiter beschloß einstimmig ein energisches Eintreten für die allgemeine Arbeitsruhe am ersten Mai und Unterstützung der Ausgesperrten auf dem Verbandstage.

Aus Industrie und Handel.

Ein sonderbarer Heiliger. Der „Blutus“, dessen Herausgeber sich für einen Sozialdemokraten hält, weil er allerhand absurde Ideen produziert, erteilte in seiner vorigen Nummer der sozialdemokratischen Fraktion eine Rüge, weil sie für die Lantiensteuer eingetreten ist. Ganz pöfzig meinte er, da die Steuer von den Gesellschaften erhoben werde, und nur dann zu zahlen sei, wenn die Gesamtsumme der Lantien 5000 M. übersteigt, würden die Necklame-Aufsichtsräte, die aus einer Menge Gesellschaften die weniger wie 5000 M. geben, vielleicht 20000 M. beziehen, gar nicht belastet. Wir bemerkten dazu, daß sich die Lantiensteuer-Großisten an solche Gesellschaft nicht fortwerfen. Nun ist der „Blutus“ ent-rüstet. Er behauptet, es gebe wohl eine Anzahl Leute, die in der Hauptsache aus dem Einkommen als Aufsichtsräte bei kleinen Gesellschaften ihr Einkommen finden. Aber weil diese Leute, die ihren Lebensunterhalt aus der Tätigkeit als Aufsichtsrat finden, nicht belastet werden, ist der „Blutus“ erbost. Merkwürdig ist das gerade nicht, denn der „Blutus“ befindet sich sehr oft ein warmes Herz für die Hochfinanz, hätte aber auch gleich sagen können, daß er darum ärgerlich ist, weil nur die besser, hoch und höchst besoldeten Aufsichtsräte etwas bluten sollen. Dann hätten wir ihn in seinem Vergnügen gar nicht gestört. Aber wenn er seinen Vätern ein demokratisches Mäntelchen umhängen will, muß er sich die Entkleidung schon gefallen lassen.

Die Geld — verdient wird. Kürzlich machten Enthüllungen, die über sonderbare Praktiken bei Grundstückstransaktionen in die Öffentlichkeit getragen wurden, einiges Aufsehen. Es handelt sich um die Allgem. Bodenaktiengesellschaft, deren Aktien auf Antrag des A. Schaaffhausenschen Bankvereins und der Dresdner Bank an der Berliner Börse zugelassen waren. Infolge der Enthüllungen hat sich die Zulassungssstelle nochmals mit der Sache befaßt und die Zulassung bestätigt. Die in Betracht kommenden Transaktionen gelten demnach als einwandfrei. Nach dem „B. Z.“ spielte sich die Gründungsgeschichte, bei der circa 10 Millionen Mark in die Taschen der Macher verschwanden, folgendermaßen ab:

Die in Betracht kommenden Grundstücke waren ursprünglich im Besitz einer holländischen Familie. Diese errichtete eine Gesellschaft (Prenzlauer Allee G. m. b. H.) mit einem Kapital von 2008 800 M. Zu diesem Preise waren die Grundstücke eingestellt, Verwermögen hat die Gesellschaft nie befehen.

Die Grundstücke der Berliner Terraingesellschaft Prenzlauer Allee G. m. b. H. waren seit Bestehen der G. m. b. H. hypothekarisch in seiner Weise belastet. Erst infolge einer Urkunde vom 13. Januar d. J. wurde eine Hypothek von 6 383 200 M. eingetragen. Nachdem diese Eintragung geschehen war, erschien plötzlich die Berlinische Bodengesellschaft als neue, und zwar als alleinige Gesellschafterin der Berliner Terraingesellschaft Prenzlauer Allee G. m. b. H. Alsdann machte die Berliner Terraingesellschaft Prenzlauer Allee G. m. b. H. oder, in Wahrheit vielmehr nur die Berlinische Bodengesellschaft der Allgemeinen Bodenaktiengesellschaft in deren Prospekt gedachte Kaufangebot zum Preise von 12800000 M. Am 26. März d. J. beschloß jetzt die Berlinische Bodengesellschaft als alleinige Gesellschafterin der Berliner Terraingesellschaft Prenzlauer Allee G. m. b. H. deren Auflösung.

Materiell betrachtet haben also nicht die Berliner Terraingesellschaft Prenzlauer Allee G. m. b. H. oder etwa die Gründer der G. m. b. H. die der G. m. b. H. bereits seit dem 13. Februar 1899 gehörigen Grundstücke der Allgemeinen Bodenaktiengesellschaft zu Berlin verkauft, sondern die Berlinische Bodengesellschaft, welche die Grundstücke erst seit etwa Anfang dieses Jahres in Form des Erwerbes der gesamten Anteile gekauft hat. Ueber den Kaufpreis, den die Berlinische Bodengesellschaft für die Anteile der G. m. b. H. mithin also für die Terrains bezahlt hat, ist nichts Genaues festzustellen, da der Prospekt sich vollkommen über die Vermittlerrolle der Berlinischen Bodengesellschaft ausweicht. Es kam aber angenommen werden, daß eben jene Hypothek von 6 383 200 M. mit denen die Grundstücke plötzlich belastet wurden, einen Anhalt für den Kaufpreis bieten. Trifft das zu, so würden die früheren Besitzer der Anteile sich einen Verdienst an den Grundstücken berechnen können, der ungefähr der Differenz zwischen Anteilkapital und Hypothek, also der Differenz zwischen 2008 800 M. und 6 383 200 M. entspricht. Nun aber kommt erst der Verdienst der Gründer der Allgemeinen Bodenaktiengesellschaft. Offiziell fungiert als Hauptgründer der Schaaffhausensche Bankverein. Ihn und der Dresdner Bank steht die vermittelnde Berlinische Bodengesellschaft sehr nahe. Verkauft hat die Berlinische Bodengesellschaft die Grundstücke an die neue Aktien-gesellschaft mit 12 000 000 M.

Soviel wird aus der verwinkelten Geschichte klar, die Gründer haben circa 10 Millionen eingesagt. Wenn nun bei der Parzellierung und Abstoßung des Terrains auch keine großen Gewinne mehr erzielt werden, unberühmte Wuchererwinne sind doch eramscht worden, die Mieter müssen bluten. Bei solcher Wuchererlei erklärt sich auch die Abneigung gegen die Wertzuwachssteuer. Diese Gründungsgeschichte ist ein wertvoller Beitrag zum Kapitel, wie das Volk durch den Bodenwucher ausgebeutet wird.

Keine Verstaatlichung der Eisenbergwerke in Norrbotten. Beide Kammern des schwedischen Reichstages haben am Montag dem Regierungsvorschlag, die großen Eisenbergwerke in Norrbotten nach Verlauf von 50 Jahren zu verstaatlichen und den Aktionären für die Uebergangszeit Niefenprofite zu garantieren, abgelehnt. Die

Erste Kammer votierte mit 88 gegen 44 Stimmen, die Zweite mit 106 gegen 108. Ein Antrag des Genossen Branting, die Regierung aufzufordern, die Verhandlungen mit den Bergwerksgesellschaften fortzusetzen, um bessere Bedingungen für eine Verstaatlichung der Werke zu erzielen, wurde mit 89 gegen 111 Stimmen abgelehnt.

Selbst die Mehrheit der Zweiten Kammer will also offenbar das Ausbreitungsrecht des Privatkapitalismus an dem Erzreichthum des Landes für ewige Zeiten bestehen lassen.

## Aus der Frauenbewegung.

Eine Strafordnung für Geschäftsdamen.

Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation weiblicher Angestellter ist noch zu wenig erkannt worden, wenn auch diese Notwendigkeit schon an unzähligen Beispielen nachgewiesen worden ist. Die „Geschäftsdamen“, wie die weiblichen Handelsangestellten sich gern nennen hören, müssen in dieser Beziehung noch viel lernen. Die Verhältnisse, unter denen sie leben, sind oft unglücklich schlechte. Das wurde erst in diesen Tagen wieder aufgedeckt in einer Versammlung der Angestellten (nicht junge Mädchen) des Warenhauses Jacob Gebrüder Nachfolger in Charlottenburg. Die Angestellten kamen zu einer Versprechung zusammen, getrieben von dem Wunsche, ihre erbärmliche Lage etwas zu verbessern. Die Löhne sind sehr niedrig; viele Mädchen haben ein Monatsgehalt von 80 bis 40 M. Dabei ist die Arbeitszeit sehr lang, erst nach neun Uhr abends sind die Mädchen frei. Die Anstrengung ist groß während des ganzen Tages und eine Sittlichkeit gibt es nicht. Nur jede dritte Woche wird ein freier Sonntag bewilligt. In der Geschäftsordnung heißt es außerdem noch, daß die Angestellten verpflichtet seien, in besonderen Fällen, wie Inventur, Umzug usw., ohne Extraabzählung Überstunden zu machen. Diese Geschäftsordnung datiert vom 2. Juli 1901 und besteht in der Hauptsache aus Strafanordnungen. Strafen von 25 und 50 Pf., von einem halben oder dem ganzen Tagesverdienst werden angedroht für allerlei kleine Vergehen. Wer mehr als dreimal im Monat zu spät kommt, soll ohne Gehaltsentziehung entlassen werden können. Kranke Angestellte sollen keinen Gehaltsanspruch erheben dürfen für die Tage, an denen sie keine Dienste leisten. Beschwerden der Kunden über eine bestimmte Person führen ohne Gehaltsentziehung zur sofortigen Entlassung. Jeder Angestellte soll dem Geschäft für jeden zugefügten Schaden haftbar sein mit seinem Gehalt. Aber es gibt nicht nur Geldstrafen, sondern auch Geldbelohnungen bei jener Firma, nämlich für Denunziationen. Viele der selbstherrlich diktierten Bestimmungen kollidieren mit den gesetzlichen Bestimmungen, aber das wissen die armen Mädchen oftmals nicht. Die sogenannte Geschäftsordnung fand in der Versammlung scharfe Verurteilung. Zwei Vertreter der Firma suchten den Sturm der entseelten Empörung zu beschwichtigen. Sie erklärten, die Geschäftsordnung sei als veraltet zu betrachten und komme selten zur Anwendung. Die Mädchen protestierten heftig gegen solche Vertuschung. Wenn sie auch aus Furcht vor Entlassung nicht aufzutreten wagten und persönlich das Gegenteil bewiesen, so gaben sie doch den Vertretern vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und Geschäftsfrauen die nötige Aufklärung und Material darüber; die Organisation wird sich der

Sache annehmen und fordert die Mädchen zum Beitritt auf, denn nur durch die Macht der Organisation kann da eine Aenderung geschaffen werden.

**Demonstration für das Frauenwahlrecht in Norwegen.** Der 17. Mai, der Tag, an dem Norwegen vor nunmehr 92 Jahren seine jetzt noch in den grundlegenden Bestimmungen geltende Verfassung erhalten hat, ist auch in diesem Jahre wieder mit dem gewohnten Begeisterungsrummel gefeiert worden. Die Verfassung von 1814 ist bekanntlich im Laufe der Jahre in mancher Hinsicht verbessert worden. Das allgemeine politische und kommunale Wahlrecht ist durchgeführt, aber nur für die Männer. Die Frauen verfügen seit fünf Jahren über ein Gemeindevahlrecht, das davon abhängig ist, daß sie selbst oder der Ehemann in den Städten mindestens 400 Kronen Jahreseinkommen, auf dem Lande 300 Kronen, versteuern. Politisch ist die weibliche Hälfte des „freien“ norwegischen Volkes noch immer ganz rechtlos.

Darum liegt der Gedanke nahe, daß die Frauen gerade an jenem offiziellen Feiertage mit besonderer Kraft ihre Forderung nach politischer Gleichberechtigung erhoben und nicht einfach mitmarschieren in dem allgemeinen Zug der zufriedenen Staatsbürger. Aber den bürgerlichen Frauen fehlt Kraft und Verständnis, diesen Gedanken durchzuführen. Der Frauen-Demonstrationszug für das allgemeine Wahlrecht, den die sozialdemokratischen Frauen am 17. Mai zu veranstalten pflegen, zählte diesmal in Kristiania 800 Teilnehmer, es waren ausschließlich Frauen der Arbeiterklasse. Er bildete somit einen lebendigen Beweis dafür, wie recht die Forderung ist. Frau Margaretha Ström hatte, als sie erklärte: „Das Frauenwahlrecht muß das Werk der Arbeiterpartei werden!“ Wie sehr dem Bürgertum das Verständnis für diese Forderung fehlt, zeigte sich auch darin, daß in dem offiziellen 17. Mai-Programm wohl alles andere und auch ein neues Lied: „Gott segne unsern König gut“ aufgeführt war, aber nichts von dem Wahlrecht der Frauen. Erst der Sozialistenmarsch und die große Demonstrationsschare mit der Inschrift: „Allgemeines Wahlrecht auch für die Frauen!“ gaben den Einfältigen unter dem Publikum Aufklärung darüber, daß wieder einmal die „verdamnten Sozialisten“ einen „Nighton“ in den allgemeinen Patriotentrieb brachten.

In der Versammlung, die nach dem Umzug stattfand, wurde beschlossen, eine Adresse an das Storting zu richten, in der es heißt: „Schon manches Jahr ist diese Forderung des allgemeinen Wahlrechts für Frauen in Staat und Kommune an das Storting gestellt worden, stets mit größerer Kraft und größerem Anschluß von Frauen über das ganze Land. Mit dem teilweisen kommunalen Wahlrecht, das den Frauen im Jahre 1901 eingeräumt wurde, ist auch das Unrecht gegen die Masse der Frauen härter zutage getreten. Das Wahlrecht muß allgemein gemacht werden, sowohl für die Frauen wie für die Männer in Staat und Kommune. Es ist unser Recht als Mitglieder des Gemeinwesens, was wir fordern, und wir fordern dieses Recht im Interesse des Gemeinwesens; denn wie Männer und Frauen sich in der Arbeit des täglichen Lebens ergängen, so muß es auch in der Arbeit für das Gemeinwesen sein, wenn es gut werden soll für Land und Volk. Hier müssen alle mit dabei sein, Frauen und Männer, damit Glück und Wohlfahrt in dem großen Heim geschaffen werden kann, in unserm Vaterland sowohl wie dem der Männer.“

**Verband der Wäsche- und Krautwäscherinnen und Arbeiterinnen.** Heimarbeitenden der Wäsche-, Krautwäscher-, Waschen-, Schürzen-, Korsett- und Negligé-Branche Berlins und Umgegend. Die nächste Zusammenkunft für den Nordosten und Osten findet am Montag, den 28. Mai, abends 8 Uhr, bei Meuser, Heidenfeldstraße 17, statt. Einen sehr guten Besuch erwartet Die Sektionsleitung.

**Lichtenberg.** Am Montag, den 21. d. M., hielt der hiesige Bildungsbund für Frauen und Mädchen seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand als 1. Punkt: Vortrag des Herrn Dr. Sorecht über „Händliche Krankenpflege“. Vertretungsweise referierte Herr Liebermann. Die recht rege Diskussion, an der sich Mitglieder sowie Gäste beteiligten, bewegte sich im Sinne des Referats. Einige Gäste ließen sich als Mitglieder aufnehmen. Die nächste Versammlung findet am Montag, den 18. Juni, statt. Die Mitglieder seien nochmals darauf hingewiesen, daß keine schriftlichen Einladungen mehr zu den Versammlungen erfolgen. Dieselben finden regelmäßig an jedem 3. Montag im Monat statt und werden nur an dieser Stelle bekannt gemacht.

**Brig.** Am Donnerstag, den 17. d. M., fand die Versammlung des Frauen- und Mädchenvereins statt, in der Herr Braun einen Vortrag hielt über „Feuerbestattung und ihre hygienische Notwendigkeit“. Der Vortrag wurde mit reichem Beifall aufgenommen.

**Groß-Lichterfelde.** Eine öffentliche Versammlung am 23. Mai, von den Frauen einberufen, befaßte sich mit dem Militarismus als Erziehungs- resp. Bildungsanstalt. Der Referent Genosse Jubel hielt die Hörer, ungefähr 300, darunter ein Drittel Frauen, durch seine Ausführungen in gespannter Aufmerksamkeit. Zum Schluß wurde von Frau Thiel zum Abonnement auf die „Gleichheit“ aufgefordert.

**Weißenhof.** Der hiesige Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt am Montag, den 21. Mai, im Lokale des Herrn Ulrich, Koellikerstraße, seine ordentliche Generalversammlung ab. Frau Teege sprach über „Moderne Weltanschauung und unsere Schule“. Es folgte eine rege Diskussion. Die Kassiererin erstattete Bericht und wurde ihr Decharge erteilt. Gewählt wurden: 1. Vorsitzende Frau Hoffmann, 2. Vorsitzende Frau Drohne, Kassiererin Frau Dahlström, Schriftführerin Frau Berg, Beisitzende Frau Schneider, Redaktorinnen Frau Geigel und Frau Ulrich. Der Vorstand.

## Briefkasten der Redaktion.

— S. 9. 102. 1. Einige Monate. 2. 116 Nr. 3. Ja. 4. Nein. — S. 9. 90. Der außerordentliche Erzeuger hat keinerlei Rechte auf das Bild, sondern nur die Pflicht zur Zahlung der Alimente. — U. Rixdorf. 100. Im Adrekalender, II. Teil, sind die Klünken aufgeführt. Spezielle Klünken zu empfehlen müssen wir ablehnen. — G. R. 190. Ein erfolgreiches allgemeines Mittel gegen Sommerprossen gibt es nicht. Neben Sie sich an einen Arzt. — 17. W. 2. An das Reichstagsbüro. — R. 2. 270. Zweckmäßig, aber nicht notwendig, ist ein notarieller Vertrag vor der Ehe, der die Vermögensverhältnisse, Vermählung usw. ausführt. Auch solcher Vertrag ist, soweit er ein Anerkenntnis des Vermögens der Frau enthält, anfechtbar, wenn er in der Absicht des Mannes zu benachteiligen, unter Angabe falscher Tatsachen geschlossen ist. Ein Beispiel für einen zur Sicherung der Frau zweckmäßigen Vertrag finden Sie S. 223 Nr. 22 des dem (in den öffentlichen Bibliotheken vorhandenem) „Arbeiterrecht“ beigefügten Führer.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

## Theater.

**Sonnabend, 26. Mai.**  
Kulassung 7 1/2 Uhr:  
**Opernhaus.** Die lustigen Weiber von Windsor.  
**Schauspielhaus.** Der Schurk der Aeneas.  
**Neues Opernhaus.** Boccaccio.  
**Deutsches.** Der Kaufmann von Venedig.  
**Neues.** Lyphus in der Unterwelt.  
Anfang 8 Uhr:  
**Westen.** Joseph in Ägypten.  
**Schiller O.** (Wallner-Theater.)  
Jugendliebe. Hierauf: Die Diensthöten.  
**Schiller N.** (Friedrich Wilhelmshilfisches Theater.) Das Lumpengesindel.  
**Selling.** Das Lebensfest.  
**Klein.** Ein idealer Gatte.  
**Berliner.** Die lustige Witwe.  
**Komische Oper.** Hoffmanns Erzählungen.  
**Rekling.** Liebeskunst.  
**Neural.** Bettelstudent.  
**Kulspielhaus.** Die von Hochsattel.  
**Trianon.** Loulou.  
**Thalia.** Hochparterre links.  
**Metropol.** Auf ins Metropol.  
**Deutsch-Amerikanisches.** Kleine Mädchen.  
**Kasino.** Madame Bonbard.  
**Apollo.** Das blaue Bild. Spezialitäten.  
**Carl Weiß.** Aus allem Geschlecht.  
**Gonia.** Das Wunderkind. Familie Bernheim.  
**Wintergarten.** Tortajada. Spezialitäten.  
**Wassage.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Urania.** Taudenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuv.  
**Sternwarte.** Invalidenstr. 57/62.

**Ferdinand Bonus**  
**Berliner Theater.**  
Gastp. des Neuen Operntheaters aus Hamburg.  
(Direktor Max Monti).  
Donnerstag und folgende Tage  
Anfang 8 Uhr:  
**Die lustige Witwe.**  
**Neues Theater.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Orpheus in der Unterwelt.**  
**Kleines Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Ein idealer Gatte.**  
Sonntag nachmittags 3 Uhr:  
**Kinder der Sonne.**  
Abends 8 Uhr:  
**Ein idealer Gatte.**  
**Zentral-Theater.**  
(Operette.) 8 1/2 Uhr keine Preise:  
**Der Bettelstudent.**

## Neues Opernhaus

(Kroll). Anfang 7 1/2 Uhr.  
Sonnabend, den 26. Mai 1906:  
**Boccaccio.**  
Operette in 3 Akten von Sappé.  
Sonntag, den 27. Mai: 1. Gastspiel des Kammerängers Herrn Werner Alberti: Troubadour.  
Vorverkauf im Kgl. Opernhaus, Schalter II, A. Wertheim und Invalidendank.

**Theater des Westens**  
(Station Zoolog. Garten), Kanstr. 12.  
Anfang 8 Uhr.  
**Josef in Ägypten.**  
Volkstümliche Oper.

**Komische Oper.**  
Abends 8 Uhr:  
**Hoffmanns Erzählungen.**  
Sonntag: Figaros Hochzeit.  
Montag: Die Bohème.  
Dienstag: Der Corregidor.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die von Hochsattel.**  
Morgen 3 Uhr: Der Familientag.

**Apollo-Theater.**  
9 Uhr: Das blaue Bild. 9 Uhr:  
Phantasie in 1 Akt v. Holten-Bäckers.  
Musik von Paul Lincke.

**10 Uhr:**  
Ein Abend in einem amerikanischen Cingel-Cangel.  
Vorher 8 Uhr die glänz. Spezialitäten.

**Metropol-Theater**  
Anfang 8 Uhr.  
**Auf - in's Metropol!**  
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.  
Musik von Viktor Hollaender.  
Rauchen überall gestattet.

**Residenz-Theater.**  
Direktion: Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Liebeskunst.**  
Komödie in 3 Akten v. Leon Zanol und Michel Carré.

**Carl Weiß-Theater.**  
Nr. Kanstr. 132.  
Anfang 8 Uhr. — Zum ersten Male:  
**Der Weg des Märtyrers.**  
Schauspiel in 5 Akten nach d. gleichn. Roman aus der Zeit Morgenpost von Konrad Kemling, für die Bühne bearbeitet von Dork Roll.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Heute im Garten gr. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 6 Uhr.

## Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Zum erstenmal: **Jugendliebe.**  
Aufspiel von Adolf Willbrandt.  
Hierauf, erstmalig: **Die Diensthöten.**  
Aufspiel von Robert Benedy.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Flachmann als Erzieher.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Jugendliebe. Hierauf: Die Diensthöten.

**Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.)**  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Das Lumpengesindel.**  
Kragförmige in 3 Aufzügen von Ernst v. Holzogen.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Zapfenstreich.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Ehre.**  
Im Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

**Landes-Ausstellungs-Park.**  
Neu erbaut: Festsäle, Café u. Konditorei, gedeckte Gartenhallen, Fontaine lumineuse.  
Besuchern von 250 Mark an bis 2 Uhr nachmittags.  
Diners von 3,50 Mark, Soupers von 4 Mark an.  
Täglich: Doppel-Konzert.

**Castans Panoptikum**  
Friedrichstraße 165.  
**Kinematografische Vorführungen.**  
**Charivari-Abende.**  
Volkstümliches Kabarett.  
Abends 6 Uhr u. a.: Der urkomische Bendix.

**Schweizer Garten.**  
Am Königsfor.  
Am Friedrichshain.  
Sonntag, den 27. Mai: **Extra-Vorstellung**  
Ball und Volksbelustigungen.  
**Pfingsten: Beginn der Hauptfaison.**  
Am 1. und 2. Feiertag: **Früh-Konzert und Vorstellung.**  
Neue Spezialitäten und Theater-Vorstellung.  
Von Pfingsten ab tägliche Vorstellungen. 13012\*

**Max Kliems Sommer-Theater.**  
Hasehold 13-15. Wirkliche Leitung: Paul Milbitz.  
Täglich: Gr. Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.  
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.  
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.  
2 hochlegante Regelpaläste, Konditorei, Blumenstand etc.  
In den Sälen:  
**Großer Ball.**

**Wirtshaus Schloß Woltersdorf**  
empfiehlt sich den geehrten Gewerkschaften etc. zu seinen Ausflügen. Große Säle, großer schattiger Garten und alter Park, herrlich am Pfingsten. Billige möblierte Zimmer mit auch ohne Pension, der Koch von 3 M. täglich an, auch für die Pfingstfeiertage. Ebenso habe noch Himmelfahrt, Juni, Juli und August einige Sonntage und Sonntage frei. 9104\*  
Um recht zahlreichen Besuch bitten  
Friedrich Sacwert.

**Sanssouci.** Kottbuser Straße 4a.  
Dir. Wilhelm Reimer.  
Der Garten ist eröffnet.  
Sonn. Mont. Donnerst.  
Auf der Sommerbühne:  
**Hollmanns Nord. Sänger**  
und Tanzkränze.  
Entrée 30 Pf., num. 20 Pf.  
Bei ung. Wetter im Saale.  
Sonn. Beg. 5. Sonntag 8 Uhr.  
Im Borg.: Freikonzert.

**Belle-Alliance-Theater.**  
Anfang 8 Uhr. Parkett 1,50 M.  
**Abends nach Neune!**  
Im herrlichen Sommergarten  
Konzert.  
Kulassung 4 Uhr.  
Spezialitäten ersten Ranges.  
Anfang 6 Uhr. Entrée 50 Pf.

**Urania** Taudenstr. 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Dir. Dr. P. Schwahn:  
**Der jüngste Ausbruch des Vesuv.**  
Gesprochen von Herrn Wagner.

**Sternwarte** Invalidenstr. 57/62.  
**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich nachm. 4 1/2 Uhr:  
**Großes Militär-Konzert.**  
Entrée 1 M., u. 6 Uhr ab 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**Deutsch-Amerikanisches Theater.** Köpenickerstr. 67/68.  
Jeden Abend 8 Uhr:  
**Arme Mädchen.**  
Von Adolf Philipp.  
**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Dill. Bismarckstr. 10.  
Heute: **Geschlossen.**  
Morgen letzte Vorstellung vor Pfingsten.  
**Durch Nacht zum Licht.**  
Vorher:  
Die Liebe auf den ersten Blick.  
Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf. Saal.

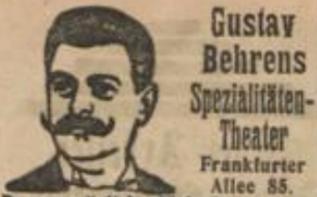
**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schönhauser Allee 148.  
Jeden Sonntag 4 Uhr:  
Konzert, Theater, Spezialitäten.  
Im Saale: **Tanz.**  
Bei unangenehmem Wetter findet die Vorstellung im Saale statt.  
**Trianon-Theater.**  
Anfang 8 Uhr: **Loulou.**

**Neu eröffnet!**  
**Welt-Ausstellungs-Biograph** (St. Louis)  
Theater lebender Photographien mit abwechselnd. Anormitäten-Prgr.  
Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.  
Den ganzen Tag Vorstellung.  
**Otto Pritzkow,**  
Münzstraße 16.

**Reichshallen.**  
**Stettiner Sänger**  
Anfang  
Bodenlängs  
8 Uhr,  
Sonntags  
7 Uhr.

**Etablissement Buggenhagen**  
Moritzplatz.  
Täglich im Garten begw.  
in den unteren Sälen  
**Gottschalk Freikonzert**  
Mittwoch u. Sonnabend: Freitanz.

**Schmökewitz** Gasthaus zur Palme am Zeddissee.  
(Endstation der „Stora“-Dampfer)  
**Hermann Peter.** Telefon: Grünau No. 39.  
Empfehle mein albelanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.  
Auspattung und Dampfheizung, Regelpaläste, große Kaffeeküche.  
Säle, Hallen, großer schattiger Garten, 2000 Personen fassend.



**Gustav Behrens**  
Spezialitäten-Theater  
Frankfurter Allee 85.

Das vorzügliche Mai-Programm!  
Auftreten  
erstklassiger Spezialitäten.

**Dobersteins Cristall-Palast,**  
Prinzenstr. 94.  
Täglich: Gesellschafts-Abend.  
Eintritt und Garderobe frei.  
Jeden Donnerstag u. Sonnabend  
Damen-Verein.  
Jeden Sonnabend: Extra-Ball.

**Arbeiter-**  
Berufs-Kleidung.  
Trikotagen  
Serren-Artikel  
Jetzt  
Brunnenstraße 155,  
zweites Haus u. d. Anklamerstr.  
Gelber Laden.

Allen Freunden, Bekannten und  
Parteilgenossen zur gefl. Nachricht:  
Am Mittwoch, nachts 11 1/2 Uhr,  
verlieh in der Privatstube, Botschafter-  
strahe, nach kurzen schweren  
Leiden meine liebe Frau, unsere  
gute Mutter, Schwiegermutter,  
Schwester und Tante  
**Anna Frentz**  
geb. Kubna  
1 Tag vor ihrem 49. Geburtstag.  
Dieses zeigen in tiefer Trauer an  
Beliebte.  
**Otto Frentz**  
den 24. 6. 00. nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet Sonntag,  
nachmittags 4 Uhr, vom Gemeinde-  
friedhofe Weihensee, Köllnische,  
aus statt. 20295

Gute  
**Schuhwaren**  
werden, weil immer  
große Posten unter Preis  
eintreffen, enorm billig  
verkauft Wienerstraße 15  
(am Görlitzer Bahnhof).

**Hüte** und Strohhüte  
für Herren und Knaben.  
Einzelverkauf zu Fabripreisen.  
Landbergerstr. 90, 1 Trepp.  
rechts.

Den am Mittwoch, den 23. d. M.  
erfolgten plötzlichen Tod unseres  
lieben Bruders, des Schriftlegers  
**Hans Noack**  
zeigen mit der Bitte um stille  
Teilnahme tief betrübt an  
**Kurt u. Wilhelm Noack.**  
Die Beerdigung findet Sonntag,  
den 27. d. M., nachmittags  
3 1/2 Uhr, von der Halle des Kir-  
chhofes Mariendorfer Weg aus  
statt. 20235

Am Mittwoch, den 23. Mai,  
verlieh an Darmbeschlingung  
unser lieber Kollege  
**Hans Noack**  
im Alter von 30 Jahren. 20246  
Die Beerdigung findet Son-  
tag, den 27. Mai, nachmittags  
3 1/2 Uhr, vom Kirchhofe Gemein-  
defriedhof (Mariendorfer Weg) aus  
statt.  
Die Kollegen der Hepsischen  
Offizin.

**Saufjagung.**  
Für die liebevolle Teilnahme und  
stilles Anteilnehmen bei der Be-  
erdigung meines lieben Sohnes  
**Willy Tilgner**  
sage ich allen Verwandten und Be-  
kanten, besonders dem Wahlverein  
Johannthal sowie dem Sparverein  
„Schöpfung“ Berlin meinen besten Dank.  
Die trauernde Mutter  
**Hedwig Sauerland.**

**Verein Berliner Hausdiener.**  
Todes-Anzeige.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege  
**Julius Krokowski,**  
Reubenburgerstr. 38,  
Mitglied seit 24. November 1884,  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Son-  
tag, den 27. Mai 1900, nach-  
mittags 5 Uhr, von der Halle  
des Simons-Kirchhofes in Berl.,  
Tempelhofer Weg, statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Allen Bekannten, Freunden und  
Genossen die traurige Nachricht,  
daß meine liebe Frau, unsere gute  
Mutter  
**Anna Gebhardt**  
am 23. d. M. gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, nachmittags 5 Uhr, von  
der Leichenhalle des Emmaus-  
Kirchhofes aus statt.  
Um stille Teilnahme bitten  
**Max Gebhardt**  
nebst Kindern,  
Eisenbahnstr. 32.

Zwei große Fahrträume, je 200  
Quadratmeter, m. elektr. Licht,  
Dampfbildung, elektr. Fahrstuhl, m.  
Bedienung (Doppelst.)  
Vetere-  
burgerstr. 58, p. 1. Oktober, ev. früher  
am verm. Näh. beim Vorort oder  
schriftl. b. Befiger Theodor Herrmann,  
Grenzauerstr. 41. 203/10

**Zentralverband der Steinsetzer,  
Pflasterer und Berufsgenossen  
Deutschlands.**  
Unterbezirk Berlin Norden.  
Todes-Anzeige.  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Steinsetzer  
**Hermann Schwerin**  
am 22. Mai verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 27. Mai, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Kasarerb-Kirch-  
hofes, West-Heinoldendörfer, Berliner-  
straße, aus statt. 174/2  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Bezirksleiter.

**Zentral-Verband der Maurer  
Deutschlands.**  
Zweigverein Berlin.  
Am 23. Mai verstarb nach  
langem Leiden unser altes Mit-  
glied  
**Christian Woitschack**  
62 Jahre alt, an Lungenerlei.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, nachmittags 6 Uhr, von  
der Leichenhalle des Emmaus-  
Kirchhofes in Rixdorf, Hermanns-  
straße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
143/6

Allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten die traurige Nach-  
richt, daß mein lieber Mann  
**Hermann Mahn**  
plötzlich verstorben ist.  
Die Beerdigung findet Son-  
tag, nachmittags 3 Uhr, von der  
Leichenhalle des Emmaus-Kirch-  
hofes aus statt.  
Um stille Anteilnahme bitten die  
trauernde Witwe  
**Selene Mahn,** Köllnische 42.

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
für den  
IV. Berliner Reichstagswahlkreis  
Görlitzer Viertel.  
Den Mitgliedern hiermit zur  
Kenntnis, daß unser Genosse, der  
Kantner  
**Hermann Mahn**  
nachstehend gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 27. Mai, nach-  
mittags 2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Emmaus-Kirchhofes  
aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Max Fabian,**  
Uhrmacher und Juwelier.  
Großes Lager in Uhren u. Goldwaren.  
Reparaturwerkstatt im Hause.  
Berlin SO., Wienerstraße 25,  
am Görlitzer Bahnhof.

# Zentrale für Herrenmoden, S. Littmann

No. 2. Oranienstr. No. 2.  
1 Minute von Station Hochbahn Oranienstr.

Hervorragende Auswahl zu enorm billigen Preisen:  
**Jackett-Anzüge,** moderne Stoffe, gediegene Ausführung . . . von 11<sup>50</sup> Mk. an  
**Jackett-Anzüge,** schickte Ausführung, Stoffe in englischem . . . von 13<sup>00</sup> Mk. an  
**Jackett-Anzüge,** Geschmack . . . von 14<sup>50</sup> Mk. an  
**Rock-Anzüge,** in hochfeiner, modernster Ausführung, . . . von 19<sup>50</sup> Mk. an  
**Rock-Anzüge,** 1- und 2-reihig, in gediegener Ausführung . . . von 19<sup>50</sup> Mk. an

**Sommer-Paletot** aus modernen Stoffen und vorzüglicher . . . von 10<sup>50</sup> Mk. an  
**Herren-Hosen** aus soliden Stoffen . . . von 2<sup>50</sup> 2,95 3,50 4,25 bis 12 Mk.  
**Knaben-Anzüge** . . . von 2<sup>50</sup> Mk. an bis zu den neuesten Modellsachen.  
**Große Auswahl in bunten Westen** . . . von 1<sup>50</sup> Mk. an

Elegante Maßanfertigung unter Garantie für tadellosen Sitz.

Geschäfts-Prinzip: Reelle Bedienung. Großer Umsatz. Kleiner Nutzen.

**16. Ziehung 5. Kl. 214. Kgl. Preuss. Lotterie.**  
Ziehung vom 25. Mai 1900, nachmittags.  
Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden  
Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

208 61 307 441 555 635 47 1045 219 51 415 660  
[2000] 736 870 930 57 62 2080 372 338 55 425 32 527 69  
639 817 48 [2000] 954 78 [5000] 3143 95 205 20 37 48  
97 356 74 632 817 76 950 4350 748 867 [2000] 914  
5049 792 919 6060 188 230 350 78 446 594 42 97 610  
826 [2000] 87 [2000] 7000 167 [5000] 75 [2000] 310 431  
63 8069 244 67 533 774 845 974 9030 35 176 519 891 68  
10127 89 435 11040 [2000] 130 51 98 222 454 839  
[2000] 600 [2000] 708 12083 88 311 62 410 [5000] 806  
25 35 720 [5000] 13082 90 132 [5000] 223 45 49  
[2000] 58 637 799 14180 463 721 890 64 77 97 15147  
258 500 80 855 16110 [2000] 202 770 17013 [2000] 111  
292 [2000] 308 33 41 697 898 18083 329 715 991 927  
[2000] 78 19161 301 461 65 735 [2000] 500 73 84 864 927  
41 64 [2000] 72

120097 230 347 [2000] 479 592 614 90 56 [5000] 739  
87 839 82 923 121222 577 617 92 710 840 [2000] 947  
122128 77 439 594 622 123043 63 289 419 [2000] 49  
686 823 638 96 124098 [5000] 131 33 94 95 214 65 361  
408 22 24 28 671 704 [2000] 922 60 125262 93 357 31  
82 85 677 829 41 [5000] 126321 25 409 9 40 547 55 83  
[5000] 90 695 765 83 822 87 62 79 127163 333 367 825  
778 830 45 128095 130 38 481 552 628 748 55 70 872  
[2000] 87 [2000] 129069 [2000] 134 432 632 742 945  
90 61

119 220 305 447 601 48 801 77 1014 66 361 [2000]  
95 411 [2000] 648 59 729 809 31 2043 69 348 372 508 34  
847 65 162 3121 60 298 435 59 [5000] 502 54 95 644 735  
801 52 93 4031 110 83 95 [2000] 236 306 713 55 56 944  
[2000] 5023 120 214 34 339 82 [5000] 442 687 [2000] 790  
1008 65 6001 [2000] 49 166 84 224 [2000] 813 78 7102 94  
[2000] 330 545 655 103 61 [5000] 71 957 8841 [2000] 445  
60 91 715 883 9026 302 50 [2000] 311 42 335 [2000]  
851 992

11028 200 38 430 748 884 11033 164 611 50 [5000]  
799 [2000] 120139 39 75 174 324 453 [2000] 600 62 92  
706 977 [5000] 13342 62 400 555 611 29 [5000] 29 743  
885 96 14016 245 87 558 723 892 [2000] 964 15003  
149 70 485 547 613 17 457 608 820 [2000] 207 49 324 41  
59 91 541 789 863 918 78 17190 330 83 607 803 989  
18308 2000 68 [2000] 939 19000 113 16 302 665  
20118 90 461 66 533 761 879 21203 62 395 [5000]  
403 511 751 810 650 22032 196 322 498 694 783 [5000]  
813 833 34 38 57 63 23168 291 360 619 54 59 729 814  
45 [5000] 92 [5000] 24038 222 99 408 535 59 629 710  
914 67 78 25243 506 11 801 26044 116 500 46 609  
74 [2000] 711 78 647 27116 206 443 86 28065 372 321  
49 29022 254 67 500 329 533 792

30069 230 305 425 616 795 922 72 [2000] 31226 364  
583 92 631 69 709 880 980 [2000] 32233 48 417 60 824 33  
293 33039 65 [2000] 165 253 38 311 [2000] 698 654 701  
[2000] 816 34039 100 262 441 89 590 678 34 35008  
103 86 785 34039 100 262 441 89 590 678 34 35008  
89 294 344 436 508 30 971 38034 395 383 99 616 777  
99 828 89 97 810 71 39026 182 310 401 72 942  
40220 27 33 237 87 530 899 92 802 41108 9 220  
32 328 760 825 42008 12 [2000] 79 163 [2000] 275 350  
433 960 43043 67 [2000] 63 921 46028 [2000] 353 [2000]  
55 765 646 49 706 [2000] 63 921 46028 [2000] 353 [2000]  
40 745 642 618 96 715 824 47294 333 413 703 74 [5000]  
891 46988 104 15 206 422 894 [2000] 55 718 910 60  
49050 633 83 751 [2000] 67 [2000] 90  
50024 244 74 312 408 [2000] 788 930 [2000] 47  
51096 2 656 913 [2000] 65 52137 320 412 77 693  
53720 866 913 66 54000 414 701 41 [2000] 65099  
120 [2000] 941 63 56154 442 514 574 116 26 831 84 85  
630 57236 497 007 14 786 [2000] 492 19 68298 72 83  
273 393 425 634 32 83 59007 697 57 535 686 838 90  
60448 71 509 601 708 90 380 61013 83 247 [2000]  
59 366 944 92 [2000] 62001 11 384 422 72 549 78 910 18  
63223 94 381 90 479 559 [2000] 69 678 51 [2000] 67 821  
947 96 64023 268 77 210 61 68 451 664 731 53 [2000] 61  
[2000] 928 65 65345 439 927 33 71 612 50 89 923 77  
60016 [2000] 102 232 510 24 25 [2000] 694 45 726 823  
67034 54 96 80 138 328 676 72 927 68038 192 250  
[2000] 318 92 746 50 84 805 44 970 79 69008 155 288  
439 941 78

120011 567 613 713 968 53 [2000] 221075 148 69  
478 699 799 69 949 [2000] 222193 202 301 438 735  
801 911 28 223165 74 250 369 597 [2000] 627 43 43 818  
555 224077 106 65 201 446 727 898 225132 [2000] 247 62  
360 89 417 506 [2000] 9 914 226691 91 127 43 62  
341 [2000] 62 645 68 227500 78 610 896 923 30 59  
[2000] 228187 301 39 [2000] 639 74 766 [2000] 75  
805 229064 [2000] 192 235 510 648 [2000] 99 793 631  
68 83 839

100110 292 435 490 671 231082 298 329 92 832 63  
230 98 232166 86 [2000] 202 33 639 51 775 837 643  
920 [2000] 176 477 581 [2000] 759 848 923 78 234116  
71 88 289 97 328 94 413 27 61 871 855 235688 166  
[2000] 270 424 64 691 11 53 701 872 236149 83 263  
71 363 536 698 [2000] 705 98 237019 90 668 [2000]  
839 927 238070 170 76 351 590 730 924 75 239032  
43 195 217 18 78 535 84 006 830 66

24 45 225 458 701 79 904 123002 87 120 33 [2000] 248  
309 39 42 60 540 77 [2000] 688 756 74 123009 183 839  
919 [2000] 124001 19 212 516 609 46 80 881 945 72  
125238 232 449 640 809 902 21 126237 300 412 654  
758 75 127031 136 [2000] 253 395 422 56 707 128133  
264 416 56 73 590 129027 38 237 360 400 646 782 991  
130246 60 329 28 68 73 96 404 614 827 60 87 892  
131073 167 296 [2000] 319 31 [2000] 019 59 132245  
420 589 624 759 813 71 [2000] 988 133214 455 678 699  
889 134129 407 809 692 [2000] 978 135303 463 73 870  
77 648 136184 282 518 29 724 800 926 137234 357  
489 84 623 892 639 53 138613 352 54 440 [2000] 65  
654 735 801 90 139149 74 272 317 42 [5000] 496 604 70  
720 879 85

**Gardinen**  
12282\*  
Spezialität: Seiffens- u. Jugend-  
stil, 250 Muster, Katalog,  
600 Illustrationen umfasst.  
Emil Lefèvre, Berlin S., 158.  
Oranienstr.

**Anzüge**  
neuester Mode  
**Robert Bohn,**  
Berlin N., Invalidenstr. 135.  
Herren- u. Knaben-  
Garderoben  
fertig u. nach Maß.  
Strong reoff!

**Wetzlarer**  
**Geld-Lotterie**  
Ziehung  
6. u. 7. Juni cr.  
8496 Geldgewinne.  
Hauptgewinn: Mark  
**70 000**  
**50 000**  
Lose a 3 Mark.  
(Porto u. Liste 30 Pf. extra.)  
**Oscar Bräner & Co. Nachf.**  
G. m. b. H., Bankgeschäft.  
Berlin W., Friedrichstraße 181  
u. Andreasstraße 46a.

**Kiekemal Haidekrug!**  
Neu eröffnet: Restaurant  
für Ausflüge und Partien. • Herrlich am Walde gelegen.  
**Großer Saal (450 Pers.)** Sonntags: Frei-Tanz.  
Schattiger Garten. • Regelmäßige Kaffeezeit. • Musikspannung.  
• Sommerwohnungen und Zimmer noch zu vermieten.  
Telephon: Friedrichshagen 272. • **H. Schmidt.**  
**Stettin-Skandinavien**  
vermittelt hochelegant mit allem Komfort eingerichteter  
Schnelldampfer  
**Stettin-Kopenhagen-Christiania** (via Frederikshavn)  
jeden Sonnabend und Mittwoch nachm. 2<sup>1/2</sup> Uhr.  
**Stettin-Kopenhagen-Göthenburg**  
jeden Dienstag u. Freitag  
nachm. 2<sup>1/2</sup> Uhr.  
Prospekte gratis und franko durch  
**Gust. Metzler, Stettin P. Det Forenede Dampskibs Selskab Kopenhagen.**

**:: Hutfabrik ::**  
**Alfred Krug,** Brunnenstraße Nr. 54,  
Schönhauser Allee 115.  
Herrenhüte M. 1,00, 2,40, 3,—, ff. 4,50.  
Zylinder M. 6, 8, 10, 12 inkl. Reifelein.  
Strohüte a 40, 50, 60, 70, 80, ff. 2,40, 3,— u. 4,—.  
Größte Spezialgeschäfte im Norden!  
Leser dieser Zeitung 5 Proz. Rabatt! 13112\*

**Magendoclor** Wurm's Generaldepot  
befindet sich jetzt  
**Berlin O. 27**  
an der Michael-Brücke 1.  
Telephon Amt 7, Nr. 238. (1246L\*)  
ist das Beste für den Magen!

**W. Zapel,**  
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.  
Größtes Spezial-Geschäft  
für Seiden- und Filz-Hüte.  
Größte Auswahl in Strohhüten.  
Lager in Schirmen und Mützen. 12641\*

**Wo?**  
machen wir diesen Sommer unsere Landpartien hin?  
Nach Pichelswerder **alten Freund.**  
zum  
Garten bis 1500 Personen haben bei schlechtem Wetter bequemen Platz.  
Es ladet ganz ergebenst ein  
Fernsprecher Ebnau: 814. Küche stets in altbekanntester Güte.

**Reiseglas** weißes, lichtstark 9,00  
mit Elui u. Riemen 9 Mk.  
Weltbekannt sind  
**Rathenower Augengläser.**  
Echt Rathenower Brillen **1,00**  
Pincenez (echt Nickel) **1,50**  
" Double **5,00**  
" Gold **12,00**  
" Schlidpatt **4,50**  
Opern- u. Reisegläser von 6,00 an.  
Barometer, garantiert gute Werke,  
von 6,00 an.  
**A. Grün, Optiker,**  
Brunnenstraße 4,  
am Rosenthaler Tor.

**TUMA-ZARI**  
Beste 2 Pfg.-Zigarette.  
2062\*

**Doppel-Kavalier**  
Uhrkette nur  
**98 Pfg.**  
Als Geschenk  
eine Kavalier  
Gelduhr  
gratis  
Diese prachtvolle, feuervergoldete Doppel-Kavalier-Uhrkette, genau  
wie Abbildung, kostet nur **M. 0,98.** 10 Stück auf einmal nur **M. 9,—.**  
Vorteil und Versandpost extra. Jeder Uhrkette wird eine Kavalier-  
Gelduhr, circa 5 Mk. Kleingeld fassend, gratis beigelegt. Versand nur  
per Nachnahme. 2079\*  
Katalog mit circa 4000 Gegenständen gratis und franko.  
**Gebr. Wolfertz, Versandhaus „Rotkäppchen“** Wald bei  
Solingen 1235.

**Jeder Arbeiter,  
Jeder Handwerker  
sollte zur Arbeit  
die Lederhose Herkules tragen.**  
Allein-Verkauf. Sehr starkes Leder in  
professoren grauen u. braunen Streifen,  
auch einfarbig. Am Bund aus einem  
Stück gearbeitet. Sehr feste Knap-  
pötte. Halbbarte Hölz- u. Läden.  
Große Hüllen umfasst. Die Hose  
bei Umarmung non  
4 Mt. 50  
Randerhose Marke Gam-  
brinus, Bohnenfelle ... 5 R. 50  
Gefütterte Randerhose, Bockel 14, 50, 8, 75  
Schöne Randerhose, Bockel 1 R. 90  
Schöne Randerhose, Bockel ... 1 R. 50  
Schöne Randerhose, Bockel ... 2 R. 50  
Schöne Randerhose, Bockel ... 2 R. 10  
Weiße Randerhose, Bockel ... 2 R. 75  
Randerhose, Bockel ... 4 R. 50  
Randerhose, Bockel ... 2 R. 25  
Randerhose, Bockel (braun) ... 2 R. 40  
Weiße Randerhose, Bockel ... 7,50, 3 R. 75  
Weiße Randerhose ... 4,50, 2 R. 50  
Kesseltrecker-Anzüge, blau,  
nach Vorstell ... 5 R. 50  
Die Preise gelten für normale Größen.

**Baer Sohn**  
En gros. Export. En detail.  
Chausseest. 2 la 25. Brückenstr. 11.  
Gr. Frankfurtstr. 20.  
Das 2. Haupt-Preisbuch 1906 wird  
kostenlos und portofrei zugewandt.  
Bei Bestellung von Hosen ist die  
Längsweite und die Schrittlänge, bei  
Jacketts und Kitteln die Brustweite  
anzugeben. 7782\*  
— Versand von 20 R. an franko. —

**Zigarren-Branchen.**  
Ein bei der Runderhose gut einge-  
führter junger Mann mit 5-8000  
Mark Kapital kann sich mit einem  
tätigen Fachmann an einem in  
Berlin zu gründenden Hamburger  
Zigarren-Groß-Lager beteiligen.  
Offerten und H. S. 5284 besendet  
Rudolf Mosse, Hamburg. 126/20

**Jedes Wort 10 Pfennig.**  
Das erste Wort (setzgedruckt) 3 Pfg. Stellengesuche  
und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort  
(setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben  
zählen doppelt.

**Kleine Anzeigen**

**ANZEIGEN**  
für die nächste Nummer werden in den Annahme-  
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis  
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69,  
bis 5 Uhr angenommen.

**Verkäufe.**  
Ein Kasten Wäschepflege mit  
Beschleuniger und einer Fabrik, nur in  
Größe 175x250 und 200x300 zu  
noch nie dagewesenen Spottpreisen.  
Weidenbergs Teppichhaus, Große  
Frankfurterstraße 125.  
Angekauft Gardinen und  
Stores, 1, 2, 3 Fenster, jetzt für die  
Hälfte des früheren Preises. Extra  
große Tüllbestände, creme und weiß,  
2,15; 2,45; 2,85; 3,25 usw. Weiden-  
bergs Teppichhaus, Große Frank-  
furterstraße 125.  
Zum Ausverkauf: Schlafbetten  
1,35; 1,75; 2,15; 2,65 usw.; umhüllte  
Stahlbetten, Wert 7,50 jetzt 3,85.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,  
nur so lange Vorrat, 4,65; 5,25;  
5,85; 6,35; 6,75; 7,85 usw.  
Wäsche- und Tuchportieren, Best-  
bestände 1, 2, 3 Fenster enorm billig,  
einzelne Stücke unter Preis. Tuch-  
schneiden jetzt Stück 1,65; 1,85;  
2,15; 2,65; 3,25 usw.  
Wäschepflege mit Beschleuniger,

Partei-Angelegenheiten.

Generalversammlungen der Wahlvereine!

Die Generalversammlungen der einzelnen Wahlvereine finden am 26. Juni d. J. statt. Am 29. Juli d. J. tagt die Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Der Aktionsausschuss.

Ober-Schönweide. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Vorstand beschlossen hat, denjenigen Mitgliedern des sozialdemokratischen Wahlvereins, welche nach dem 16. Mai noch ausgesperrt sind, gegen Ablieferung der Quittung für Monat Mai den Betrag beim Kassierer zurückzuerstatten (nur für „Vorwärts“). Der Kassierer wohnt Siemensstr. 8, Burglitz. Der Vorstand.

Schwabe. Am Sonntagmorgen 4 Uhr findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Heinrich, Handels Abgabe, statt. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Das Recht des Armen auf Unterstützung.

Haben die Armen ein „Recht“ auf Unterstützung? Sie selber meinen: ja. In der Theorie haben sie es auch — es ist ihnen sogar durch Gesetz gewährleistet. In der Praxis aber gestaltet sich die Sache so, daß der Arme eigentlich völlig rechtlos dasteht, wenn die Organe der Armenverwaltung befinden, daß er einer Unterstützung nicht bedürftig oder nicht würdig sei.

Gewiß, wir haben in Berlin die schöne Einrichtung, daß die Armen sich über die Kommission beschweren können, die ihnen die Unterstützung verweigert. Aber wie oft hat denn das irgend welchen Erfolg? Herr Stadtrat Münsterberg, der Leiter unseres städtischen Armenwesens, den so viele Arme als ihrer rettenden Engel betrachten (so lange sie ihn noch nicht kennen gelernt haben), ist stolz darauf, daß sich nur selten ein Anlaß bietet, die Entscheidungen der Kommissionen zu korrigieren. Was die Kommissionen tun, das ist wohlgetan. Was sollte auch aus der vielgepriesenen Selbstverwaltung werden, wenn es nicht dabei bliebe, daß die Vertreter des freisinnigen Bürgertums, die in den Kommissionen regieren, ihre Sache vortrefflich machen?

Es empfiehlt sich, diesen allmächtigen Herrschaften gelegentlich wieder mal ein paar ihrer Leistungen vor aller Öffentlichkeit unter die Nase zu halten. In der Regel versprechen wir uns ja nicht allzu viel von einer Veröffentlichung der Beschwerden Armer über die Armenverwaltung. Wir müssen uns von vornherein darauf gefaßt machen, daß die Organe der Armenverwaltung auch hier immer wieder Recht behalten. Stadtrat Münsterberg untersucht — und hinterher erklärt er entrüstet, es sei alles nicht wahr. Der Herr hat eben keine Ahnung davon, wie seine Leute ihre Geschäfte erledigen, wie sie bei den Armen recherchieren, wie sie sie behandeln usw.

Da ist ein Mann, der früher der Post als Hülfsbote gedient hat. Heute ist er krank und fast vollständig unfähig zu irgend welcher Erwerbstätigkeit. Er bezieht eine Monatsrente von 11,65 M.; seine Frau hat eine Hausreinigungsstelle, deren Ertrag noch nicht ganz die Miete deckt. Da noch kleine Kinder da sind — das Ehepaar hat sieben Kinder, angefangen von 12 Jahren bis herunter zu 2 Jahren —, so kann andere Arbeit von der Frau kaum übernommen werden. Die Armenverwaltung gab ihnen eine Kleinigkeit dazu, früher 10 M., auch 12 M., aber zuletzt nur 6 M. Doch auch das war offenbar noch „zu viel“. Der Mann hielt es für zu wenig und machte eine Eingabe um Erhöhung; denn auch er hoffte auf den rettenden Stadtrat. Ungeduldig lief er wiederholt zum Kommissionsvorsitzer, um zu hören, was darüber entschieden worden sei. Aber der fuhr ihn an, er solle warten, bis er Bescheid kriegt. Nun wartete er in Geduld — aber der Bescheid blieb aus. Schließlich schrieb er ein zweites Mal an die Armenverwaltung, und da kam denn endlich eine Antwort. Was stand darin? Er habe ja die ihm bewilligte Unterstützung nicht abgeholt — in Wirklichkeit hatte der Mann keine Ahnung, daß etwas bewilligt war —, mithin sei anzunehmen, daß er nicht Not leide.

Da ist weiter eine Frau, die früher Zeitungen austrug. Ein Unfall, nach dem eine Steifheit der linken Hand zurückblieb, gestaltete keinen anderen Erwerbszweig. Siebzehn Jahre hindurch hatte sie diesen aufreibenden Beruf ausgeübt, dann konnte sie auch das nicht mehr, weil sich bei ihr Krampfadern und Beinleiden entwickelt hatten. Seitdem bezieht sie 10,35 M. Invalidenunterstützung. Die Armenverwaltung zahlte eine Beihilfe, die sich zuletzt auf 16 M. belief. Wöchentlich fiel es irgendwann ein, daß die alte Frau doch wohl noch erwerbsfähig sein müsse. Sie wurde angefordert, sich gemäß einem Beschlusse der Armenkommission vom Armenarzt untersuchen zu lassen. Da sie dieser Anordnung nicht sofort nachkam, so wurde ihr für einen Monat die Unterstützung entzogen. Vom nächsten Monat ab gab es dann — 10 M.; da hatte die Stadt doch wenigstens 6 M. herausgeschunden. Die Frau ist jetzt 66 Jahre! Ja, die Herren aus der Armenpflege sind gewissenhaft.

Sie sind nicht nur gewissenhaft, sondern auch empfindlich, wie der folgende Fall zeigt. Eine Frau, die sich früher durch Waschen oder Reinemachen ernährte, jetzt aber krank ist und höchstens noch durch einen Straßenhandel mit Brezeln usw. etwas verdient, war seit Jahren von der Stadt unterstützt worden, zuletzt mit 12 M. Als sie um mehr bat, kam ihr ein Rechercher ins Haus und schalt, daß sie trotz wiederholter Erhöhung nun noch nicht zufrieden sei. Da wurde die Frau von Wut gepackt, und sie ersuchte den Mann, sich mit seinem Geld aufzuhängen! Das war nun freilich sehr gegen den Respekt und mußte bestraft werden. Als bald kam ein Brief, in dem die Armenverwaltung mitteilte, wegen ihres Verhaltens gegen den Armenpfleger sei das bisherige Almosen abgesetzt worden. Bei erneuter Hilfsbedürftigkeit solle sie ins Obdach gehen.

Mancher wird es nicht recht begreifen, daß das Almosen eine Belohnung für Wohlverhalten sein soll und bei Mangel an Tätigkeit entzogen werden kann. Ja, auch wir begriffen das nicht sofort. Wir hatten bisher immer gedacht, Almosen würden für Hilfsbedürftigkeit gewährt und nicht für Liebeshandlung gegenüber Kommissionsmitgliedern. Aber nach diesem Schreiben der Armenverwaltung bleibt nur übrig anzunehmen, daß wir uns da in einem Irrtum befunden haben. Haben die Armen ein „Recht“ auf Unterstützung? Die Frage beantwortet sich hiernach von selber.

Aus dem Magistrat. Der Magistrat hat sich am Freitag mit den Plänen für die Durchlegung der Hofstraße über die Königsgrabenstraße nach der Rennstraße bezw. dem Kemperplatz beschäftigt, wofür etwa 4 1/2 Million Mark erforderlich sein würden. Diese Durchlegung wurde mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten abgelehnt. Genehmigt wurden die Pläne für die Anlage einer neuen Straße auf dem Wilhelmplatz zur Verbindung der Hofstraße mit der Mohrenstraße. Diese Pläne gehen dahin, die beiden Denkmäler von Zieten und Winterfeldt an ihren jetzigen Standorten zu belassen und die Mohrenstraße mit einem Oval in der Mitte des Platzes bis zur Wilhelmstraße durchzulegen.

Endlich!

Die von den städtischen Behörden vor Jahr und Tag beschlossene Erweiterung der Sonntagstraße für die Fabrik-, Engros-, Bank-, Versicherungs- und Agentengeschäfte ist, wie wir hören, endlich vom Oberpräsidenten genehmigt worden, nachdem der Polizeipräsident das Ortsstatut beanstandet hatte, weil angeblich die Expeditionsgeschäfte mit der zweistündigen Arbeitszeit am Sonntag nicht auskommen. Ausgenommen von der Ausbehnung der Sonntagstraße sind nur der Engros- und Handels- und Genussmittel und mit dem zu deren Erhaltung dienenden Eis.

Wir haben erst kürzlich die Frage gestellt, wo denn die schon lange beschlossene Sonntagstraße für die in Betracht kommenden Geschäfte bleibt. Sollte man sich infolge dieses sonstigen Rippenstoßes wieder an die Sache erinnern und die bald verstaubten Pläne endlich erledigt haben? Daß man sich soviel Zeit zur Erledigung einer so einfachen Sache läßt, kennzeichnet unsere heutige Sozialreform recht treffend.

Bestige Explosionen haben wiederholt die Anwohner der Michaelstraße in die größte Aufregung versetzt. Alle Nachforschungen nach ihrem Ursprung aber waren bisher erfolglos geblieben. Man suchte jedesmal die Gründe, die Fahrzeuge, die Häuser, ja sogar die Stadtbahn in der Nähe ab, jedoch niemals wurde etwas gefunden, was mit dem heftigen Knall, der bald oder bald unterhalb der Brücke gehört wurde auch nur mittelbar zusammenhängen konnte. Die Gesichtslosigkeit war mitunter so geheimnisvoll, daß man an Sinnesstörungen der beteiligten Leute dachte. Donnerstag endlich wurde das Rätsel gelöst, der Urheber der Explosionen ermittelt und festgenommen. Am diesem Abend um 7 Minuten nach 7 Uhr gab es angesichts der vollbesetzten Vergnügungsdampfer in der Nähe der Brücke fünfmal hintereinander einen lauten Knall mit einer starken Rauchentwicklung auf der Spree. Alles erschrocken heftig über die unerklärliche Erscheinung, die einmal aber schon zwei Damen, die auf einem nach dem Wasser hinausgehenden Balkon saßen, woher sie kam. Sie bemerkten, wie ein Kabfahrer plötzlich etwas über das Brückengeländer warf, dann nach der Michaelstraße zu fuhr und in der Menge verschwand. Eilfertig liefen sie hinunter, wandten sich an einen Schuttmann und sahen mit ihm in einer Drofsche dem Kabfahrer nach, weil unmittelbar auf seine Würfe fünfmal der Knall erfolgt war. Die Verfolger holten den Mann ein und der Wachtmeister nahm ihn fest. Es ist ein Ingenieur Paul J. aus der Ritterstraße, der in der Markustirche eine chemische Fabrik besitzt. Bei ihm befand sich ein fünfzehnjähriger Sohn, der hinten auf dem Rade stand und an dem Schreden des Publikums ebenso seine Freude hatte, wie sein Vater. J., den die beiden Damen auch bei früheren Explosionen schon in der Gegend gesehen hatten, gibt zu, diese alle verursacht zu haben, indem er Behälter mit Natrium in das Wasser warf. Er hatte die Stoffe in größerer Menge in der Fabrik, obwohl er ihn zur Herstellung seiner Erzeugnisse nicht gebrauchte. Um ihn los zu werden, sagt er, warf er ihn in die Spree. Ein Behälter fiel vorgestern auf einen Brückenspieler und wurde von der Polizei beschlagnahmt. J. wurde gestern mittag wegen groben Unfugs mit Rücksicht auf die Schwere seiner wiederholten Verfehlungen von der Kriminalpolizei dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Er kennt als Chemiker die Wirkung des Natriums in Verbindung mit Wasser und auch die Ungefährlichkeit dieser Explosionen.

Die neueste Bilderversammlung. Der polizeilichen Auflösung entgegen mit genauer Not eine Bilderversammlung, die am Mittwochabend bei Guggenbogen abgehalten wurde. Graf Biedler erklärte, er sei aus seiner Festungshaft in Weichselmünde nur beurlaubt und müsse wieder auf die „alte Saubude“ zurück. Sein Gnadengesuch an den Kaiser auf Erlass des Restes seiner Strafe sei abschlägig beschieden worden. Das sei eine große Unbilligkeit, zumal seine Familie den hohenrollern wertvolle Dienste geleistet habe. „Wein alter Onkel war 50 Jahre lang Hofmarschall beim Kaiser Wilhelm I. Die einfache Pflicht der Dankbarkeit hätte es erfordert, daß mir die paar Wochen Haft im Gnadenwege erlassen worden wären“. In seinem Vortrag über das Thema „Die in Fäulnis geratene Gesellschaft“ bezeichnete sich Biedler dann als „revolutionären“ Sozialisten, der das deutsche Volk zum Kampf führen müsse gegen die Fürsten. Wenn die hohenrollern nichts mehr für uns tun, dann werden wir in Zukunft ihnen fremd und feindselig gegenüberstehen“. Vor allem müsse die Billigkeit des Kaisers um 10 Millionen gelöst werden. Als Graf Biedler bei dieser Gelegenheit eine Anrede an Majestätsbeleidigung grenzende Redewendung brauchte, griff der überwachende Polizeihauptmann zu seinem Helm, um die Versammlung aufzulösen, der Vorsitzende verhinderte dies aber dadurch, daß er die Versammlung auf zehn Minuten vertagte. Dieser Vorsitzende, ein junger Mensch, mußte sich übrigens von Biedler eine recht sonderbare Behandlung gefallen lassen. Als er während des Vortrages um „Aufhe für den Grafen“ erluchte, fuhr ihn der gräfliche Bedner an: „Ach, halten Sie den Schnabel!“ Die Harmonie wurde aber dadurch nicht weiter gestört.

Wenn auch niemand den Grafen mehr recht ernst nimmt, so dürfte es doch charakteristisch für die Behandlung wegen politischer Vergehen sein, daß Graf Biedler Urlaub aus seiner Festungshaft erhält und dazu benutzen kann, seinen Wobstimm weiter zu kolportieren. Gegenüber Sozialdemokraten wird der Strafvolzug nicht in dieser Weise gehandhabt.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern vormittag gegen 1/2 Uhr in der Charlottenstraße. Der 14jährige Lausburger Anton Schulz, WdW. 50 wohnhaft, wollte zur genannten Zeit den Fahrweg an der Kreuzung der Mohrenstraße überfahren, und lief unmitttelbar vor einem Motorwagen der Straßenbahnlinie 84 auf das Gleis, wurde niedergedrückt und geriet unter die vordere Plattform. Das rechte Vorderrad des schweren Kraftwagens ging über die rechte Hand des Knaben hinweg. Anton Schulz wurden Daumen und Zeigefinger buchstäblich von der Hand abgetrennt. Der Schwerverletzte wurde zunächst nach der Unfallstation in der Kronenstraße und von dort nach der königlichen Klinik in der Ziegelstraße gebracht.

Um Briefkasten einzufangen wurde die Feuerwehrt am Mittwochabend nach dem Industrieplatz in der Weißstraße gerufen. Man ließ die Tauben aber ungerührt auf dem Dache sitzen.

Vom Duellunfall. Eine hiesige Korrespondenz weiß von einem neuen Duell aus der Nähe Berlins zu berichten. Sie schreibt: Am Dienstag früh fand in der Umgegend Berlins ein Pistolenduell zwischen einem ausländischen Offizier und einem hiesigen Schriftsteller statt. Die Bedingungen waren die schwersten, sie lauteten bis zur Kampfunfähigkeit des einen Gegners. Bereits im ersten Gange wurde der Offizier durch einen Schuß in die Brust schwer verletzt. Veranlassung zu dem Duell haben Vorkommnisse sehr seltsamer Art

gegeben, die schon im Februar zu einem Duell zwischen dem Schriftsteller und einem anderen ausländischen Offizier geführt hatten. Es wurde damals im Ausland ausgetragen, wobei der betreffende Offizier ebenfalls schwer verwundet wurde.

Arbeiter-Bildungsschule. Der am Donnerstag ausgefallene Unterricht im Gewerkschaftswesen wird am Sonntag, den 27. d. M., vormittags 10 Uhr, in Saal 8, nachgeholt. — Sonntag, den 3. Juni (1. Pfingstfeiertag), Ausflug nach Boigts Krampenburg, „Berliner Alpen“, bis-a-bis Schmöckwitz.

Kadrennen. Ein eigenartiges Bild bot am Himmelfahrtstage in Treptow die kleine Treptower Bahn. In gleichmäßiger Weise fuhrn da 16 Fahrer ein 24 Stundenrennen zu Ende. Schon Mittwochmorgen um 5 Uhr war der Start und hatte sich eine ansehnliche Menge eingefunden, dem Schauspiel eines solchen nach amerikanischem Muster geleiteten Rennens beizuwohnen. Je zwei Fahrer bildeten eine Mannschaft, die sich nach Belieben ablösen kann und bei etwaigen Kämpfen um den Vorrang muß der Partner stets bereit sein, einzuspringen und den Vorkampf vergrößern helfen. Das holländische Paar Stol-Vanderstuijft leistete in dieser Hinsicht das Beste und fiel der endliche Sieg mit 789,810 Kilometer an beide. Eine schöne Leistung, wenn man die Bahnverhältnisse in Betracht zieht. Von den anderen Teilnehmern sicherten sich Kubela-Gebpach und Wader-Schenermann mit einer Runde zurück den zweiten und dritten Platz, während Theile-Wegener und Hellenmann-Stellbrück mit zwei Runden vierte und fünfte wurden. Die Dänen Johannsen-Gelmsboeck erndeten vier Runden danach und Löwenberg-Stanned sowie Kessel-A. Müller gaben nach Beendigung der 23. Stunde das Rennen auf, da sie mit 7 bzw. 5 Runden Rückstand keine Aussicht auf Sieg hatten. Das Rennen selbst verlief in ziemlich eintöniger Weise, da verschiedentliche Ausreißversuche durch das geschlossene Zusammenhalten der anderen erfolglos blieben. In der ersten Stunde wurden 88,560 Kilometer (Reford 80,576) zurückgelegt und hülte hier das Paar Löwenberg-Stanned durch Sturz eine Runde ein, der jedoch glimpflich verließ, wie überhaupt die anwesenden Mitglieder des „Samariter-Kabfahrervereins“ erfreulicherweise nicht oft in Tätigkeit treten brauchten. — Dagegen wurde im Dunkel der Nacht von der Außenseite der Bahn von feiger Substanz ein Schurkenreich verübt, indem der nicht ermittelte Täter ein großes Stück Holz auf die Bahn warf und nur durch glücklichen Zufall entgingen die Fahrer dem Unheil. — Je weiter die Nacht rückte, je weniger Zuschauer blieben und am Morgen waren noch zusa 150 Personen anwesend. In ruhiger Fahrt geht das Rennen weiter und erst in den Vormittagsstunden brachten die unermüdeten Stol-Vanderstuijft durch sorgfältiges Spurten Leben in das Bild und der Erfolg blieb ihnen, denn die anderen vermochten nicht nachzukommen. Der Sieger der Uhr rückte weiter, Stunde um Stunde voran und als der Schluß des Rennens nahte, galt es nur noch einen Kampf um die nächstbesten Plätze, die, wie eingangs erwähnt, besetzt wurden. — Unter jubelndem Beifall der Menge fuhrn die Sieger ihre Ehrenrunde.

Der Sportpark Siegitz hatte wieder einen seiner glanzvollen Tage, stand doch das „Große Goldene Rad“, Dauerrennen mit Motorschrittmachern über 100 Kilometer (2000, 1500, 1200 und 1000 M., dem Sieger außerdem eine goldene Medaille im Werte von 500 M.) auf dem Programm. Die Befragung war eine so anderleiene, wie sie kaum vorher ein Rennen aufzuweisen hatte. Außer dem Weltmeister Th. Robl, der bereits viermal die Trophäe gewonnen hatte, war der Holländer P. Didentmann, der am vergangenen Sonntag einen glänzenden Sieg in der „Goldenen Kette“ erfocht, der Amerikaner Nat Butler, der Zweite in jenem Rennen, und endlich der Franzose Paul Guignard zur Teilnahme bestimmt. Zu dem erwarteten heißen Wettkampf sollte es aber nicht kommen, denn außer Didentmann hatten alle anderen mehrfach unter Kadshäden und Motorwechsel zu leiden. Didentmann übernahm beim Beginn des langen Rennens sofort die Spitze, Robl wie stets als Letzter. Langsam holte er auf — Butler und Guignard hatten schon nach 20 Kilometer erhebliche Verluste — und näherte sich dem Holländer bis auf eine halbe Runde. Beim 48. Kilometer hatte Robl aber Kadshäden, und ehe ein anderes Rad zur Stelle war, hatte er drei Runden verloren, die bei dem scharfen Zuge Didentmanns nicht wieder einzuholen waren. Ehe er wieder in Schwung kam, hatte ihn auch Butler passiert; dann aber setzte Robl Dampf auf, und es gelang ihm, fast eine Stunde gut zu machen. Doch als er beim 95. Kilometer von seiner Führung abfiel, gab er den Kampf auf und verließ die Bahn, den zweiten Platz dadurch an Guignard abtretend, der vom 80. Kilometer vor Butler gegangen war.

Die 100 Kilometer wurden von Didentmann in 1 Stunde 20 Minuten 44 1/2 Sekunden beendet, Guignard war 4750 Meter und Butler 6150 Meter zurück. In der Stunde hatte Didentmann 84,760 Kilometer, Robl 82,910 Kilometer, Guignard 80,120 Kilometer und Butler 79,560 Kilometer, zurückgelegt. Vom 20. Kilometer an bis zum Schluß wurden die erst am vergangenen Sonntag neu aufgestellten neuen Weltrekorde ohne Windfänger abermals verbessert.

Der Berliner Zoologische Garten hat dieser Tage einen jungen Goral erworben, eine jener interessanten Gebirgsantilopen, die noch vor kurzem nur äußerst selten lebend nach Europa gelangten. Jetzt besitzt der Garten außerdem noch zwei verwandte Formen, den größeren Himalaya-Gerow und die eigenartige amerikanische Schneeziege, das ist eine wohl einzig dastehende Sammlung dieser seltener erlangenden Alceiter, die wegen ihrer äußeren Ähnlichkeit mit den Ziegen auch als Ziegenantilopen bezeichnet werden. Der Goral ist ein Bewohner des Himalaya und wird in Inner-Asien bis nach Japan durch einige ihm sehr ähnliche Verwandte vertreten. Zwei Gehege des Genssen- und Lamaberges vereinigen nebst Zharziege und Kaburchaf die eigenartige Gesellschaft.

Im Berliner Aquarium sind durch die diesmaligen Neuzuführungen nicht nur alle Gruppen und Kreise der wirbellosen, sondern auch die verschiedenen Klassen der Wirbeltiere bedacht worden. Zum erstenmal hier vertreten ist eine Gattung und Art der Schildkröten (Hydraspis Hilairei), welche aus Brasilien stammt, wo auch die verwandten Plattschilddrüsen (Platemys), welche alle durch flache oder platte Rückenschale, flachgedrückten Kopf, Kinnhäkel, große Schwimmhäute und einen langen, nebst dem Kopf seitwärts unter den Rückenpanzer zu legenden und vordrängelbaren „Schwanzhals“ sich auszeichnen, zu Hause sind. Der Abteilung der geschwänzten Amphibien überwies Herr J. Wahrauer-Berlin einen zur Familie der Olme gehörigen Lurch. Die Besände der ausländischen Süßwasserfische wurden durch Herrn Fischzuchtanstaltsbesitzer Anton-Eberwalde ergänzt um mehrere Forellenbarsche, eine nordamerikanische Art, die auch bei uns schon ihres garten und schmuckhaften Fleisches wegen hochgeschätzt wird. In der künstlichen Fischzucht an der großen Treppengrotte findet der Besucher eine Gesellschaft mobiler, aber noch etwas unförmlich erscheinender Fische, nämlich junge Lachse, welche hier das Licht der Welt erblickten.

Feuerwehrbericht. Die Feuerwehr hatte gestern viel zu tun. Früh um 6 Uhr kam auf dem Kohlenlagerplatz von Lepke, auf dem Nordbahn ein größeres Feuer aus. Dort mußte die Wehr kräftig Wasser geben, um die Flammen zu löschen. An der Gaidestraße ging nachmittags eine Wagnhude in Flammen auf. In später Nachtstunde stand in der Reichenbergerstr. 185 eine Tischlerei in Flammen, zu deren Löschung es längerer Tätigkeit bedurfte. Wegen eines Schloßereibrandes wurde die Feuerwehr nach der Koloniestr. 115 gerufen. Dort mußte die Wehr mehrere Schlauchleitungen vornehmen, bevor es gelang das Feuer Herr zu werden. In der

**Wintersfeldstr. 5/8** brannte im Gartenhause in der Klinik des Dr. Mäntzer der Fußboden mit der Vollenlage des Treppenaufganges und in der Speisekammer. 29 auf dem Boden Latente Verfallung u. a. Kellerbrände mütten u. a. in der Schwabachpfaffenstraße 17, Frankfurter Allee 130, Am Planufer 1, Winastr. 13 und anderen Stellen gelöscht werden.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte in ihrer Sitzung am Mittwoch nicht weniger als 23 Punkte in öffentlicher und acht in nichtöffentlicher Sitzung auf der Tagesordnung. Von den letzteren wurde die Mitteilung betr. die Nichtbestätigung Dr. Penzigs als Mitglied der Schuldeputation nicht erledigt, sondern beschlossen, sie in der nächsten Sitzung in öffentlicher Sitzung zu beschließen.

Vertrag wurde auch die Besprechung über die Mitteilung des Magistrats über die seit dem 1. April 1905 beendeten und zurzeit noch schwebenden Zivilprozesse und Klagen im Verwaltungsstreitverfahren. Es handelt sich dabei um nicht weniger als 181 Zivilprozesse und 141 Klagen im Verwaltungsstreitverfahren. Die übrigen 29 Punkte der Tagesordnung wurden sämtlich erledigt, doch boten die meisten nur geringes Interesse.

Besonders zu erwähnen ist die Forderung von 10 000 M. zur Errichtung einer Schulbaracke für einen im Westen der Stadt einzurichtenden städtischen Kindergartens. Es ist dies der erste Schritt zur Ausführung der Maßregeln, welche die zur Veranlassung von Maßnahmen zur Hebung der Volksschule vor 2½ Jahren eingeführte städtische Deputation vorgeschlagen hat. Diese Maßregeln laufen darauf hinaus, für die schwächer heranwachsenden Kinder statt des bisherigen Zurückbleibens einen gesonderten Unterricht mit geringem, aber in sich abgeschlossenem Schulziel in Klassen mit höchstens 30 Schülern zu schaffen. Außerdem soll die Frequenz in den Aufnahmeklassen im Höchstfall 45 betragen, so daß der Lehrer in den Stand gesetzt wird, die Kinder auch wirklich in fruchtbarer Weise zum Unterricht heranzuziehen. Ferner soll für die schulpflichtigen Kinder, die sich bei der Aufnahme als noch nicht schulpflichtig erweisen, weil sie körperlich und geistig noch nicht genügend entwickelt sind, und die nach der bisherigen Übung auf ein halbes, mehrfach auch auf ein ganzes Jahr zurückgestellt wurden, ein Kindergarten geschaffen werden, wo sie in planmäßiger Weise, durch Beschäftigung zur Anregung und Bildung des Tätigkeitsdrives, durch Bewegungsspiele, durch Anschauen und Besprechen von Bildern und Gegenständen, die ihrem Verständnis nahe liegen, wenn möglich auch durch leichte Gartenarbeiten, auf den Volksschulunterricht vorbereitet werden sollen. Die Deputation hofft, daß die Zahl der Kinder, welche nach ihrem Eintritt in die Schule nicht mitsommen und für den Fortschritt der Klasse ein schweres Hemmnis bilden, dadurch wesentlich herabgedrückt werden wird.

Mit der Errichtung eines solchen Kindergartens soll bereits jetzt vorgegangen werden, mit den übrigen Maßnahmen, sobald die grundsätzliche Zustimmung der Regierung erteilt ist.

Die Vorlage des Magistrats wurde widerspruchlos angenommen. Weiter erwähnen wir die Vorlage über den Neubau der Röntgenbrücke. Der Ausschuss empfahl ihre Annahme, die auch mit der Aenderung erfolgte, daß die Breite der Fahrbahn auf Kosten der Breite der Bürgersteige von neun auf zehn Meter erhöht wurde. Das Projekt ist auf 618 000 M. veranschlagt, die aus Anlehmitteln entnommen werden.

Ebenfalls angenommen wurde eine Vorlage, auf der Gasanstalt I für das Baden und Entladen der Retorten einen maschinellen Betrieb mit einem Kostenaufwand von 65 000 Mark einzurichten. Der Handbetrieb ist bisher noch immer beibehalten worden, weil wiederholt die Rebe davon war, diese Gasanstalt bald eingezogen zu lassen und man deshalb die Aufwendung höherer Kosten für Neueinrichtungen scheute. Nach dem vorgelegten Projekt werden aber die gegenwärtigen Kosten von 101 800 Mark bei Handbetrieb auf 63 000 M. bei maschinellen Betrieb herabgedrückt, also 38 800 M. jährlich gespart; die Vorlage sieht deshalb vor, daß die neue Anlage bereits in zwei Etatsjahren amortisiert werden muß.

Eine Vorlage auf Bewilligung von 20 000 M. zur Erbauung einer Wasserfilteranlage auf Gasanstalt II wurde zur näheren Prüfung einem Ausschuss von elf Mitgliedern überwiesen, dem von unserer Fraktion die Genossen Kitz und Vogel angehören.

In einer weiteren Vorlage verlangte der Magistrat die Zustimmung der Versammlung zu neuen Pachtverträgen über die städtischen Kieselfelder. Die bisherigen Pachtverträge laufen zwar noch bis zum 1. Oktober 1907, mit einem Pächter sogar bis zum 1. Oktober 1913; der Magistrat will aber schon jetzt ohne öffentliche Ausschreibung mit den Pächtern neue, bis zum 1. Oktober 1917 laufende Verträge schließen. Nach demselben soll die Pachtsumme von 47 532,28 M. auf 55 978,64 M., also um 8446,41 M. erhöht werden, von denen jedoch der Betrag von 1501,17 M. für Arbeiterwohnhäuser in Abzug zu bringen ist, so daß die neuen Verträge der Stadt jährlich 6945,24 M. mehr einbringen.

Genosse Kitz wies nachdrücklich darauf hin, daß es einer eingehenden Prüfung in einem Ausschuss bedarf, ob tatsächlich von einer öffentlichen Ausschreibung Abstand genommen werden solle; außerdem sei ernstlich zu prüfen, ob die lange Dauer der Verträge nicht zu einer bösen Fessel für die Stadt werden könne. Die bürgerliche Mehrheit ist aber immer bereit, die Bewegungsfreiheit der Stadt für eigene Bewirtschaftung zu mindern, um die Möglichkeit für das, was sie sozialistische Experimente nennt, zu verringern. Sie verwarf daher den Antrag auf Ausschussberatung und nahm die Vorlage an.

Von besonderer Wichtigkeit war der letzte Punkt der Tagesordnung, eine Vorlage, die den Magistrat zu einem Vertrage mit der Volkshotelastierergesellschaft „Redigenheim“ ermächtigt, deren Aufgabe die Bekämpfung des Schlafstelenwensens ist. Nach dem Vertrage soll die Stadt selbstschuldnerische Bürgschaft für das aufzunehmende Kauskapital in Höhe von einer halben Million Mark übernehmen.

Die Vorlage wurde einem Ausschuss von 15 Mitgliedern zur Vorberatung überwiesen.

### Eine großzügige Agitation unter den jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen

In den Vororten leitet die Berliner Jugendorganisation ein. Am Sonntag, den 27. Mai, nachmittags 2 Uhr, finden in Rixdorf, Pantow und Weissensee große öffentliche Versammlungen statt, in denen die Aufgaben und Ziele der freien Jugendorganisation erläutert werden. Die Versammlungen werden in folgenden Lokalen abgehalten:

- für Rixdorf bei Hoppe, Hermannstr. 48/49,
- „Pantow bei Koch, Kreuzstr. 4,
- „Weissensee im „Prälaten“, Leichterstr. 122.

Der Verein richtet in einem Flugblatte an alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen die dringende Mahnung, in Rassen in den Versammlungen zu erscheinen. Auch die erwachsene organisierte Arbeiterschaft ist eingeladen. Möge die Agitation von Erfolg gekrönt sein!

### Pankow.

Wichtig beantwortet hat ein Parteigenosse in Pankow die fortgesetzten Verlangen und Wünsche der Schulbehörde, die religiöse Erziehung seiner Kinder betreffend. Er war katholischer und seine Frau evangelischer Konfession; die Kinder waren evangelisch getauft. Trotz schriftlicher Willensunterbreitung des Genossen, daß seine Kinder evangelisch unterrichtet werden könnten, verlangte der Rektor von der Frau, die das zweite Kind zur Schule anmeldete, daß sie eine Be-

schneidung des Amtsbüchlers drüber, ob die Kinder evangelisch unterrichtet werden sollen, herbeibringen möge. — Nachdem man der älteste Sohn immer wieder mit Aufforderungen an seine Eltern bedacht wurde, hat der Genosse mit seiner Frau und für seine Kinder unter 14 Jahren den Austritt aus der Kirche erklärt. Offenlich sind nun Kirche und Schule zufrieden gestellt!

### Rummelsburg.

Ein gewaltiger Dachstuhlbrand wütete Donnerstag mittig in unserem Orte und zwar in der Straße Alt-Vogelagen 55, umweit des Bahnhofes. Das Feuer mußte schon lange Zeit auf dem Boden geschwilt haben, denn als gegen 1 Uhr bemerkt wurde, schlugen bereits aus verschiedenen Stellen des Daches helle Flammen. Mit unheimlicher Schnelligkeit griffen diese nun um sich, so daß bei Ankunft der freiwilligen Ortsfeuerwehr nicht nur der ganze Dachstuhl des nach der Straße Alt-Vogelagen hin belegenen Hügels, sondern auch der größte Teil von dem Dachstuhl des Hinterhauses an der Bahnhofstraße brannte. Der weithin sichtbare Feuerschein hatte auch die Lichtenberger und Straßauer freiwillige Feuerwehr zur Hilfeleistung alarmiert. Mit vereinten Kräften ging es nun an die Löschung des gewaltigen Brandes. Ueber eine Stunde lang sandten vier Schlauchleitungen ungeheure Wassermassen in die Luft, bevor die Nacht des Elementes gebrochen war. Beide Dachstühle sind total niedergebrennt. Erst gegen 6 Uhr konnte die Ortsfeuerwehr wieder abrücken. Ueber die Entstehungsursache des Feuers ist nichts ermittelt.

### Lichtenberg.

„Sind in Preußen-Deutschland alle Bürger vor dem Gesetze gleich?“ war das Thema, über das Genosse Kiesel in der letzten Wählervereinsversammlung referierte. Die durch die Ausdehnung des Reiches sowie durch die ständige Zunahme der Organisation notwendig gewordene Neuerteilung der Abteilungen und Bezirke fand die Zustimmung der Versammlung. Lichtenberg ist jetzt in 7 Abteilungen und 21 Bezirke zergliedert, so daß die Bearbeitung des Ortes jetzt noch besser betrieben wird als bisher. Als Führer wurden bestimmt: für Abteilung 5 der Genosse Viktor Riebertmann, für Bezirk 11 Genosse Schulz, für 18 Genosse Rode, 14 Genosse Vogt, 17 Genosse Klade und für Bezirk 20 Genosse Ringeloth. Ueber die Lohnbewegung der Barbieren entspann sich eine lebhaft Debatte, in der die Genossen um tatkräftige Unterstützung erucht wurden. Abdam wurde auf das am 22. Juli bei Gebr. Arnhold in Aufsicht genommene Volksfest aufmerksam gemacht und die Mitglieder um rege Mitwirkung bei den Arrangements hierzu aufgefordert. Ausstehende Billets vom Raifest usw. sind unbedingt bis zum nächsten Jahlabend abzurechnen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung hatte der Vorsitzende in warmen Worten des kürzlich verstorbenen Genossen Hermann Semunich gedacht.

Das wollen wir auch! Der Etat des neuerrichteten Realgymnasiums (Reformschule) ist von der Gemeindevertretung mit 14 700 M. für das erste Schuljahr festgesetzt worden. 84 einheimische Kinder und 17 Kinder auswärtig wohnender Eltern nehmen zurzeit an dem Unterricht teil. Der Zustand der Gemeinde ist für dieses Etatjahr auf 6000 M. bemessen. Es werden also für die Kinder der „Vorklassierten“ in ihrer Sonderschule rund 84,50 M. (bei 81 Kindern einschließlich 17 auswärtiger, die je 20 M. höheres Schulgeld entrichten) von der Gemeinde aufgebracht, während die Aufwendung für den Volksschüler unter Zugrundelegung von rund 9000 Schülern 88 M. beträgt. Das Bild wird sich allerdings bei der weiteren Entwicklung der höheren Schule, sobald diese aus den Räumen der Gemeindegemeinschaft in eigene Gebäude untergebracht sein wird und nicht mehr, wie heute, Lehrkräfte im Nebenamt fungieren, wesentlich verschärfen. Die Bevorzugung der „Privilegierten“ wird alsdann noch krasser zutage treten. Unsere Parteigenossen beantragten die Streichung des Gemeindebeitrages von 6000 M. Die Begründung, daß doch die Herren immer betonen, es sollen aus gemeinsam aufgebracht Steuern nicht Zuwendungen an einzelne Schichten der Bevölkerung gemacht werden, daß es nicht „würdig“ sei, sich etwas schenken zu lassen (Befreiung freier Vermittler aus der Volksschule!), auch der Hinweis, daß die Vorklasse, um die es sich wesentlich handelt, doch keine anderen Unterrichtsfächer aufweist als die Volksschule, es also doch nur darauf ankomme, die Kinder der Besitzenden von den Kindern der Arbeiter zu trennen — ließ die Majorität kalt; nur ein Zwischenruf auf die letztere Bemerkung erhehte die Situation: „Das wollen wir auch!“ Nach Ablehnung des Antrages stellten unsere Genossen den Antrag „Schulgeld nicht zu erheben“. Auch dieser begegnete eifrigem Schweigen und — glatter Ablehnung! Vor der Beratung dieses Etats hatte Genosse Grauer bei der Debatte über die Bauplanfrage für den Rathausbau Gelegenheit, die Politik des „aus der Hand in den Mund leben“ bei Beschaffung von Räumen für Gemeindegemeinschaften in großzügiger Weise zu kennzeichnen. Auch die Behauptung, daß die Unterlassungsfinden der Vorfahren noch heute Nachahmung finden, mußte die Majorität über sich ergehen lassen, weil man die Tatsachen schlecht widerlegen kann. Auch das letzte zusammenhängende Terrain von etwa 38 Morgen — noch dazu vor den Türen des Rathauses — das seiner Lage nach den Bedürfnissen der Gemeinde auf lange Zeit entprochen hätte, ist in die Hände von Bankeulanten gefallen. Die Gemeinde wird den drei- und vierfachen Preis bei Bedarf zahlen müssen.

Beim Chemienunterricht ereignete sich in der Lichtenberger Gemeindegemeinschaft in der Pfarrstraße am Mittwoch ein bedauerlicher Unglücksfall. Der Chemielehrer Gerde hatte die Absicht Chlor zu entwickeln, erregte jedoch infolge von Verwechslung von Antimon Arsenikdämpfe und zwar in bedeutender Menge. O. atmete die Dämpfe ein und wurde fast augenblicklich von heftigem Unwohlsein befallen. Der Lehrer eilte nach dem nächsten Klassenzimmer, wo sich er bestimmungslos zusammendrängte. Den Bemühungen eines sofort hinzugerufenen Arztes gelang es den Verunglückten wieder ins Leben zurückzurufen, der dann später nach seiner Wohnung gebracht werden konnte.

### Pankow.

Zu der letzten Sitzung wurde über die Gültigkeit der von der Gemeindevertretung beanstandeten und daraufhin nochmals vollzogenen Wahlen der ersten und zweiten Wählerklasse Bescheid gefasst. Gegen die Gültigkeit der ersten Klasse wurde wiederum Einspruch erhoben, weil auf Vollmachten, welche auf den Namen des früheren Bürgermeisters Gottschalk ausgestellt waren, das Wahlrecht durch einen Dritten ausgeübt wurde. In Betracht kommen vier Stimmen. Trotz der groben Wahlbeeinflussungen wurden die Wahlen für gültig erklärt. Ein Antrag, die von der Gemeinde Pankow eingegangenen Verpflichtungen auf ein ihr gehöriges Grundstück im Grundbuch zu streichen, brachte recht alte Erinnerungen an das alte Pankow hervor. Es mußten nach der Eintragung geleistet werden: 4 Taler 3 Silbergroschen für Kriegsjahre und 1 Silbergroschen 6 Pfennige für Kutschieren und Instandhalten der Turnhalle. Die Verpflichtung wird im Grundbuch gestrichen. Die Ausgaben für den Rathausbau betragen 619 282 M., welche Summe eine Staatbürgschaft von 20 079 M. bedeutet. Die Rückgewilligung vordienender Summe wurde beschlossen. Desgleichen die Rückgewilligung für eine Turnhalle der Gemeindegemeinschaft in der Grunowstraße in der Höhe von 1042 M. Eine lebhaft Diskussion entstand über die Erörterung der Frage über die Uebernahme der höheren Mädchenschule durch die Gemeinde. Unsere Genossen erklärten sich prinzipiell für die Uebernahme. Eine Kommission, welcher Genosse Fischer angehört, soll die Uebernahme vorbereiten. Für einen Spielkursus in den Gemeindegemeinschaften werden für die Beschäftigung durch die Lehrer als Entschädigung 180 M. bewilligt. — Nachdem durch die Separationsinteressenten für das neue Pankower Krankenhaus bereits 33 000 M. gestiftet wurden, hat Professor Mendel der Gemeinde 25 000 M. zur Verfügung gestellt, mit der Maßgabe, daß davon 7000 M. zur Errichtung einer Baracke für anstehende Krankenbetten verwendet werden und die übrigen 18 000 M. sollen dem Unterstützungsfonds, aus welchem die aus dem Krankenhaus entlassenen bedürftigen Pankower Wessensbesitzer später Unterstützung erhalten,

ausgewiesen werden. Mit der Errichtung der Separationsinteressenten stehen als Unterstützungsfonds nunmehr 61 000 M. zur Verfügung.

### Teltow.

Ein schweres Betriebsunglück ereignete sich in der Zentrale am Teltowkanal. Ein Rouleur war bei der Aufstellung eines Transformators beschäftigt und kam dabei der Hochspannungslinie zu nahe. Der Verunglückte fiel auf der Stelle um. Ein hinzugerufener Arzt vermochte nur noch den Tod festzustellen.

## Vermischtes.

Zu einer Weinprobe hatten zum Mittwochsabend die eifrigen Abgeordneten des Reichstages die Reichstagsmitglieder, die Vertreter der Regierungen und die der Presse eingeladen, um nicht weniger denn 31 Sorten edelweiser Weine zu kosten. Bei dieser Gelegenheit wurde von einigen unserer Genossen ein von Stolze verfaßtes Gedicht: „Die elf Episteln an die Dürstenden“ zum Vortrag gebracht, das folgenden Inhalt hat:

Einst schrieb Paulus den Ephesern:  
Trinkt nicht aus so kleinen Gläsern;  
Sintemal und allidieweil  
Dieses ist dem Herrn ein Grotz!  
Chor: Hört, o hört, hört, o hört!  
Was der weise Paulus lehrt.

Den Galatern tät er schreiben:  
Laßt das Wassertrinken bleiben,  
Weil das Wasser heilig ist,  
Denn es taufst damit der Christ.  
Chor: Hört, o hört, hört, o hört!

Wein, so schrieb er an die Römer,  
Wein schmeckt doch viel angenehmer;  
Doch das Wasser, wie man weiß,  
Schmeckt nach nichts; Gott tat's mit Fleiß.

Wein, so schrieb er an den Titus,  
Liegt im Kultus und auch Altus,  
Denn, was Vorschrift und Gebrauch,  
Das, mein Sohn, befolge auch!

Drauf schrieb er gen Thessalonich:  
Wein zieh' vor ich selbst dem Honig,  
Wein stärkt mir den Glaubensmut,  
Was der Honig nimmer tut.

Auch schrieb er an die Colosser,  
Lächelt die Leber nichts samosser,  
Denn mit milder Christenhand  
Stilt dem Nächsten seinen Brand.

Durst, so schrieb er dem Philemon,  
Durst ist doch ein böser Dämon;  
Durst zu haben und nicht Wein,  
Das ist wahre Höllepein.

Ah, schrieb er an die Philipper,  
Seid doch nicht so bloße Ripper!  
Wahrheit liegt im Weine und  
Kommt der Wahrheit auf den Grund!

Doch ein Bischof sei kein Käufer,  
Schrieb er dem Timothy voll Eifer,  
Weil er nur vom Bischof spricht,  
Wilt es für die andern nicht.

Drum schrieb er an die Korinther,  
Trinket wie die Wirtensbinder!  
Lobt den Herrn, hallelujah!  
Dafür ist der Wein ja da.

Aus dem allem ist zu schließen:  
Leere Gläser wollt zu gießen,  
Stets den Wein zu trinken pur,  
Und in großem Quantum nur.

Der heilige Paulus als Eideshelfer für die Gegner der Antialkoholbewegung! Wo soll das noch hin?

**Automobilunglück.** Dem „Leipziger Tageblatt“ zufolge explodierte gestern abend in der Nähe von Leipzig das Automobil des Arztes Dr. Sulzberger. Hierbei wurde der Bezirksarzt Dr. Schmidt so schwer verletzt, daß er noch in der Nacht starb. Dr. Sulzberger und der Chauffeur erlitten gleichfalls schwere Verletzungen, während zwei andere Insassen des Automobils leicht verletzt wurden.

**Wieder ein Erdbeben.** Bozen, 26. Mai. In den Luganer Bergen fand ein Erdbeben statt, das mit einem rapiden Steigen der Temperatur um 7 Grad in Verbindung stand.

**Der Rhein steigt weiter.** Köln, 26. Mai. Das Wasser des Rheins ist seit Sonnabend weiter um 82 Zentimeter gestiegen.

**Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung** für jedermann, SW., Alexanderstr. 26. Gedruckt täglich von 5½—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 27. Mai cr., vormittags 8½ Uhr im Rathaus, Saal 109, Eingang Südenstraße, Versammlung: „Freireligiöse Belebung.“ — Um 10½ Uhr vorm. in der Squalaria, Kleine Frankfurterstr. 6: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille über: „Goethes Weltanschauung“ II. — Herren und Damen als Gäste sehr willkommen.

**Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Karl Marx“.** Heute Sitzung bei Hlobig, Kolonnenstr. 15. Gäste willkommen.

**Sozialdemokratischer Diskussionsklub „Freie Zusammenkunft“.** Heute Sitzung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 16. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Gührer über: Die Entwicklung der Familie. 2. Klubangelegenheiten, Verschiedenes.

**Verein ehem. Kurgäste der Heilanstalten für Lungensichere zu Godesdors 1. Schl.** (Mitglied des Bundes zur Bekämpfung der Tuberkulose.) Sonnabend, 26. Mai, abends 9 Uhr, im Königsplatz-Kasino, Holzmärktestraße 72: Versammlung.

**Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins und Umgegend.** Abteilung II. Sonnabend, den 26. Mai, abends 8 Uhr: Versammlung bei Cassé, Dornstr. 2. 1. Vortrag: „Die Bedeutung der Jugendorganisation“. Referent: Kollege Wajshle.

**Berliner Marktpresse.** Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktinspektoren. Rindfleisch Ia 62—68 pr. 100 Pfund, Ia 51—52, IIIa 49—52, IVa 46—48, engl. Bullen 0,00, dän. Bullen 0,00, holl. Bullen 0,00, Kalbfleisch, Doppellender 108—120, Ia 63—95, IIa 70—83, IIIa 54—66, Hammelfleisch Ia 60—70, IIa 54—60, Schweinefleisch 55—62, Rindfleisch per St. 0,75, Gänse, alte, Stück 1,50—2,00, junge, per Stück 0,55—1,25, Tauben, junge 0,38—0,64, alte 0,00, Enten, prima, per Stück 1,75—2,00, Hamburger per Stück 1,50 bis 3,00, Gänse, junge, per St. 0,70—0,90, per Stück 4,50—6,00, Gänse 83—87, Enten 83—100, Gänse 0,00, mast 0,00, Hühner, groß 100—109, mittel 98—110, klein 76, ungar. 61—89, Hühner 0,00, Hühner, pomm. I, per Schof 3,00—7,00, Hühner, Etage Ia 4—6, do. mittel, per Ritz 2—4, do. klein, per Ritz 0,00, Schilling, holl. per Ball 0,00, Ritzler 1,50—3, Strauß 3,00—3,50, Hühner, per St. 1,10—1,30, mittel 0,80—0,90, II 0,50 bis 0,60, Spottent, Ritzler, 2 Ball 0,00, Hühner, per Ritz 0,00, Scharben, 1902er, per Unter 70,00, 1904er 74,00, 1905er 70,00, Schottische Vorklinge 1905 0,00, large 40—44, fall 30—38, mod. 33—35, deutsche 37—44, Heringe, neue Kalles, per 1/2, 20—23, Hummern, Ia, 100 Stk. 0,00, Krebse, per Schof, große 17,00, mittelgroße 0,00—0,00, kleine 0,00, unsortiert 0,00, Eier, Land, per Schof 3,10—3,30, irische 0,00—0,00, Enten, per 100 Pfund, Ia 115—119, IIa 113—115, IIIa 106—108, abfallende 103—105, Sauerbraten, Schof 3,50—4,00, Gänsebraten 3,50—4,00, Rastoffen per 100 Pfund, mod. 2,10—2,35, rote Dabersche 2,00—2,30, runde weiße 1,80—2,00, Blauschilling, holl., per Schof 0,00, Weiskohl, holl., per Schof 0,00—0,00, Rotkohl, holl., per Schof 0,00, Grünkohl, per 100 Pfund, 0,00, Rüben, weiße 0,00, Leitomer 0,00, Rotkräuter, per Schof 0,00.

**Wetter-Prognose für Sonnabend, den 26. Mai 1906.**

Warm und vielmal heiter bei schwachen südwestlichen Winden; keine oder unbedeutliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau